

Die Politische Meinung

PoM 25/IV, 12 €
Nr. 592, 70. Jahrgang
ISSN 0032-3446
politische-meinung.de



TikTok
Prekäre Plattform



Der Fotograf Antoine Geiger geht der Frage nach, welchen Platz Smartphones in unserem Leben haben:
Selbst umgeben von den Spitzentwerken der Kunst im Louvre lassen wir uns von ihren Bildwelten einfangen.
Foto: © Antoine Geiger: „Sur-Fake“ (2015)

Swipen, bis der Arzt kommt? Der Sogwirkung digitaler Plattformen wie TikTok ist kaum zu entkommen. Besonders Kinder und Jugendliche werden von ihnen regelrecht absorbiert. Eltern und Pädagogen schlagen Alarm: Sie sorgen sich um die mentale Gesundheit und das soziale Miteinander der Heranwachsenden. Trotz aller berechtigten Kritik steht außer Frage, dass Apps wie TikTok Teil einer veränderten Medienrealität sind. Sie prägen, wie sich junge Menschen informieren, ihre Umwelt wahrnehmen und sich gesellschaftlich wie politisch verorten.

Mit rund 1,5 Milliarden monatlichen Nutzern ist TikTok ein globaler Kommunikationsraum – und ein geopolitisches Machtinstrument. Die Plattform steht mit im Zentrum der Rivalität zwischen den USA und China. Washington drängt auf eine Abspaltung vom chinesischen Mutterkonzern *ByteDance*, während US-Tech-Giganten wie *Microsoft* und *Oracle* als Käufer bereitstehen. Im globalen Wettbewerb geht es zunehmend um Daten, Datenhoheit und Vorteile bei der digitalen Infrastruktur.

Deutschland und Europa reagieren zögerlich auf die Dynamik solcher Plattformen. Zwar gibt es Regulierungsversuche, doch ist deren Wirkung begrenzt. Noch stehen der Attraktivität und Macht digitaler Akteure kaum strategische Antworten entgegen. Die digitale Souveränität Europas bleibt damit ein politisches Schlagwort – ohne praktische Entsprechung.

Besonders heikel ist die Frage politischer Einflussnahme. TikTok kann gezielt zur Stimmungsmache und Manipulation von Wahlentscheidungen genutzt werden. Warnungen vor Desinformationskampagnen, insbesondere lanciert von Drittstaaten, sind berechtigt. Doch ist die digitale Dominanz radikaler Kräfte kein Automatismus. Parteien der Mitte haben ihre digitale Präsenz zuletzt erheblich ausgebaut. Die Herausforderung liegt nun darin, die politische Kommunikation an die Logiken der Plattformen anzupassen.

Gefragt ist ein doppelter Ansatz: Regulierung dort, wo Missbrauch geschieht – etwa bei Kinder- und Jugendschutz oder Wahlkampfmanipulationen –, und zugleich ein kulturelles Verständnis für die neue Medienwelt. Allein schon, weil Regulierung an Grenzen stößt, heißt es, die digitalen Räume mit eigenen Positionen zu füllen. Es ist eine Stärke demokratischer Gesellschaften, nicht auf Kontrolle zu bauen, sondern auf selbstbewusste Menschen, die mitdenken, mitgestalten und sich zu wehren wissen. Es gilt, diesen enormen Anspruch ins digitale Zeitalter zu übertragen.

Ihr Bernd Löhmann

1 Editorial

Thema:
TikTok - prekäre Plattform

20 Tanzvideos im Kreuzfeuer

Maximilian Sachse
Zu der enormen ökonomischen und
popkulturellen Macht von ByteDance

25 Extremismus auf TikTok

Herbert Reul
Jugendschutz ist demokratische Pflicht

30 „Schwarmtaktik“

Christina zur Nedden
TikTok im geopolitischen Konflikt zwischen
China und dem Westen

34 Das Ende der Arglosigkeit

Wolfgang Ullrich
Wie Politisierung auf TikTok funktioniert

42 In Vergnügungs- und
Empörungsschleifen
gefangen

Christian Montag
Die Anreizmechanismen der sozialen Medien

48 Hallo Algorithmus!

Annekathrin Kohout
Mutmaßungen über ein Phantom

59 Digitale Kriminalprävention

Thomas-Gabriel Rüdiger
Strategien zum besseren Schutz von
Minderjährigen im Internet

65 Mehr als ein Hype

Miriam Krekel
TikTok und andere Social Media in der
Journalistenausbildung

74 Nicht hoffnungslos verloren

Jörg Haßler
Wie Parteien der demokratischen Mitte auf
TikTok erfolgreich sein können

80 Lost in Reels und Rage?

Konstantin Otto
Der Wettkampf der Parteien um TikTok-Präsenz

87 Längere Halbwertzeiten

Leonie Mader
Wie sich Social-Media-Plattformen verändern

PoM fürs Ohr
Artikel unserer
Zeitschrift gibt
es auch als
Hörfassung.



www.articly.de/die-politische-meinung

Redaktionsschluss: August 2025

Impulse

54 Plattformregulierung und
Meinungsfreiheit

Frauke Rostalski
Warum staatliche Regulierung mit Augenmaß
erfolgen sollte

70 Unkontrollierte
algorithmische Macht

Pencho Kuzev
Die Bedrohung der Demokratie ist real

Kommentiert

90 Gar nicht so glücklich

Elisabeth Hoffmann
Die schwierige materielle Lage junger
Erwachsener

Blick nach Rom

100 „Ein Mittel des Friedens und
des Dialogs“

Ursula Nothelle-Wildfeuer
Zur Aktualität der Katholischen Soziallehre
unter Papst Leo XIV.

Erinnert

106 1989/90: Freiheit für ganz
Deutschland

Reiner Haseloff
Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

111 Goslar 1950

Michael Borchard
Zum ersten Bundesparteitag der CDU vor
75 Jahren

121 „Living Instrument“

Stefan von Raumer
75 Jahre Europäische Konvention zum Schutz
der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Gelesen

97 Ein bedrohliches „Wir“

Alexander Košenina
Nachdenken über Ralf Konersmanns
„Außenseiter“

117 Unruhiges Mare Baltikum

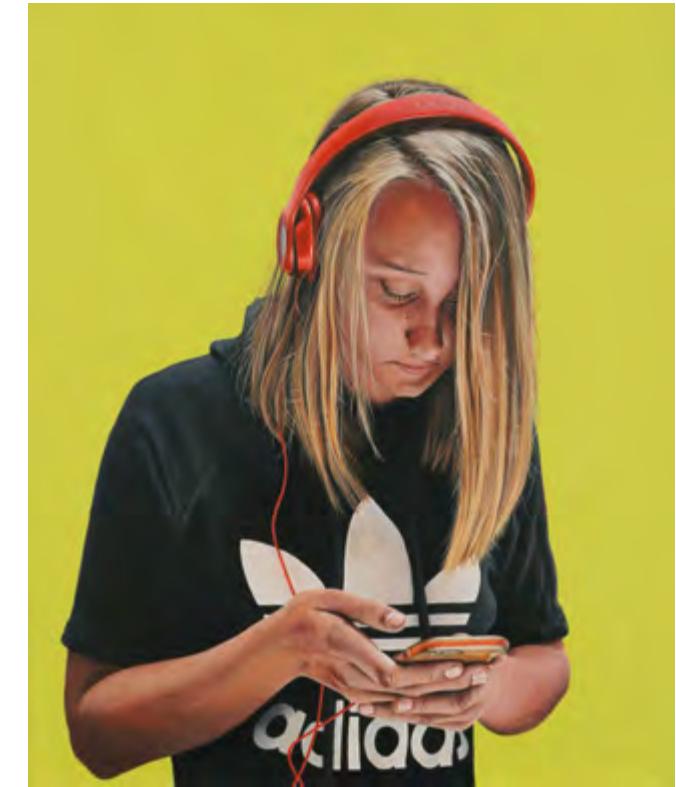
Bastian Matteo Scianna
Oliver Moody beschreibt die Ostseeregion
als geopolitische Konfliktzone

126 Aus der Stiftung

TikTok

Prekäre Plattform

Porträts einer neuen
Gegenwart
Peter Davis' Gemälde
zeigen Menschen mit
Smartphones

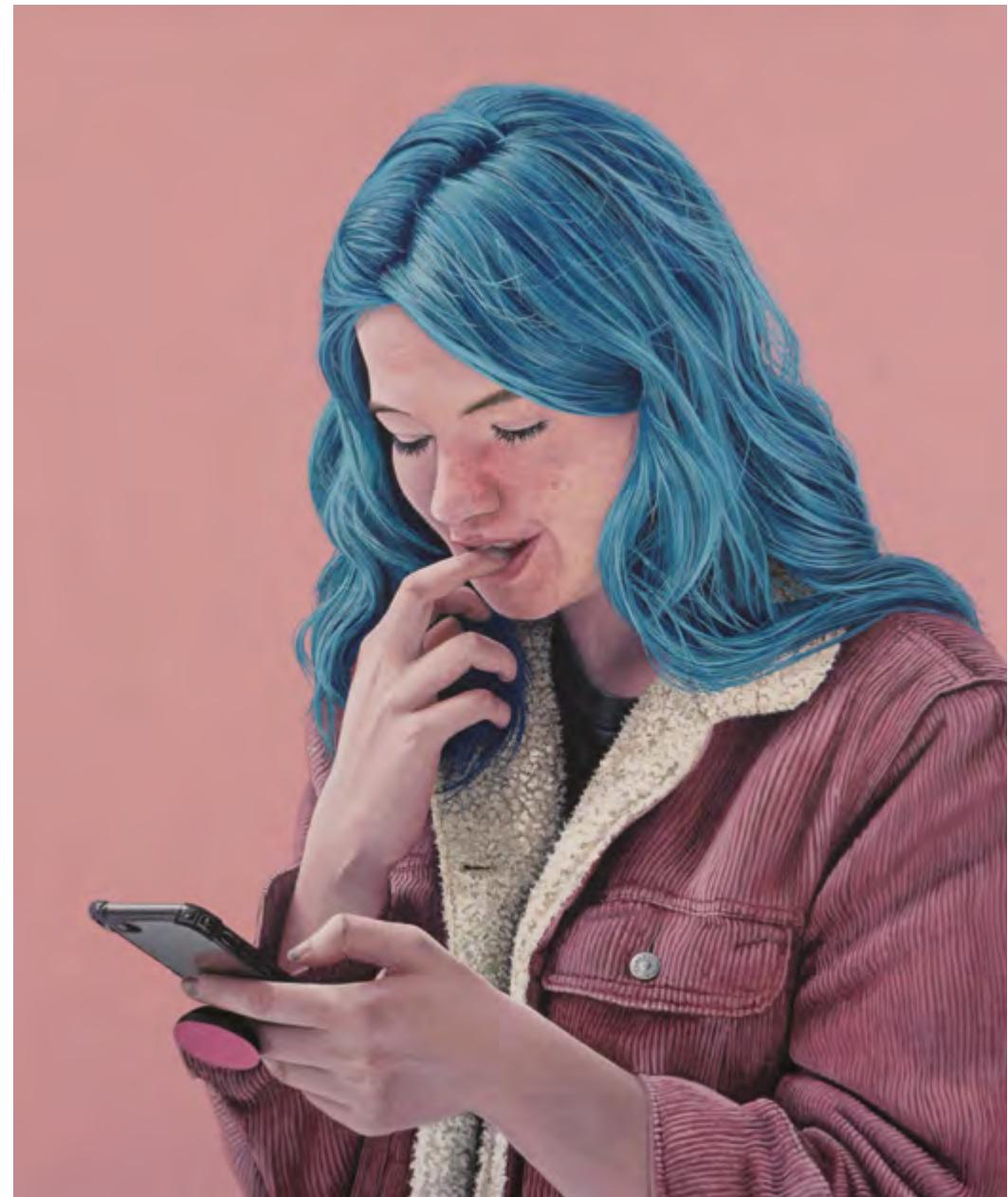


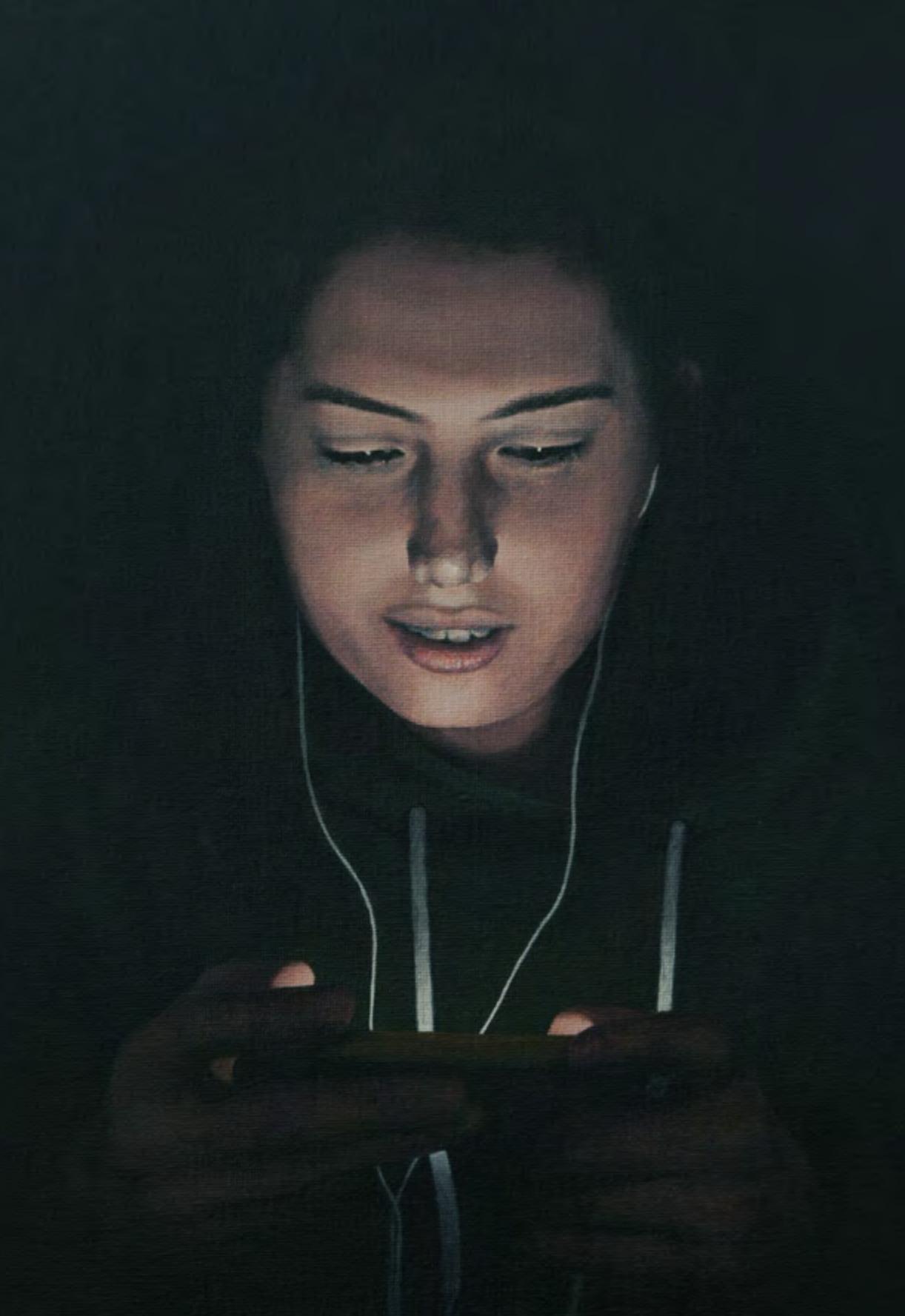
Fotos: © Peter Davis

In der Geschichte der Porträtkunst trugen Gegenstände symbolische Bedeutung: Das Schwert stand für die Macht der Dargestellten, das Buch für Bildung, Münzen für Reichtum. Heute ist das Smartphone das Attribut unserer Zeit – Ausdruck von Vernetzung, Kontrolle und Ablenkung.

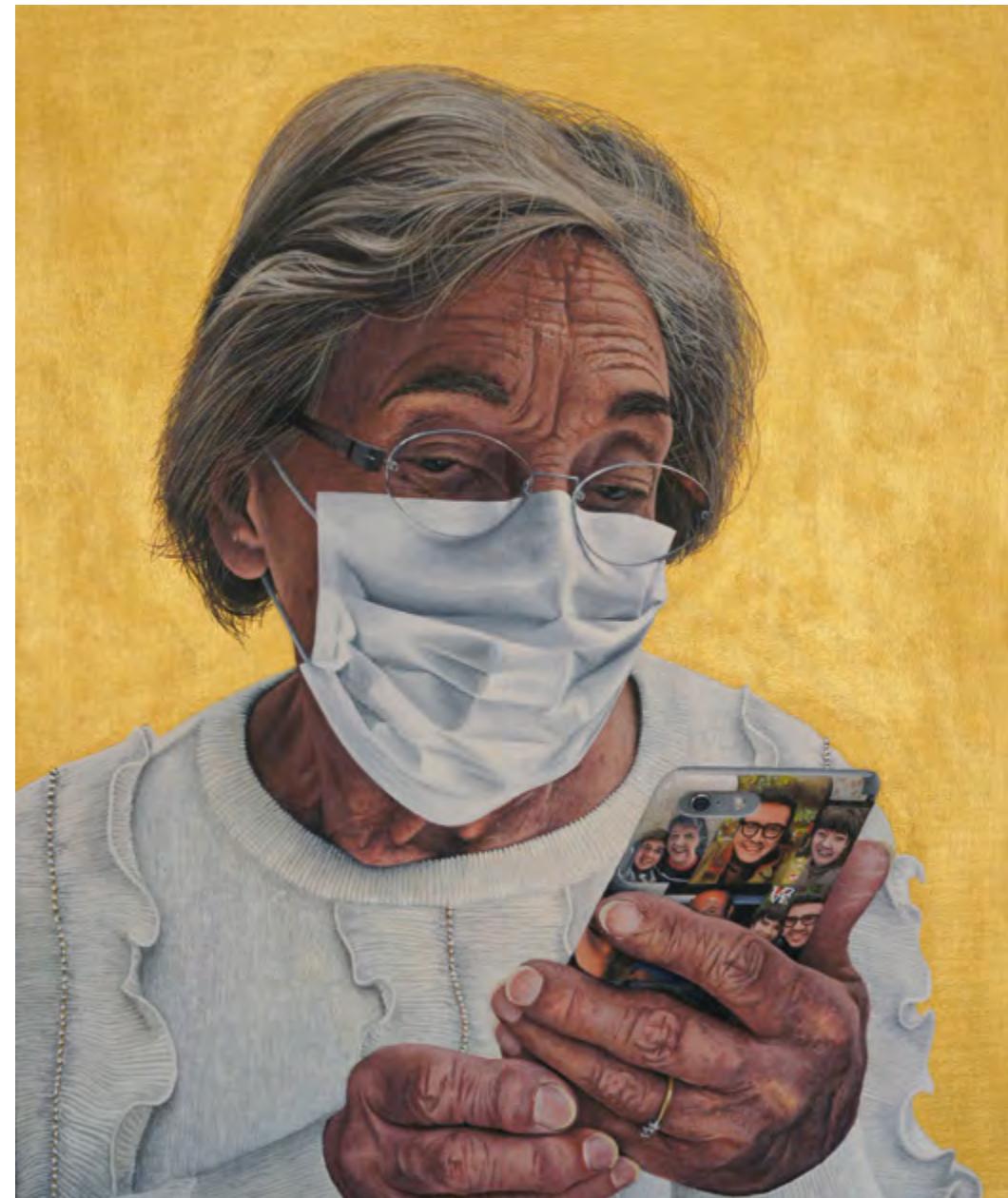
Peter Davis porträtiert Menschen, vertieft in ihre Smartphones, mit den Mitteln klassischer Malerei. Seine entschleunigte Darstellungs-kunst steht im maximalen Kontrast zu den flüchtigen Selfies in den sozialen Medien: Statt Selbstdarstellung zeigt er unbeobachtete, eher stille Momente. Auch sein „Künstler-Ich“ bildet er in einer nächtlichen Szenerie im Licht des Smartphones ab.

Die „Anti-Selfies“ suchen meist keinen Blickkontakt – interagiert wird über das technische Gerät. Kommunikation ist vermittelt, Aufmerksamkeit fragmentiert, Nähe oft simuliert. Inwieweit ist das die neue Gegenwart?















Tanzvideos im Kreuzfeuer

Maximilian Sachse
Geboren 2000 in Düsseldorf, studierte Journalismus an der Kölner Journalistenschule und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln, seit 2022 Wirtschaftsredakteur und Blattmacher im Unternehmensressort der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Zu der enormen ökonomischen und popkulturellen Macht von ByteDance

Der chinesische Softwareentwickler Zhang Yiming hat 2012 eine Idee. Er will eine Informationsplattform aufbauen, die ihren Nutzern mithilfe Künstlicher Intelligenz Nachrichten verschiedener Quellen auf die persönlichen Interessen zugeschnitten zusammenstellt. *Toutiao* nennt er die App, zu Deutsch: „Schlagzeilen von heute“. *Toutiao* gibt es heute immer noch, genau wie das dahinterstehende, von Zhang Yiming gegründete Unternehmen *ByteDance*. Internationale Schlagzeilen verursacht aber vor allem eine andere von *ByteDance* aufgebaute Plattform: *TikTok*.

2016 veröffentlicht *ByteDance* unter dem Namen *Douyin* eine Internetplattform für Kurzvideos – zunächst ausschließlich für den chinesischen Markt. 2017 bringt der Konzern das Konzept fast identisch mit der Marke *TikTok* ebenfalls auf den internationalen Markt. Den Durchbruch bringt 2018 vor allem die Übernahme des im Westen deutlich weiter verbreiteten Wettbewerbers *Musical.ly* aus Shanghai. Nutzer können wie beim Karaoke ihre Lippen zu Songs bewegen und Videoclips davon hochladen. 2018 investiert auch der legendäre japanische Technologie-investor *Softbank* drei Milliarden Dollar in *ByteDance*. Inzwischen sind auch amerikanische Investoren wie die börsennotierte Beteiligungs-gesellschaft *KKR* (früher *Kohlberg Kravis Roberts & Co.*) beteiligt.

¹ Statista: We Are Social & DataReportal & Meltwater. Most popular social networks worldwide as of February 2025, by number of monthly active users (in millions), 16.07.2025, www.statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users/ [letzter Zugriff: 16.07.2025].

² „20,9 Millionen Menschen in Deutschland und 2,1 Millionen in Österreich nutzen TikTok jeden Monat“, *TikTok Newsroom*, Berlin, 24.10.2023, <https://newsroom.tiktok.com/de-de/mau-announcement> [letzter Zugriff: 16.07.2025].

Rasend schnell wird die Plattform auf der ganzen Welt vor allem bei jungen Menschen populär. Im Februar 2025 verzeichnete *TikTok* weltweit 1,59 Milliarden monatlich aktive Nutzer. Hinzu kamen 766 Millionen Nutzer der chinesischen *TikTok*-Version *Douyin*. Zusammengerechnet nutzen damit mehr Menschen *TikTok* regelmäßig als WhatsApp oder Instagram.¹ Der Abstand zu den noch größeren Plattformen *YouTube* und *Facebook* ist in den vergangenen Jahren geschrumpft. Auch in Deutschland ist die Plattform sehr beliebt. Im Oktober 2023 verkündete *TikTok*, 20,9 Millionen Menschen in Deutschland seien monatlich auf *TikTok* aktiv.² Die Plattform steht vor allem bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen hoch im Kurs. In einer Erhebung aus dem Jahr 2022 gab über die Hälfte der befragten 14- bis 19-Jährigen in Deutschland an, *TikTok* zumindest zum Ansehen von Inhalten zu nutzen.

TikToks Erfolg hängt maßgeblich mit seinem neuartigen Empfehlungsalgorithmus zusammen, der für eine hohe Verweildauer sorgt – und damit die Plattform umso lukrativer für Werbetreibende macht. Schätzungsweise neunzig Minuten verbringen *TikTok*-Nutzer täglich in der App. Sie ist weder so textlastig wie *Facebook* noch so kuratiert wie *Instagram* während des Aufstiegs von *TikTok*, als die App noch hauptsächlich als digitales Fotoalbum fungierte. Die Clips dürfen maximal zehn Minuten lang sein; die beliebtesten Videos dauern jedoch üblicherweise weniger als eine Minute. Meist sind sie schnell geschnitten, mit witzigen oder informativen Texten versehen und mit angesagter Musik unterlegt.

Milliardenschweres Ökosystem

Revolutionär ist vor allem die sogenannte *For You Page*, ein vom Algorithmus gesteuerter endloser Strom von Tanzvideos, Schminktipps, Kochrezepten und Comedyclips, die sich so lange wiederholen, bis die Nutzer weiterwischen. Anders als damals *Facebook* und *Instagram* konzentrieren sich die Empfehlungen des *TikTok*-Algorithmus weniger auf das persönliche Netzwerk von Nutzern, sondern spielen unabhängig vom Ersteller der Videos Inhalte an Personen aus, deren Interaktionsverhalten auf Interesse schließen lässt. Inzwischen haben *Instagram* und *YouTube* das Konzept mit den sogenannten *Reels* beziehungsweise *Shorts* längst kopiert. Wie genau der Algorithmus funktioniert, ist nicht bekannt. Doch durch die starke Personalisierung konnten und können auf *TikTok* auch bislang unbekannte Videoersteller sehr schnell „viral“ gehen und somit rasant eine große Gefolgschaft aufbauen. *TikTok* hat sich auf diese Weise zu einer popkulturellen und ökonomischen Macht entwickelt. Einige Investoren beziffern den Wert von *ByteDance* inzwischen

mit 400 bis 450 Milliarden Dollar.³ Im vergangenen Jahr hat das Unternehmen einen Umsatz von 155 Milliarden Dollar erwirtschaftet – 29 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Nettogewinn lag bei rund 33 Milliarden Dollar.⁴ Zum Vergleich: Der Umsatz des Facebook-Konzerns *Meta* lag 2024 bei 164,5 Milliarden Dollar. Um die Plattform herum hat sich inzwischen ähnlich wie bei anderen Social-Media-Plattformen ein milliardenschweres Ökosystem aus Erstellern von Inhalten, Agenturen und Werbepartnern entwickelt. Viele der TikTok-Stars sind schon als Teenager berühmt geworden und verdienen inzwischen Millionen. *ByteDance*-Gründer Zhang Yiming gilt heute als einer der reichsten Menschen Chinas.

Der indirekte ökonomische Einfluss TikToks zeigt sich beispielsweise in der Musikindustrie. Der Country-Rap-Song „Old Town Road“ des US-amerikanischen Rappers Lil Nas X ging zunächst auf TikTok viral und wurde dann zum Welthit, dasselbe gilt beispielsweise für den Techno-Mix von „Vois sur ton chemin“ des deutschen DJ BENNETT. 84 Prozent aller Songs, die im Jahr 2024 in den *Billboard Global 200* einstiegen, gingen zuerst auf TikTok viral.⁵ Musikunternehmen setzen daher gezielt darauf, Ausschnitte von Songs schon vor der Veröffentlichung des kompletten Werkes auf TikTok zu platzieren. Teils planen die Labels auch eigene Tänze oder andere Choreografien für die Songs, die möglichst viral gehen sollen. Auch jahrzehntealte Songs erlebten durch TikTok-Hypes in den vergangenen Jahren ein Comeback, darunter „Dreams“ von Fleetwood Mac, Boney M.s „Rasputin“ oder „Forever Young“ von Alphaville. Wo viel Geld im Spiel ist, kommt es oft zu Streit. Immer wieder gibt es Auseinandersetzungen zwischen TikTok und der Musikindustrie.

Aufrufe zu Selbstmord, Terrorpropaganda und „Challenges“

Der Erfolg hat seine Schattenseiten. Viele wissenschaftliche Studien kommen zu dem Schluss, dass der TikTok-Algorithmus süchtig machen kann – und dass Jugendliche bei exzessiver Nutzung signifikant öfter unter Depressionen, Stress, Schlafproblemen und schlechteren Schulnoten leiden.⁶ Hinzu kommt die Verbreitung gefährdender Inhalte, die – etwaige Moderationsmaßnahmen umgehend – viele Minderjährige erreichen: Aufrufe zum Selbstmord, zu Terrorpropaganda oder zu den berühmten „Challenges“, bei denen junge Menschen beispielsweise schon reihenweise giftige Waschmittelkapseln gegessen haben. TikTok versucht, mit speziellen Einstellungen für die Konten von Jugendlichen gegenzusteuern. Dadurch erhalten Eltern mehr Kontrolle und können zum Beispiel die tägliche Bildschirmzeit ihrer Kinder begrenzen.

³ „TikTok Owner ByteDance Is Tech Darling Again with \$400 Billion-Plus Valuation“, in: Bloomberg News, 21.02.2025, www.bloomberg.com/news/articles/2025-02-21/softbank-fidelity-t-rose-value-bytedance-at-above-400-billion [letzter Zugriff: 16.07.2025].

⁴ „TikTok Drives ByteDance's 29% Growth While China Business Slows“, in: Bloomberg News, 11.04.2025, www.bloomberg.com/news/articles/2025-04-11/tiktok-drives-bytedance-s-29-growth-while-china-business-slows [letzter Zugriff: 16.07.2025].

⁵ TikTok in Partnership with Luminate: Music Report 2024, <https://sf16-sg.tiktokcdn.com/obj/eden-sg/fuuvieh7uvzph/Music%20Impact%20Report%20-%20Final.pdf> [letzter Zugriff: 16.07.2025].

⁶ Siehe zum Beispiel Lakshit Jain et al.: „Exploring Problematic TikTok Use and Mental Health Issues: A Systematic Review of Empirical Studies“, in: Journal of Primary Care & Community Health, 16. Jg., 2025, S. 1-30, https://pmc.ncbi.nlm.nih.gov/articles/PMC11924099/pdf/10.1177_21501319251327303.pdf [letzter Zugriff: 16.07.2025].

Diese Befunde dienen der Politik auf beiden Seiten des Atlantiks als Argumentationsgrundlage für Forderungen nach einem Verbot der Plattform, oftmals auch in Kombination mit geopolitischen Erwägungen. TikToks Tanzvideos stehen damit auch im Kreuzfeuer der Geopolitik. Insbesondere in den Vereinigten Staaten gibt es auf beiden Seiten des politischen Spektrums viele Politiker mit der Sorge, die chinesische Regierung habe Zugriff auf die Daten amerikanischer Nutzer oder der TikTok-Algorithmus könne Jugendliche und junge Erwachsene subtil und über die Zeit im Sinne der kommunistischen Führung in Peking beeinflussen.

ByteDance und TikTok argumentieren, dass sie keine chinesischen Unternehmen seien. Ihr rechtlicher Sitz liegt auf den Kaimaninseln. TikTok wird von Singapur aus geleitet. Das Unternehmen hat unter anderem in den Vereinigten Staaten, Skandinavien und Irland mehrere Rechenzentren errichtet, damit die Daten in den USA beziehungsweise auf europäischem Boden verarbeitet werden. Das Hauptquartier von *ByteDance*, das große Teile des TikTok-Algorithmus entwickelt hat, steht jedoch in Peking. Wie groß der Einfluss Pekings auf *ByteDance* ist, ist schwer zu beurteilen.

USA versus TikTok

Bereits zu seiner ersten Amtszeit wollte US-Präsident Donald Trump, dass das US-Geschäft von TikTok an einen amerikanischen Eigner geht. Schon damals stand ein Verbot im Raum. Trump stieß jedoch auf juristische Hürden. Unter der Regierung von Joe Biden verabschiedete der Kongress im Frühjahr 2024 ein Gesetz, laut dem digitale Dienste und Plattformen als von „fremden Widersachern“ kontrolliert bezeichnet werden können. Das ermöglichte es Biden, von *ByteDance* zu verlangen, den Betrieb einzustellen oder das Geschäft in den Vereinigten Staaten zu verkaufen. TikTok wehrte sich gerichtlich gegen das Gesetz, der Oberste Gerichtshof bestätigte allerdings Mitte Januar 2025 die Rechtmäßigkeit des Vorgehens.

Seit Monaten läuft ein Bieterwettbewerb, die spekulierten und bestätigten Interessentenliste ist lang und reicht von Konsortien um den amerikanischen Softwarekonzern *Oracle* (dessen Gründer Larry Ellison ein Verbündeter Trumps ist) bis zum kalifornischen KI-Start-up *Perplexity*.

Donald Trump hat gefordert, dass der amerikanische Staat fünfzig Prozent an dem künftig amerikanischen Unternehmen halten soll. Seinen begehrten Algorithmus müsste *ByteDance* im Fall eines Verkaufs aber vermutlich nicht aufgeben. Denkbar wäre höchstens eine Weiterlizenzierung an den neuen Eigner gegen eine Gebühr. Diese Option würde den Sorgen vor der Blackbox des TikTok-Algorithmus allerdings keine Rechnung tragen.

Auch in Europa wird der Gegenwind für TikTok kräftiger. In Brüssel laufen im Rahmen der EU-Verordnung *Digital Services Act* (DSA) mehrere Verfahren. Im Mai 2025 stellte die Europäische Kommission in einer vorläufigen Einschätzung fest, dass TikTok gegen die Digitalregeln der Europäischen Union verstoße, weil es keine ausreichend detaillierte Datenbank mit Angaben zu Werbeanzeigen eingerichtet habe. In weiteren Verfahren geht es unter anderem um den Schutz von Minderjährigen. Der Plattform drohen hohe Bußgelder – wie sie sie bereits aufgrund von Datenschutzverstößen schon zahlen musste. Die zuständige irische Datenschutzkommission *Data Protection Commission* (DPC) verhängte im Mai eine Strafe über 530 Millionen Euro, weil europäische Nutzerdaten entgegen anderslautender Versprechen nach China abgeflossen waren, sodass chinesische Programmierer Zugriff auf sie hatten. TikTok sprach von einem technischen Fehler, den man kurz darauf bereinigt habe. 2023 war TikTok von der DPC wegen des Umgangs mit Daten Minderjähriger schon einmal mit einer Strafe in Höhe von 345 Millionen Euro belegt worden.

Keine vorschnellen Verbotsforderungen

Derartige Vorfälle treiben auch in Europa die Verbotsdebatte an. Estlands Außenminister Margus Tsahkna forderte im Januar, ein Verbot müsse auch in Europa „ernsthaft geprüft“ werden, weil TikTok eine „Plattform für Wahlmanipulation“ sei. Insgesamt ist die Verbotsdebatte in der Europäischen Union jedoch deutlich weniger weit fortgeschritten als in den Vereinigten Staaten. Der ehemalige deutsche Digital- und später auch Bundesjustizminister Volker Wissing lehnte ein Verbot von TikTok noch im Januar 2025 entschieden ab. Statt vorschnell Verbote zu fordern, müsse Europa seine Regelungen konsequent anwenden.

In den USA hat Donald Trump die Frist für den TikTok-Verkauf schon mehrfach verschoben – ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gäbe. Trump befindet sich in einer Zwickmühle: Er hat TikTok in der Vergangenheit scharf als Propagandavehikel Pekings kritisiert, aber im Wahlkampf stark von der Mobilisierung seiner Wählerschaft über TikTok profitiert. Gerade junge Wähler sind in Scharen gegen ein Verbot der Plattform auf die Straße gegangen. Wirklich politisch opportun scheint ein Verbot nicht. Zuletzt sagte Trump wieder einmal, er habe einen Käufer für das US-Geschäft gefunden und sei zuversichtlich, dass die chinesische Regierung dem Verkauf zustimmen werde. Allein für das US-Geschäft rechnen Marktbeobachter mit einem Verkaufspreis von bis zu 150 Milliarden Dollar. Der Ausgang bleibt offen.

Extremismus auf TikTok

Jugendschutz ist demokratische Pflicht

Herbert Reul

Geboren 1952 in Langenfeld (Rheinland), 1991 bis 2003 Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen, 2004 bis 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments, 2012 bis 2017 Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen, seit 2017 Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

TikTok ist für Millionen Jugendliche täglicher Begleiter. Längst ist die Plattform jedoch nicht mehr nur ein Ort für Tanzvideos, Lifehacks und Comedy-Clips, sondern auch zu einem Einfallstor für Extremisten geworden. Zwischen harmlosen

Inhalten gibt es Botschaften, die brandgefährlich sind. Extremisten werben um Zustimmung, verbreiten ihre Ideologien und diffamieren unsere Demokratie. Sie säen Hass und versuchen, unsere Gesellschaft zu spalten. Sie präsentieren die Welt in Schwarz und Weiß, in Freund und Feind, in

Gut und Böse. Das besonders Gefährliche daran ist, dass sie ein Publikum in einem Alter erreichen, das verletzlich ist. Jugendliche, die noch nicht Auto fahren oder wählen dürfen, konsumieren Inhalte, die sie in eine digitale Echokammer für Grenzüberschreitendes zieht. Die Fähigkeit, Manipulation zu erkennen und Inhalte kritisch zu hinterfragen, ist oft noch nicht ausreichend vorhanden. Was früher Flugblätter und konspirative Treffen waren, ist heute ein perfektionierter Algorithmus, der Jugendliche mit maßgeschneiderten Kurzvideos rund um die Uhr bespielt.

Neuer Motor für alte Ideologien

Extremismus stellt auch heute noch die größte Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Ob religiös, politisch oder ideologisch motiviert – Extremisten eint das Ziel, unsere Demokratie zu schwächen und durch autoritäre oder totalitäre Systeme zu ersetzen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet seit Jahren, dass sich extremistische Propaganda mehr und mehr in den digitalen Raum verlagert. TikTok spielt dabei eine besondere Rolle, indem es dafür sorgt, dass sich die Inhalte in Hochgeschwindigkeit verbreiten. Extremisten wissen das für sich zu nutzen. Islamistische Prediger inszenieren sich als kumpelhafte Ratgeber, geben Tipps für Styling oder Beziehungen, streuen zugleich ihre Botschaften.

Neonazistische Gruppen locken Jugendliche in Chatgruppen, wo zunächst Freizeitaktivitäten verabredet werden, ehe schrittweise die eigentliche Ideologie mitgegeben wird. An erster Stelle sind beispielsweise Gruppierungen wie „Jung & Stark“ oder „Deutsche Jugend voran“, die sich zunächst digital vernetzen und später in der realen Welt um die Häuser ziehen. TikTok selbst ist dabei kein neutraler Vermittler, sondern ein Verstärker. Der Algorithmus merkt sich jedes Klickverhalten. Wer ein Video etwas länger ansieht, erhält künftig Inhalte, die den vorherigen ähnlich sind. So entsteht eine Spirale, die Aufmerksamkeit bindet und zugleich einen perfekten Nährboden für Radikalisierung bietet. Der Weg von subtil gestreuter Ideologie bis zu offenen Gewaltaufrufen kann wenige Klicks entfernt sein.

In einer digitalen Welt, in der Meinungen und Fakten auf den ersten Blick gleichwertig nebeneinanderstehen, fällt es besonders Jugendlichen schwer, Propaganda von seriösen Informationen zu unterscheiden. Hinzu kommt, dass die mit Künstlicher Intelligenz erstellten Videos den Extremisten neue Möglichkeiten eröffnen. Ihre Propaganda lässt sich damit täuschend echt und massenwirksamer verbreiten. So verschwimmen auf TikTok immer stärker die Grenzen zwischen harmloser Unterhaltung und gefährlicher Manipulation. TikTok wird so zu einem neuen Motor für alte Ideologien.

TikTok ist jugendaffin. Schätzungen zufolge sind über siebzig Prozent der Internetnutzerinnen und -nutzer im Alter von 16 bis 19 Jahren auf der Plattform unterwegs. Diese jungen Menschen befinden sich in einer Lebensphase, in der sie noch auf der Suche nach Orientierung, Zugehörigkeit und klaren Antworten sind. Sich auszutesten, sich vom Üblichen abzugrenzen und Grenzen zu überschreiten, gehört entwicklungspsychologisch dazu und ist so gesehen ganz normal. Fragen wie „Wo gehöre ich hin?“ oder „Was ist mir wichtig?“ prägen jede Teenagerzeit. Extremisten kennen diese Bedürfnisse. Mit einfachen Botschaften, emotionalen Triggern und dem Versprechen, Teil von etwas Besonderem zu sein, bauen sie Vertrauen auf.

Gefährdung der psychischen Gesundheit

Studien bestätigen diese Verwundbarkeit. Die Nationale Akademie der Wissenschaften veröffentlichte kürzlich ein Diskussionspapier zur Frage, wie soziale Medien die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen beeinflussen. Die Wissenschaftler warnen vor den Risiken sozialer Medien für Kinder und Jugendliche. Die immer jünger werdenden Nutzer verbrachten immer mehr Zeit in den sozialen Medien. Die Wissenschaftler empfehlen eine Altersgrenze: unter 13 Jahren keine eigenen Accounts, zwischen 13 und 15 Jahren nur mit Zustimmung der Eltern, bis 17 Jahre mit altersgerechten Einschränkungen. Suchterzeugende Funktionen wie endloses Scrollen, Push-Nachrichten oder personalisierte Werbung sollen verboten werden. Laut *DAK Mediensucht-Studie 2024* verbringen 10- bis 17-Jährige unter der Woche im Durchschnitt etwa 157 Minuten am Tag in sozialen Medien, am Wochenende sind es 227 Minuten – fast vier Stunden. Mehr als ein Viertel der 10- bis 17-Jährigen zeigten einen risikanten oder sogar krankhaften Umgang mit digitalen Medien.

Dabei raubt ihnen doch gerade das Starren auf das Smartphone die Zeit, die für ihre Entwicklung so wertvoll ist: für Hobbys, Freundschaften und andere soziale Kontakte. Die Zeit fehlt aber auch dafür, Kompetenzen zu erlernen, die für das gesellschaftliche Leben so wichtig sind: sich von Angesicht zu Angesicht mit Gleichaltrigen zu streiten und Meinungen zuzulassen, die nicht die eigenen sind. Soziale Grundkompetenzen entstehen im Miteinander, nicht anonym mit dem Handy in der Hand. Wer in einer digitalen Echokammer ohne Grenzen sozialisiert wird, trägt das, was ihn dort prägt, ins Erwachsenenalter hinein – und das mit gravierenden Folgen für unsere Gesellschaft.

Die Konsequenzen sind real. Die Sicherheitsbehörden haben immer öfter mit Jugendlichen zu tun, die schon Erschreckendes im Kopf haben. Ende März 2024 planten ein 16-jähriges Mädchen aus Düsseldorf

und ein 17-jähriges Mädchen aus Iserlohn zusammen mit einem 15-jährigen Jungen aus Lippstadt, Kirchen und Synagogen zu attackieren. Das Landgericht Düsseldorf hat die drei Jugendlichen wegen Terroranschlagsplänen zu jeweils drei Jahren Jugendhaft verurteilt. Die jungen Menschen haben sich durch Propaganda des Islamischen Staates über soziale Medien radikalisiert und sind dort in extremistische Kreise geraten. Daran sehen wir, dass das, was im Netz entsteht, offline weitergehen kann.

Altersgrenzen und wirksame Altersverifikation

Endlose Bildschirmzeit in sozialen Medien tut unseren Kindern nicht gut. Deshalb müssen wir sie schützen. Das heißt auch, dass wir nicht mit Denkverboten in diese Diskussion einsteigen dürfen. Wir müssen über den Umgang mit sozialen Medien und auch mit TikTok reden.

Kinder dürfen auch nicht jeden Film im Kino anschauen. Warum dürfen sie alle Clips auf TikTok sehen? Und warum darf sich dort jeder anmelden, der ein Smartphone hat? Wir sollten den Zugang für Kinder und Jugendliche zu den sozialen Medien stärker begrenzen und den Hinweisen aus der Forschung wie zum Beispiel denen der Leopoldina mehr Gehör schenken. Eine Altersgrenze und eine wirksame Altersverifikation für soziale Medien können Wege sein, den Einfluss dieser Plattformen auf unseren Nachwuchs zu reduzieren.

Freiwillige Selbstverpflichtungen der Plattformen reichen nicht aus. Wer behauptet, dass man dies ohne Regulierung erreichen könne, irrt. Und dass Regulierung nicht im Sinne der Betreiber ist, leuchtet ein. Denn diese profitieren mehr von Werbeeinnahmen als vom Schutz junger Menschen. Natürlich existieren auch auf TikTok Regeln. Die Plattform hat Community-Guidelines, setzt durch Künstliche Intelligenz gestützte Moderation ein und sperrt bei Verstößen Accounts. In Deutschland greifen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und das Jugendschutzgesetz. Doch die Praxis zeigt: Inhalte bleiben oft lange online, werden unterhalb der Strafbarkeitsgrenze formuliert oder tauchen in leicht veränderter Form sofort wieder auf. Wichtig ist, dass wir die Betreiber stärker in die Pflicht nehmen. Extremistische Inhalte müssen konsequent gelöscht und Accounts, die Radikalisierung befördern, gesperrt werden.

Wir müssen aber auch die Rahmenbedingungen nachschärfen, in denen sich soziale Medien bewegen. So selbstverständlich wie Alterskontrollen beim Kauf von Alkohol oder beim Glücksspiel sollte auch eine Altersverifikation bei der Anmeldung zu sozialen Medien sein. Wir sollten ernsthafter über ein Social-Media-Mindestalter diskutieren.

Nicht weniger wichtig ist Prävention. Wir müssen unsere Kinder und Jugendlichen frühzeitig medienstark machen. Und zwar genauso

früh, wie wir ihnen erlauben, ein Smartphone zu besitzen. Das heißt: Wir müssen Medienkompetenz fördern, zu Hause und in der Schule. Wir dürfen Kinder von Anfang an nicht unbeobachtet lassen, sondern müssen ihnen über die Schulter schauen. Wem folgt mein Kind bei TikTok? Mit wem chattet es noch spät in der Nacht?

Demokratie unter Druck

Wer heute in der Gunst der nachfolgenden Generation steht und die Aufmerksamkeit junger Menschen kontrolliert, prägt die politischen Grundhaltungen von morgen. Deshalb ist der Umgang mit TikTok und sozialen Medien heute nicht nur eine Frage des Jugendschutzes, sondern auch eine Frage von Resilienz und Wehrhaftigkeit unserer Demokratie. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen dokumentiert, wie in sozialen Medien gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung Stimmung gemacht wird. Wenn solche Haltungen Millionen junger Menschen ungestört erreichen, gefährdet das das Fundament unserer Gesellschaft.

Unsere Sicherheitsbehörden versuchen alles, was in ihrer Macht steht, um Extremismus zu bekämpfen. Dazu gehört Aufklärung genauso wie Prävention. Aber digitale Radikalisierung ist nicht nur allein ein Thema der Sicherheitsbehörden, sondern aller gesellschaftlichen Akteure. Auch im Netz müssen wir unsere demokratischen Werte verteidigen und dafür sorgen, dass Extremisten dort nicht ungefilterten Zugang zu den Köpfen unseres Nachwuchses haben. Passiv zu bleiben, die Meinungsbildung einer ganzen Generation jenen zu überlassen, die auf unsere Demokratie schimpfen, ist für uns alle gefährlich. Jugendschutz ist unsres ist demokratische Pflicht.

Ebenso, wie wir Minderjährige vor Alkohol, Glücksspiel oder Pornographie schützen, müssen wir sie vor digitalen Gefahren bewahren, die ihre psychische Gesundheit und ihre demokratische Haltung bedrohen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Netz ist keine parteipolitische Frage, sondern eine gesamtgesellschaftliche Pflicht.

„Schwarmtaktik“

TikTok im geopolitischen Konflikt zwischen China und dem Westen

Christina zur Nedden
Geboren 1985 in Frankfurt am Main, seit 2020 freie Korrespondentin für Asien für „Welt“ und „Welt am Sonntag“.

TikTok war lange vor allem eines: Unterhaltung für die Generation Z. Heute ist die chinesische Video-App Teil eines geopolitischen Machtkampfs – zwischen China und dem Westen, zwischen Demokratie und staatlich gesteuerter Meinungsmacht.

Spätestens seit der US-Kongress im Frühjahr 2025 die Entflechtung von TikTok und seinem chinesischen Mutterkonzern *Byte-Dance* beschlossen hat, steht die Plattform unter internationalem Druck. In Europa läuft parallel ein Verfahren der EU-Kommission wegen mutmaßlicher Wahlbeeinflussung in Rumänien. Kritiker warnen: Der Einfluss von TikTok auf die politische Meinungsbildung ist – gerade bei jungen Menschen – größer als bisher angenommen.

Im Dezember 2024 sorgte die Annulierung der ersten Runde der rumänischen Präsidentschaftswahl für internationale Schlagzeilen. Der rechtsextreme, russlandfreundliche Kandidat Călin Georgescu, zuvor kaum bekannt, hatte unerwartet den ersten Platz belegt.

Sein Geheimnis? Eine massive TikTok-Kampagne, die ultrarechte Parolen verbreitete und ein Ende der Hilfen für die Ukraine forderte. Der rumänische Geheimdienst berichtete von Einmischung aus Russland und Tausenden zuvor inaktiven TikTok-Konten, die kurz

vor der Wahl plötzlich massenhaft Georgescus Inhalte verbreiteten. Ursprünglich hatte sein Kanal nur 120 Follower, inzwischen sind es rund eine halbe Million.

Verdeckte Wahlmanipulationen

Mittlerweile zeigen Auswertungen eines im Frühjahr 2025 veröffentlichten Transparencyberichts von TikTok selbst: Bei der Wahl verbreiteten mehr als 27.000 gefälschte Profile gezielt Kommentare zugunsten Georgescus. Zunächst hatte TikTok Vorwürfe einer Einflussnahme noch als „irreführend“ zurückgewiesen; inzwischen räumt das Unternehmen verdeckte Einflussoperationen in großem Maßstab ein. Ein Großteil dieser Accounts stammte offenbar von einem türkischen Anbieter für Fake-Engagement. Die Fake-Profile zählten über 70.000 Follower und waren hauptsächlich dazu eingesetzt worden, mit Kommentaren unter echten Videos den Algorithmus zu beeinflussen. Beobachter sprechen von einer „Schwarmtaktik“, die so subtil war, dass sie zunächst kaum auffiel. Rumäniens oberstes Gericht hatte nach Einsicht in Geheimdienstinformationen die Wahl für ungültig erklärt. Der zweite Wahlgang wurde abgesagt, Georgescu durfte bei der Wiederholung der Wahl im Mai 2025 nicht mehr antreten.

Es gebe „ernsthafte Hinweise darauf, dass sich ausländische Akteure mithilfe von TikTok in die rumänischen Präsidentschaftswahlen eingemischt haben“, so EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Brüssel prüft derzeit, ob die Videoplattform gegen EU-Gesetze verstossen hat. Insbesondere geht es um ein Verbot, bezahlte Werbefunktionen für politische Inhalte zu nutzen – also Wahlkampfgelder auf TikTok auszugeben. Zudem soll geklärt werden, ob Georgescu durch die Algorithmen, die Nutzern Videos und Profile empfehlen, einen unrechtmäßigen Vorteil hatte. Bestätigen sich die Vorwürfe, drohen TikTok hohe Geldstrafen. Auch andere osteuropäische Länder wie Polen und Ungarn haben angekündigt, ähnliche Manipulationsmuster bei künftigen Wahlen im Auge zu behalten.

TikToks Transparencybericht belegt nicht nur in Rumänien problematische Aktivitäten. In Deutschland hat TikTok erst mit erheblicher Verzögerung ein Netzwerk aus 42 AfD-nahen Konten gesperrt, das sich zunächst als „TikTok-Guerilla“ auf Telegram organisiert hatte. Ziel der Gruppe war die Einflussnahme auf den politischen Diskurs durch koordinierte Uploads und Kommentarfunktionen. TikTok wies die Vorwürfe zunächst zurück, arbeitet inzwischen jedoch mit der Europäischen Union zusammen, um die Vorgänge aufzuklären.

Von Wahlmanipulationen bis hin zur Frage, ob TikTok antiwestliche Narrative fördert, ist die Video-App damit endgültig zu einem

zentralen Schauplatz im geopolitischen Konflikt zwischen China und dem Westen geworden. Mit über 1,7 Milliarden Nutzern gehört die App zu den erfolgreichsten Social-Media-Plattformen der Welt. Vor allem die Generation Z schätzt TikTok als Informationsquelle. Laut *Reuters Institute* nutzen 44 Prozent der 18- bis 24-Jährigen soziale Netzwerke und Video-Plattformen – darunter stark wachsende Dienste wie TikTok – als Hauptnachrichtenquelle.

Was China anders macht

Was kaum jemand im Westen weiß: TikTok gibt es in zwei Versionen: Während die chinesische Variante, bekannt als *Douyin*, auf Bildung, Wissenschaft und patriotische Inhalte setzt und ihre Nutzungsdauer streng reglementiert ist, zeigt sich die internationale Version mit Tanzvideos und Challenges deutlich unregulierter – und wird beschuldigt, politische Manipulation und Desinformation zu ermöglichen. Tristan Harris, ein ehemaliger Google-Mitarbeiter, ist der Ansicht, dass China die westliche Jugend mithilfe von TikTok „verdummt“, während es den eigenen Nachwuchs mit einer eingeschränkten Version fördert.

Eine Analyse von *Citizen Lab* zeigt: *Douyin* enthält Funktionen wie dynamisches Code-Loading und serverseitige Suchzensur, die mit Blick auf Sicherheit und Privatsphäre problematisch sind. TikTok hingegen wies diese Funktionen im Test nicht auf. Allerdings zweifeln Kritiker daran, dass TikTok wirklich frei von politischer Einflussnahme ist. In den USA und Europa werfen Politiker und Aktivisten der Plattform vor, „sensitive“ Inhalte wie Berichte über die Proteste in Hongkong, die Uiguren oder Tibet zu benachteiligen oder zu verstecken. Konkrete technische Beweise dafür gibt es bislang nicht – doch die gemeinsame Codebasis von TikTok und *Douyin* sowie serverseitig gesteuerte Konfigurationen nähren die Sorge, dass politische Zensur potenziell jederzeit aktiviert werden könnte.

In den USA bleibt TikTok ein politischer Zankapfel. Ein 2024 vom Kongress verabschiedetes Gesetz zwingt die chinesische Muttergesellschaft *ByteDance* zum Verkauf der App – andernfalls droht ein Verbot in den USA. Nachdem TikTok im Januar 2025 für einen Tag aus den US-amerikanischen App-Stores verschwunden war, griff Präsident Donald Trump ein. Er erließ zwei aufeinanderfolgende 75-Tage-Aufschübe und kürzlich eine weitere Verlängerung um neunzig Tage. Damit hatte TikTok bis Mitte September Zeit, eine Lösung zu finden.

Trump, der TikTok während seiner ersten Amtszeit noch verbieten wollte, hat seine Haltung inzwischen geändert – nicht zuletzt wegen des wachsenden Einflusses der Plattform auf die junge Wählerschaft. „Ich habe einen Platz in meinem Herzen für TikTok, weil ich die Jugend

mit 34 Punkten Vorsprung gewonnen habe“, so Trump im Dezember 2024. Dennoch bleibt die nationale Sicherheitslage angespannt. Senator Mark Warner von den Demokraten wirft dem Weißen Haus vor, durch die ständigen Fristverlängerungen die eigenen Sicherheitswarnungen zu ignorieren.

Showdown in den USA?

Sollte bis zum 17. September keine Einigung über einen Verkauf erzielt werden, droht TikTok weiterhin ein Verbot in den USA. Der Supreme Court hatte das Gesetz zuvor bestätigt. Mehrere Investoren haben Interesse an einer Übernahme bekundet, darunter Amazon, *Oracle*-Mitgründer Larry Ellison, *Reddit*-Mitgründer Alexis Ohanian und der YouTuber MrBeast. Auch Private-Equity-Firmen wie *Blackstone* und Risikokapitalgeber wie *Andreessen Horowitz* werden als potenzielle Käufer genannt. Berichten zufolge erwägt das Weiße Haus sogar eine Lösung, bei der *ByteDance* zwar Eigentümer des Algorithmus bleibt, ihn jedoch an ein US-Unternehmen lizenziert.

In Europa stehen bisher insbesondere strengere Regulierungen und Bußgelder im Raum. Ursula von der Leyen betonte, dass alle Online-Plattformen inklusive TikTok zur Rechenschaft gezogen werden müssen, um die Demokratie vor ausländischer Einnischung zu schützen. Der *Digital Services Act* verpflichtet Social-Media-Plattformen, gegen rechtswidrige Inhalte vorzugehen. Zudem soll er Nutzer vor Risiken wie wahlbezogenen Fehlinformationen schützen. Durchgesetzt wird er von der EU-Kommission, die TikTok Anfang Dezember 2024 verpflichtet hatte, alle Informationen im Zusammenhang mit der Rumänien-Wahl zu sichern. Auch Frankreich und Belgien haben Initiativen gestartet, um die Plattform strenger zu überwachen. In Paris laufen Gespräche über eine verpflichtende Altersverifikation und eine „Transparenzpflicht“ für politische Werbung auf TikTok.

Trotz der hitzigen Debatten sind viele Fragen offen. Gibt es tatsächlich Beweise für gezielte Wahlmanipulationen durch TikTok? Wie stark ist der Einfluss der chinesischen Regierung auf das Unternehmen? Und welche Konsequenzen würde ein Verbot der Plattform für Millionen von Nutzern bedeuten? Klar ist: TikTok steht nicht nur im Fokus einer technischen, sondern auch einer geopolitischen Auseinandersetzung. Die kommenden Monate werden zeigen, ob und wie die westlichen Staaten auf die Herausforderungen reagieren, die durch eine Plattform entstehen, die mehr als eine Milliarde Menschen weltweit täglich nutzen. Auch innerhalb der Europäischen Union wird der Ruf nach einer gemeinsamen „Digitalen Resilienzstrategie“ lauter, um Plattformen wie TikTok nicht länger zum Risiko für demokratische Institutionen werden zu lassen.

Das Ende der Arglosigkeit

Wolfgang Ullrich
Geboren 1967 in München, Kunsthistoriker und Kulturwissenschaftler, unter anderem 2006 bis 2015 Professor für Kunstwissenschaft und Medientheorie, Staatliche Hochschule für Gestaltung Karlsruhe, seither freiberuflich in Leipzig als Autor, Kulturwissenschaftler und Berater tätig sowie Mitherausgeber der Buchreihe „Digitale Bildkulturen“.

Wie Politisierung auf TikTok funktioniert

In Zeiten starker Politisierung erfahren selbst viele alltägliche Dinge und Praktiken plötzlich eine symbolische Aufladung.

In ihnen sieht man jeweils eine Weltanschauung repräsentiert, wobei die Zuschreibungen sowohl von Anhängern als auch von Gegnern vorgenommen werden können. So identifizieren viele Grüne sich selbst etwa gern mit Elektroautos, Regenbogenflaggen und Biosupermärkten, während ihre Gegner sie lieber mit Lastenfahrrädern, Gendersternen oder dem Veggietag assoziieren. Und während derjenige in Verdacht geraten kann, rechts zu sein, der einen SUV fährt oder das Lied „L'amour toujours“ von Gigi D'Agostino spielt, würden überzeugte

AfD-Wähler wohl eher ein Basecap im Stil der MAGA-Bewegung [MAGA = *Make America Great Again*, Anm. d. Redaktion], eine Karl-May-Ausgabe, blaue Herz-Emojis oder eine Bratwurst zu ihren ‚Dingsymbole‘ erklären. Oftmals werden Fremdzuschreibungen von den Betroffenen aber auch angeeignet oder positive Markierungen von Gegnern ins Negative oder Lächerliche zu wenden versucht, ja es kommt im Prozess symbolisch-politischer Aufladungen fortwährend zu Wechselwirkungen.

So sehr es solche Aufladungen auch früher immer wieder gab (man denke nur an die rote Jakobinermütze in der Französischen Revolution), so sehr erleben sie in Zeiten sozialer Medien eine Vermehrung und Intensivierung. Denn nie zuvor haben so viele Menschen so viel aus ihrem Alltag mit anderen geteilt – und zwar gleichermaßen Lebensgewohnheiten wie Ansichten. Daher liegt es ebenfalls nahe, zwischen beidem jeweils Verbindungen herzustellen. Das wird zudem etwa dadurch gefördert, dass ein auf Instagram oder TikTok gepostetes Foto oder Video oft noch mit programmatischen Hashtags versehen wird, um ihm gleichsam eine Botschaft mit auf den Weg zu geben. Bestimmte Assoziationen zwischen Motiven und Meinungen, zwischen Objekten und politisch-weltanschaulichen Bekenntnissen werden auf diese Weise regelrecht trainiert.

Alltägliches wird politisch

Liest man unter vermeintlich harmlos-schönen Fotos mit Wassermelonen *#FreeGaza*, wird man fortan also auch bei anderen Bildern, auf denen ein Stück Wassermelone zu sehen ist, zumindest überlegen, ob diejenigen, die sie gepostet haben, damit nicht vielleicht eine propalästinensische Gesinnung signalisieren wollten. (Die Melone ist hier aufgrund ihrer Farben ein Stellvertreter für die palästinensische Flagge.) In Verbindung mit dem Hashtag *#bananagate* wurden hingegen Bananen in Polen 2019 kurzzeitig zu einem Protestsymbol – nachdem die rechte PiS-Regierung durchgesetzt hatte, dass im Warschauer Nationalmuseum feministische Kunst, darunter ein Video, in dem die 2022 verstorbenen Künstlerin Natalia Lach-Lachowicz eine Banane isst, ins Depot verbannt wurde. Eine Banane in der Öffentlichkeit zu essen oder Fotos von Bananen zu posten, wurde in Reaktion darauf also plötzlich eine Geste des Widerstands.

Wie in diesem Fall sind solche Aufladungen oft nur lokal und temporär, was es schwermacht, eindeutig zu klären, wann und wo etwas an sich Alltägliches mit einer politischen Aussage verbunden ist. Der arglose Blick hat in den sozialen Medien daher keinen Raum mehr. Denn grundsätzlich kann alles eine bestimmte ideologische Botschaft besitzen –



„Propaganda-Falle“
Quelle: Screenshot WELT/TikTok



nur hat man es vielleicht noch nicht mitbekommen, weil die symbolisch-politische Aufladung zuerst in einer anderen Bubble stattgefunden hat oder man ein paar Tage offline war.

Ein Meme, das im Mai 2025 auf der Plattform X seinen Ursprung hatte, dann aber vor allem auf TikTok viral ging, machte die Dimension der Alltagspolitisierung – und die für viele damit verbundene Anstrengung – sehr anschaulich. Unter dem Titel *Propaganda I'm not falling for* – in der deutschen Version „Propaganda, auf die ich nicht hereinfalle“ – posteten Leute meist eine ganze Liste von Meinungen und Dingen, die sie ablehnen.¹ Stolz verkündeten sie also, wie sehr sie bestimmte weltanschauliche oder konsumistische Moden als solche durchschauen, gaben damit aber zugleich zu erkennen, worin sie selbst überall Propaganda erblicken.

In wildem Durcheinander landeten auf den Listen von Feministinnen Begriffe wie etwa „Botox“, „Heiraten“, „die Pille“, „Tradwife“ und „Körperbehaarung abrasieren“; bei konservativeren Usern las man „offene Beziehungen“, „Skinny Jeans Comeback“, „Dating Apps“, „woke‘ Männer“, „flache Schuhe“, „Temu“ und „AfD“; Linke notierten auf ihren Listen Punkte wie „Matcha statt Kaffee“, „Old Money-Style“, „Dubai“, „ChatGPT“, „Vino-Verkostung“ und „Aktienrente“; bei stramm Rechten hieß es dafür „Corona-Impfung“, „LGBTQ“, „Taylor Swift“, „Hafermilch“, „ARD/ZDF“, „Bunte Haare“ und „Body Positivity“, und bei Veganern fand sich unter anderem „Kuh-Eiter in meinem Kaffee“, „Körperteile essen“, „jemandes Haut als Mode tragen“ und „Bio = Tierwohl“.

¹ Zur Genese und Verbreitung des Memes vgl. „Know Your Meme“, <https://knowyourmeme.com/memes/propaganda-im-not-falling-for> [letzter Zugriff: 15.07.2025].

² Annekathrin Kohout: „Propaganda, auf die ich nicht hereinfalle“, in: taz, 11.06.2025 <https://taz.de/Propaganda-auf-die-ich-nicht-hereinfalle/!6090067/> [letzter Zugriff: 15.07.2025].

³ Zu solchen „Kippfiguren“ als zentralem Charakteristikum von TikTok vgl. Isabell Otto: TikTok. Ästhetik, Ökonomie und Mikropolitik überraschender Transformationen, Berlin 2023, S. 8 ff.

Da jeweils sowohl Dinge und Tätigkeiten als auch weltanschauliche Begriffe auf die Listen gesetzt wurden, führte jede Nennung letztlich zu einer Festigung und Verstärkung der symbolisch-politischen Aufladungen. Zuzustimmen ist daher der Kulturwissenschaftlerin Annekathrin Kohout, dass dieses Meme „Symptom einer Gegenwart [ist], die so hochpolitisirt ist, dass selbst eine Aussage über Schuhe unter Ideologieverdacht steht“. Vor allem aber weist Kohout darauf hin, dass „der Versuch, sich gegen vermeintliche Manipulation zu immunisieren, paradoxerweise neue Formen der Selbstmanipulation produziert. Denn wer alles als Propaganda verdächtigt, macht sich blind für die Unterschiede zwischen Marketingtricks, politischer Beeinflussung und schlachten Meinungsäußerungen“².

Folge dieser Blindheit wiederum ist es, dass der Matcha plötzlich genauso schlimm erscheint wie ChatGPT, dass bunte Haare ebenso stark triggern wie das gesamte öffentlich-rechtliche Fernsehen oder dass man sich über flache Schuhe nicht weniger aufregt als über die AfD. Da viele originell sein wollten, sind auch immer wieder neue Dinge auf den Listen gelandet, und wer sich für besonders hellhörig für vermeintliche Propaganda wähnt, hat ebenfalls den Ehrgeiz, etwas als Erster auf eine Liste zu schreiben und so als Propaganda zu enttarnen. Damit droht schließlich alles und jedes unter Ideologieverdacht zu geraten, und so sehr das Meme als Distanzierungsgeste gegen zu viel Vereinnahmung gestartet sein mag, so sehr hat es noch mehr an sich harmlose Dinge und Praktiken in den Strudel symbolisch-politischer Aufladung gezogen.

Phasen der propagandistischen Okkupation

Dennoch ist die Existenz dieses Memes zu begrüßen. Denn in ihm wurde die Mechanik der Politisierung, wie sie in den sozialen Medien und insbesondere auf TikTok stattfindet, also die geradezu systematische Verbindung und Vermischung an sich unpolitischer Alltagssujets mit Weltanschauungen, ja das fortwährende Kippen von unterhaltsam-konsumistischem Content in politische Propaganda, so sichtbar wie vielleicht niemals zuvor.³ Zahlreiche zuerst unpolitische TikTok-Genres sind aufgrund dieser Mechanik in den letzten Jahren bereits so stark politisiert worden, dass sie sich schließlich in Propaganda verwandelt haben.

Die übliche Entwicklung einer propagandistischen Okkupation lässt sich dabei in vier Phasen unterteilen. Die *erste* Phase besteht darin, dass ein Genre, bei dem zuerst zum Beispiel nur eine Challenge zu erfüllen oder eine Fertigkeit unter Beweis zu stellen ist (damit wurde TikTok groß!), in dem Maß, in dem es sich etabliert, auch eine eigene Ästhetik und Dingkultur ausbildet. Diese wird in der *zweiten* Phase – sei es von Akteuren des Genres selbst oder aber von einem Teil der rezipierenden



Schleichende Politisierung? Im Jahr 2023 „trendete“ auf TikTok die Skulptur „Bereitschaft“ des NS-Künstlers Arno Breker - ein muskelbepackter Bronze-Macho mit pathetischem Führerbefehlsblick. Junge Männer, die ihre Selbstdisziplin im Fitnessstudio zur Schau stellen wollten, inszenierten sich in exakt jenen Posen, die einst als visuelle Blaupause für den „Volkskörper“ dienten.

Die Künstler Jakob Ganslmeier und Ana Zibelnik greifen dieses Phänomen auf und stellen die Frage: Wie weit ist die extremistische Vereinnahmung noch entfernt, wenn martialische Blicke plötzlich wieder viral gehen?

Fotos: © Jakob Ganslmeier, Ana Zibelnik: „Bereitschaft“ (2024)

4 Detailliert und differenziert ist die Entwicklung der „Trad Wives“ beschrieben von Sophie Elmhirst: „The Rise and Fall of the Trad Wife“, in: The New Yorker, 29.03.2024, www.newyorker.com/culture/persons-of-interest/the-rise-and-fall-of-the-trad-wife; vgl. auch Katharina Schuster: „Warum der „Tradwife“-Trend gefährlich ist“, in: zdfeheute, 15.09.2024, www.zdfeheute.de/politik/ausland/tradwife-bewegung-trend-tiktok-100.html [letzter Zugriff jeweils: 15.07.2025].

User – mit Themen in Beziehung gebracht, die noch nicht unbedingt eindeutig politisch sind, die jedoch schnell – durch entsprechende Hashtags oder neue Akteure – einen politischen Drall erhalten können. In der *dritten* Phase wird das Genre zunehmend als politisch wahrgenommen, zu mal die zuerst vielleicht nur wenigen politisch-propagandistischen Videos auch die jeweiligen politischen Gegner auf den Plan rufen, die davon getriggert werden, diese Videos kommentieren, vielleicht sogar parodieren und auf diese Weise umso bekannter machen. In der *vierten* Phase entstehen innerhalb des Genres fast nur noch mehr oder weniger politische Inhalte, die sich vielleicht sogar noch weiter radikalisieren.

Vergangenheitslifestyle als eskapistische Verheißung

Das bekannteste Beispiel für eine derartige Politisierung ist wohl das Genre „Tradwife“ (das es bei jenem Anti-Propaganda-Meme nicht nur bei Feministinnen, sondern sogar im gesamten links-alternativen Spektrum auf viele Listen geschafft hat). Es begann damit, dass Frauen in Videos besondere Fähigkeiten beim Backen und Kochen unter Beweis gestellt, zum Teil aber auch Praktiken wie das Herstellen von Butter oder von Schokolade wiederbelebt haben, die infolge moderner Küchengeräte und oft schon fertig gekaufter Zutaten weitgehend ausgestorben sind. Je altmodischer das Repertoire an Tätigkeiten in den Videos wurde, desto häufiger verwendeten die Frauen für ihre Videos auch Settings wie anno dazumal, benutzten also altes Geschirr und kleideten sich wie vor fünfzig, hundert oder noch mehr Jahren. Damit bekam das Genre eine eigenständige, gut wiedererkennbare Ästhetik und wurde – auch als eskapistische Verheißung einer Alternative zum städtisch-modernen Leben – umso beliebter. Allerdings lag es nun auch nahe, den inszenierten Vergangenheitslifestyle mit Weltbildern aus der Vergangenheit zu koppeln. Vermehrt tauchten also Videos auf, in denen die Frauen, während sie ihrer Hausarbeit nachgehen, darüber sprechen, wie schön es doch sei, dem eigenen Mann zu dienen, ja wie sehr es die Bestimmung der Frau sei, für Haus und Familie zu sorgen. Die konservativ-reaktionäre Anmutung steigerte sich weiter, als das Genre auch für antifeministische Propaganda genutzt wurde, um das Patriarchat zu loben oder mit der Bibel zu begründen, dass die Frau dem Mann untertan sei. So wurde das unpolitische Genre zum Teil rechtsgerichtet, zum Teil christlich-fundamentalisch und taucht mittlerweile längst in fast allen Texten auf, in denen vor einer politischen Radikalisierung durch TikTok gewarnt wird.⁴

Eine Politisierung hat auch der Content einer Szene erfahren, die sich unter #OldMoney sowie #OldMoneyStyle versammelt hat. Hier ging es zuerst – wiederum im Modus der Challenge – darum, sich mit

möglichst wenig Geld einen möglichst teuer-gediegenen Look zuzulegen. Als jemand aus einem sozial eher schwachen Milieu auch einmal gut situiert oder etwas dandyhaft auszusehen, war eine reizvolle Aufgabe, und wer die entsprechenden Tricks in TikTok-Videos teilte, durfte sich sicher sein, viele Likes und Follower zu erhalten. Doch auch hier eröffnete sich infolge der ästhetischen Perfektionierung des Genres, in dem dann neben edel und aristokratisch anmutender Kleidung eine (vermeintlich) alte Dingwelt mit viel Patina in Szene gesetzt wurde, die Möglichkeit, ebenso vormoderne Weltbilder ins Spiel zu bringen. Da der antiquiert-vornehme Kleidungsstil auf traditionelle Rollenmuster einschwört, die einer streng binären Geschlechterordnung verpflichtet waren, hat sich *#OldMoney* etwa als geeignet erwiesen, um Propaganda gegen Queerness zu machen. Aber auch *White Supremacy*-Befürworter konnten hier gut andocken, ist die Welt des alten Geldes doch eine ausschließlich weiße, in der Kolonialismus und Imperialismus selbstverständlich sind. So hat sich dieses Genre mittlerweile ebenfalls radikaliert, aber auch den virtuellen Raum überschritten, gibt es doch bereits Klubs, in denen sich die Protagonisten entsprechend rechtsradikalen *#OldMoney*-Szenen in passendem Ambiente – etwa auf einem Schloss – treffen, ihren Modestil und ihre Weltanschauungen also *in real life*, im wahren Leben, weiter einüben.⁵ (Naheliegend, dass *Old Money*-Style daher bei Linken auch auf Anti-Propaganda-Listen auftaucht.)

Vereinnahmung von TikTok-Genres

Beim Genre „Morgenroutine“ ist der Prozess der Politisierung bis zur dritten Phase gelangt, vielleicht ist es jedoch auch zu groß und seinerseits zu fest etabliert (es wurde bereits auf YouTube groß, bevor es nunmehr vornehmlich auf TikTok seinen Ort hat), um zu einem größeren Teil radikaliert werden zu können. Ursprüngliches Thema des Genres war es, vorzuführen, wie man gut in den Tag startet. Es ging um Schminktipps oder darum, welche Getränke zum Frühstück bekömmlich sind – jeweils verbunden mit viel Produktplatzierung. Nach und nach kamen allerdings immer mehr Themen dazu: Yoga, Fitness, Meditation, Aufräumen, Essen. Je mehr Routinen in das Programm aufgenommen wurden, desto mehr wurde es zugleich einem Professionalisierungsehrgeiz unterworfen, und wer ihm halbwegs gerecht werden will, muss mittlerweile einiges an Zeit (und Geld) investieren, denn die „Morgenroutine“-Videos fassen einen Zeitraum von drei bis vier Stunden zusammen; um all die Empfehlungen zu befolgen, sollte man um 6.00 Uhr, besser noch um 5.00 Uhr aufstehen. Damit erinnert das „Morgenroutine“-Programm an klösterlich-strenge Lebensformen – und das erst recht wegen der durchgängig asketisch-prüden Atmosphäre der

⁵ Vgl. Taylor Lorenz: „A club where you pay thousands to make „old money“ content“, in: UserMag, 03.02.2025, www.usermag.co/p/old-money-content-private-club-quiet-luxury-tuxedo-society-tiktok-instagram [letzter Zugriff: 15.07.2025].

Videos, in denen sich meist junge Frauen als Singles, trotz Themen wie Hautpflege und Hygiene jedoch gänzlich nichterotisch präsentieren, so als wären sie Nonnen. Und daher braucht nicht zu verwundern, wenn zunehmend eine religiöse Aufladung des Genres stattfindet, in den Videos etwa morgendliche Bibellektüre empfohlen wird. Manche werben für die Religion sogar genauso wie für ein Kosmetikprodukt oder ein Kleidungsstück und sind erfolgreich gerade wegen der auch hier wieder besonders markanten Verbindung von Dingen und Weltanschauung, Materiellem und Spirituellem, Konsum und Seelenheil.

Dass bei allen drei Beispielen eine Vereinnahmung eines Genres durch rechtsextreme oder christlich-fundamentalistische Propagandisten zu beobachten ist, zeugt von einem allgemeinen Trend. Wie gerade rechtsextreme Gruppierungen generell sehr engagiert und geschickt darin sind, ihre Ideologeme in den sozialen Medien attraktiv darzustellen und zu verbreiten, so scheinen sie auch gezielt nach Genres Ausschau zu halten, in denen gleichsam schon alles vorbereitet dafür ist, um an die jeweilige Dingwelt und Ästhetik anschließen und diese weltanschaulich überhöhen, mit einem ideologischen Spin versehen zu können. TikTok ist dabei die Plattform, auf der die meisten dieser Transformationsprozesse zu verfolgen sind – nicht nur, weil hier ein breites, oft junges, gut beeinflussbares Publikum zu erreichen ist, sondern auch, weil die simultane Darstellung von Alltagssujets sowie von persönlichen Meinungen hier von Anfang an Programm war. Dabei besteht das Ziel der politischen Akteure oftmals gar nicht darin, ein Genre komplett zu radikalisieren. Genauso wichtig wie extremer Content, der die bereits überzeugten Anhänger bindet und den politischen Gegner triggern soll, sind Postings, in denen, fein dosiert, nur jeweils einzelne Ideologeme angesprochen werden. Auf diese Weise versucht man, nach und nach den Boden für eine Normalisierung rechtsextremer Ansichten zu bereiten. Daher ist beim Scrollen durch TikTok Vorsicht geboten – wie gesagt: Für einen arglosen Blick ist hier kein Raum mehr.

In Vergnügungs- und Empörungsschleifen gefangen

Christian Montag
Geboren 1977 in Köln, Distinguished Professor für Kognitions- und Neurowissenschaften, Institut für kollaborative Innovation, Universität Macau, Sonderverwaltungszone Macau (China). Er ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Arbeiten und Bücher.

Die Anreizmechanismen der sozialen Medien

Die Entwicklung von sozialen Medien stellt ein außergewöhnliches Erfolgsmodell dar. Bedenkt man, dass die Gründung von Facebook erst rund zwanzig Jahre zurückliegt, so ist es erstaunlich, aktuell mehr als drei Milliarden Menschen auf den von *Meta* betriebenen Plattformen zu finden. Weltweit sind über fünf Milliarden Nutzende auf den sozialen Medien unterwegs. Der Markt wird mittlerweile von amerikanischen und chinesischen Unternehmen beherrscht.

Der Erfolg der sozialen Medien ist auf viele Faktoren zurückzuführen. Aus medienpsychologischer Sicht könnte man die Nutzen- und Gratifikationstheorie heranziehen, die besagt, dass die Nutzung von Technologien im Idealfall mit Anerkennung der Erfüllung von menschlichen Grundbedürfnissen einhergeht. Bleibt eine solche

¹ Christian Montag: Du gehörst uns! Die psychologischen Strategien von Facebook, TikTok, Snapchat & Co - und wie wir uns vor der großen Manipulation schützen, Blessing Verlag, München 2021.

² Daniel Hickey / Daniel M. T. Fessler / Kristina Lerman / Keith Burghardt: „X under Musk's leadership: Substantial hate and no reduction in inauthentic activity“, in: PLOS One, 20. Jg., Nr. 2: e0313293, 25.02.2025, <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0313293> [letzter Zugriff: 03.06.2025].

Gratifikation aus, so wird sich die neue Technologie wahrscheinlich nicht durchsetzen. Tatsächlich scheint die Nutzung der sozialen Medien sogar mehrere Grundbedürfnisse zu stillen, was ihren Erfolg zumindest teilweise erklärt.

So wird angenommen, dass Menschen bei Nutzung von sozialen Medien eine gewisse hedonische Gratifikation erfahren, die mit dem sich einstellenden Vergnügen durch den Besuch der Plattformen einhergeht. Damit lässt sich vielleicht auch nachvollziehen, warum ausgerechnet Katzenvideos viral gehen. Jenseits einer hedonischen Form der Gratifikation werden in der Literatur eine *soziale* Form der Gratifikation und eine *utilitäre* Form der Gratifikation beschrieben.¹ Die *soziale* Form hat direkt mit dem Begriff der sozialen Medien zu tun und zielt damit logischerweise auf die Befriedigung der *sozialen* Grundbedürfnisse der Nutzenden ab. Evolutionsbedingt sind wir Menschen mit sozialen Grundbedürfnissen ausgestattet, die sich unter anderem darin äußern, dass wir psychischen Schmerz bei Einsamkeit erfahren (wir sind als Spezies in Gruppen stärker als allein) und besonders im Hinblick auf die Erziehung der Nachkommen, aber auch in Beziehungen zu Freunden und Verwandten fürsorgliches Verhalten zeigen.

Soziale Medien als Machtwerkzeug

Soziale Medien ermöglichen es weiterhin, soziales Kapital aufzubauen und mit anderen Menschen in Kontakt zu treten. Das ist nützlich, und hierfür sind die sozialen Medien ein Werkzeug (*utilitäre* Gratifikation). Richtig ist jedoch auch, dass der Begriff „soziale Medien“ aufgrund der bekannten Auswüchse auf den Plattformen – Hassrede und Desinformationskampagnen – heute oftmals durchaus sarkastisch betrachtet wird („asoziale Medien“). Übrigens hat die Flut an Fake News sicherlich auch mit der *utilitären* Funktion der sozialen Medien zu tun, weil soziale Medien auch als Werkzeug zur politischen Beeinflussung und damit als Machtwerkzeug eingesetzt werden können. Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer immer weniger regulierten Landschaft sozialer Medien. In den USA wurde die Moderation von Online-Inhalten nach der Wahl von US-Präsident Donald Trump Anfang November 2024 so gut wie abgeschafft. In Europa ist die Situation aufgrund der EU-Verordnung *Digital Services Act* (DSA) etwas besser: Bis jetzt hält sich die Industrie in der Europäischen Union in Teilen an die Moderation von Inhalten auf den sozialen Medien, obwohl im Falle der Plattform X die Frage im Raum steht, warum sie durch die Europäische Union im Rahmen des *Digital Services Act* nicht deutlich stärker reguliert wird. Die Plattform ist nach der Übernahme durch Elon Musk offenkundig zu einer Propagandaplattform geworden, die regelmäßig mit Hassrede geflutet wird.²

Wie gelingt es der Industrie hinter den sozialen Medien – trotz ihrer Schattenseiten –, die Nutzenden so stark in ihren Bann zu ziehen? Warum nehmen viele Nutzende in jeder freien Minute ihr Smartphone zur Hand, um von den Plattformen eingesogen zu werden? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, muss man sich mit dem Datengeschäftsmodell und mit dem sogenannten AB-Testen auseinandersetzen.

Wie hinlänglich bekannt, zahlen die Nutzenden der sozialen Medien üblicherweise nicht mit Geld für die Nutzungsrechte, sondern mit (langen) Verweilzeiten. Dies ist aus Sicht der Industrie wichtig, weil die Nutzenden durch längere Verweilzeiten mehr digitale Fußabdrücke hinterlassen. Auf der Basis dieser Daten schätzt die Industrie ein, welche Eigenschaften und Vorlieben die Plattformnutzer haben. Diese Erkenntnisse werden verwendet, um die Nutzerinnen und Nutzer auf den Plattformen personalisierten Werbebotschaften auszusetzen, die nicht nur die Klick- und Kaufraten erhöhen können,³ sondern auch über das Potenzial verfügen, die Personen politisch zu beeinflussen: Eine unabhängige Studie zeigte beispielsweise, dass eine auf die Persönlichkeit der Nutzenden zugeschnittene politische Werbebotschaft die Bereitschaft erhöht, die beworbene Partei zu wählen.⁴

Überwachungskapitalismus und Aufmerksamkeitsökonomie

Längere Verweilzeiten bedeuten zudem für viele Nutzende auch ein Plus an Exposition mit solchen personalisierten Botschaften. Shoshana Zuboff spricht im Kontext dieses Geschäftsmodells passenderweise von einem Überwachungskapitalismus⁵: Die Nutzenden werden ausspioniert, um mit den daraus resultierenden Informationen einträgliche Geschäfte zu machen. Der Überwachungskapitalismus trifft also auf die Aufmerksamkeitsökonomie – ein Begriff, der vermutlich geläufiger ist.

Die aktuellen Verweilzeiten der deutschen Bevölkerung auf den Plattformen der sozialen Medien liegen bei über neunzig Minuten täglich.⁶ Dies verdeutlicht, welch wichtige Funktion die sozialen Medien heute als Kommunikationsplattform einnehmen. Unter sozialen Medien versteht man ebenfalls die zahlreichen Messenger-Applikationen wie WhatsApp und *Signal*, da sie zentrale Elemente der sozialen Medien beinhalten. Dazu gehört, dass sich eine Person mit einer weiteren Person oder auch mit vielen Menschen unterhalten beziehungsweise eigene Inhalte transportieren kann und dies zeitlich synchron und asynchron erledigt.⁷

Die heutigen Plattformen sind in ihrer jetzigen Form nicht vom Himmel gefallen, sondern haben vor dem Hintergrund des bereits erläuterten Datengeschäftsmodells über die Jahre hinweg ihr Erscheinungsbild stark verändert. Zentrales Hilfsmittel für die Gestaltung der sozialen

3 Sandra Matz / Michal Kosinski / Gideon Nave / David J. Stillwell: „Psychological targeting as an effective approach to digital mass persuasion“, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America (PNAS)*, 114. Jg., Nr. 48, März 2017, S. 12714–12719, www.pnas.org/doi/full/10.1073/pnas.1710966114 [letzter Zugriff: 03.06.2025].

4 Brahim Zarouali / Tom Dobber / Guy De Pauw / Claes De Vreese C.: „Using a Personality-Profiling Algorithm to Investigate Political Microtargeting: Assessing the Persuasion Effects of Personality-Tailored Ads on Social Media“, in: *Communication Research*, 49. Jg., Nr. 8, Dezember 2022, S. 1066–1091, <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0093650220961965> [letzter Zugriff: 03.06.2025].

5 Shoshana Zuboff: *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*, Profile Books, London 2019.

6 „Digital 2025: Wie Deutschland Social Media nutzt – und was das für Brands bedeutet“, in: *We Are Social*, 27.02.2025, <https://wearesocial.com/de/blog/2025/02/digital-2025-wie-deutschland-social-media-nutzt-und-was-das-fuer-brands-bedeutet> [letzter Zugriff: 05.06.2025].

7 Caleb T. Carr / Rebecca A. Hayes RA: „Social Media: Defining, Developing, and Divining“, in: *Atlantic Journal of Communication*, 23. Jg., Nr. 1 / 2015, S. 46–65, <https://doi.org/10.1080/15456870.2015.972282> [letzter Zugriff: 03.06.2025].

8 Christian Montag / Jon D. Elhai: „On Social Media Design, (Online-)Time Well-spent and Addictive Behaviors in the Age of Surveillance Capitalism“, in: *Current Addiction Reports*, 10. Jg., Mai 2023, S. 610–616, <https://doi.org/10.1007/s40429-023-00494-3> [letzter Zugriff: 03.06.2025].

9 Antonia Garcia Martinez: *Chaos Monkeys. Inside the Silicon Valley Money Machine*, Ebury Press / Random House, London 2016, hier S. 261.

10 Christian Montag / Brian J. Hall / Yu-Hsuan Lin: „Is it possible to circumnavigate the APIcalypse? On challenges to study mental health in the age of digitalization and AI“, in: *The European Journal of Psychiatry*, 38. Jg., Nr. 4, Oktober 2024.

11 Christian Montag / Bernd Lachmann / Marc Herrlich / Katharina Zweig: „Addictive Features of Social Media/Messenger Platforms and Freemium Games against the Background of Psychological and Economic Theories“, in: *International Journal of Environmental Research and Public Health*, 16. Jg., Nr. 14, Artikel-ID: 1612, Juli 2019, www.mdpi.com/1660-4601/16/14/2612 [letzter Zugriff: 03.06.2025].

Medien ist das sogenannte AB-Testen.⁸ Es zielt darauf ab, neue Designelemente zu testen, denen die Nutzenden auf den Plattformen ausgesetzt werden. Beispielsweise hat Facebook bereits nach der Gründung darüber nachgedacht, als zentrales Designelement die Personalisierung der Botschaften im Newsfeed zu realisieren, um für die Nutzenden das Ziel einer *New York Times of You* zu erreichen.⁹

AB-Testen und seine Auswirkungen auf das Nutzerverhalten

Die Logik hinter dem Konzept lautet, dass der Feed für viele Nutzer einfach zu langweilig ist, wenn keine Personalisierung stattfindet. Die Nutzenden sehen in diesem Szenario einfach zu viele Botschaften, die sie nicht interessieren, und verlassen die Plattformen. Durch das Studium der digitalen Fußabdrücke der Nutzenden mithilfe von Künstlicher Intelligenz kann den Nutzenden nun zumeist das gezeigt werden, was sie besonders interessiert.

AB-Testen heißt also in diesem Fall zusammengefasst, dass die Industrie untersucht, wie sich eine Plattform-Variante A (mit Personalisierung) versus Plattform-Variante B (ohne Personalisierung) auf das Nutzerverhalten auswirkt. Wenig überraschend wird Variante A zu mehr Engagement auf der Plattform und längeren Verweilzeiten als Variante B führen, auch wenn das für unabhängige Forschende von außen schwer zu messen ist. Die Schnittstellen zu den sozialen Medien sind aktuell meist verschlossen (*APIcalypse*).¹⁰

Beim AB-Testen werden also unterschiedliche Varianten der sozialen Medien vergleichend getestet und dann gemessen, welche sich besonders gut auf das Datengeschäftsmodell auswirken. Die Designelemente, die damit erfolgreich getestet worden sind, gehören mittlerweile zum Standard auf den sozialen Medien und sind den meisten Lesenden bekannt: Der Like-Button funktioniert ebenso als soziale Belohnung, wie er Aufschluss über die Vorlieben der Nutzenden gibt, durch das *Endless Scrolling* wurde das natürliche Ende auf den Plattformen abgeschafft (es gibt immer noch mehr zu lesen oder zu sehen), und die Lesebestätigung auf den Messenger-Kanälen entfaltet ihre Wirkung über sozialen Druck und lässt schneller auf Antworten reagieren.¹¹ Die Entwicklung der sozialen Medien über die Jahre hinweg kann somit auch mit dem Begriff *Persuasive Design* beschrieben werden. Durch das Design der sozialen Medien werden Menschen in Richtung der erwünschten Verhaltensweisen der Industrie hinter den Plattformen und den Werbekunden geschubst. Das lässt sich auch überzeugend an den Push-Notifikationen illustrieren, die nach Eingang auf dem Smartphone bei Menschen die Angst, etwas zu versäumen (*Fear of Missing Out*,

FOMO), auslösen können. Manch einer denkt: Was reden die Leute online über mich? Über die provozierten negativen Emotionen werden die Nutzenden zum Plattformcheck verleitet, um ihre negativen Emotionen wieder loszuwerden.

Von TikTok bis LinkedIn: Sind alle Plattformen gleich?

Wir sprechen gern von *den* sozialen Medien. Das ist insofern nicht unberechtigt, als dass die meisten Plattformen mit dem dargestellten Geschäftsmodell arbeiten. Dieses entpuppt sich als großes Problem: Solange eine Industrie im Kern darauf abzielt, Onlinezeiten zu verlängern, wird es keine „gesünderen“ Plattformen geben. Gegen die Vereinheitlichung des Begriffs „soziale Medien“ spricht das Ergebnis von Forschungsarbeiten, die nachweisen, dass bestimmte Plattformen einen stärkeren Sog als andere Plattformen entfalten. So zeigte sich etwa im direkten Vergleich der Plattformen WhatsApp, Instagram, Facebook und Snapchat, dass die Nutzenden beispielsweise im Hinblick auf Instagram über ausgeprägtere Suchtendenzen als auf Facebook berichteten.¹² Eine neuere Arbeit weist darauf hin, dass besonders TikTok einen starken Sog entfalten kann.¹³ Dies ist meines Erachtens auch auf Unterschiede im Plattformdesign zurückzuführen.

Was macht TikTok gerade für viele junge Menschen so attraktiv? Dem Konzern *ByteDance* ist mit TikTok (und der chinesischen Schwester *Douyin*) die Entwicklung einer Plattform gelungen, die scheinbar perfekt zum Smartphonezeitalter passt. Kurzvideos, die keine lange Aufmerksamkeitsspanne verlangen, werden passenderweise im Hochformat für das Smartphone produziert. Dies findet gepaart mit einer gut funktionierenden *Recommendation Engine* statt, die selbst neuen Nutzenden sehr schnell Kurzvideos empfiehlt, die bei ihnen verfangen.

Vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Mechanismen stellt sich die Frage, wie soziale Medien designt und künftig bezahlt werden sollten. Gerade im Hinblick auf das Design der sozialen Medien ist es ein schmaler Grat, den Nutzenden einerseits attraktive und anwendungsfreundliche Plattformen zu präsentieren (die Personalisierung der Botschaften kann beispielsweise auch kognitiv entlasten) und die Menschen andererseits nicht zu sehr in den Bann zu ziehen. Gerade das aktuelle Geschäftsmodell belohnt die Verbreitung von Desinformationskampagnen, da besonders emotional negativ getönte Botschaften auffallend oft geteilt werden und Sichtbarkeit erfahren.¹⁴

Viel intensiver muss neben den Regulierungsmaßnahmen der Europäischen Kommission für die sozialen Medien (gerade auch in puncto „suchterzeugendes Design“¹⁵) inhaltlich über Alternativen der

12 Dmitri Rozgonjuk / Cornelia Sindermann / Jon D. Elhai / Christian Montag: „Comparing smartphone, WhatsApp, Facebook, Instagram, and Snapchat: Which platform elicits the greatest use disorder symptoms?“, in: *Cyber-psychology, Behavior, and Social Networking*, 24. Jg., Nr. 2, 11.02.2021, S. 129-134, www.liebertpub.com/doi/full/10.1089/cyber.2020.0156 [letzter Zugriff: 03.06.2025].

13 Christian Montag / Elisa Wegmann / Lasse David Schmidt / Lena Klein / Dmitri Rozgonjuk / Hans-Jürgen Rumpf: „Insights on associations between the frequency of use of diverse social media products and social networks use disorder tendencies from a German speaking sample“, in: *BMC Research Notes*, Nr. 17/2024, Artikel 189.

14 Yuwei Chuai / Jichang Zhao: „Anger can make fake news viral online“, in: *Frontiers in Physics*, 10. Jg., 22.08.2022, Artikel-ID: 10:970174, www.frontiersin.org/journals/physics/articles/10.3389/fphy.2022.970174/full [letzter Zugriff: 03.06.2025].

15 Europäisches Parlament: Suchterzeugende Gestaltung von Online-Diensten und Verbraucherschutz im EU-Binnenmarkt, Straßburg, 12.12.2023, [www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0459_DE.html](http://europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0459_DE.html) [letzter Zugriff: 03.06.2025].

16 Saurabh Dhawan / Simon Hegelich / Cornelia Sindermann / Christian Montag: „Re-start social media, but how?“, in: *Telematics and Informatics Reports* 2022, 8. Jg., Dezember 2022, Artikel 100017, www.sciencedirect.com/science/article/pii/S277503022000159 [letzter Zugriff: 03.06.2025].

Bezahlung nachgedacht werden. So gibt es Überlegungen zu einer öffentlich-rechtlichen Variante sozialer Medien, die jedoch das Design betreffend vermutlich völlig anders aussehen würde als die aktuellen Plattformen. Eine solche Plattform müsste vorzugsweise auf europäischer Ebene entwickelt und implementiert werden, um zu einem Schwerpunkt werden zu können. Nationale Alleingänge werden dagegen nicht hilfreich sein.

Weiterhin sollte darüber nachgedacht werden, ob die Kommunikation über verschiedene Plattformen mit regulatorischer Unterstützung verbessert wird, damit man mit seinem sozialen Graphen (dem eigenen Personenverbund) auch plattformunabhängig in Kontakt bleiben kann. Im Mobiltelefongeschäft ist es beispielsweise problemlos möglich, dass sich Kunden unterschiedlicher Anbieter gegenseitig anrufen können. So würden diejenigen Nutzenden von „gesünderen“ Plattformen, die aber vielleicht bezahlt werden müssen, immer noch mit allen Freunden und Bekannten auf anderen Plattformen in Kontakt bleiben können. In einer Studie hielten wir deswegen fest, dass es an der Zeit ist, die sozialen Medien neu zu starten.¹⁶ Jenseits der ersten hier präsentierten Ideen stellt sich aber weiterhin die Frage: Wie genau?

Zum Weiterlesen

Christian Montag: *Künstliche Intelligenz. Wie uns die Psychologie hilft, mit der neuen Herausforderung umzugehen*, Springer Verlag, Berlin 2025. Mehr unter www.christianmontag.de.

Hallo Algorithmus!

Mutmaßungen über ein Phantom

Annekathrin Kohout
 Geboren 1989 in Gera, Kultur- und Mediengesellschaftlerin, freie Autorin zu Popkultur, Internetphänomenen und Kunst, seit 2015 Betreiberin des Blogs „Sofrischsgut.com“, Mitherausgeberin und Redakteurin der Zeitschrift „POP. Kultur und Kritik“ sowie der Buchreihe „Digitale Bildkulturen“.

Eine TikTok-Userin schaut entmutigt in die Kamera. Über ihr Gesicht hat sie „Hello Algorithmus ... Please send People like me to me!“ geschrieben. Dieser Satz wirkt wie ein Gebet an den algorithmischen Gott – diese seltsam imaginäre Instanz, die entscheidet, ob ein Beitrag vielen angezeigt oder eine Schattenexistenz führen wird.

Solche Bittgebete sind längst zum Ritual geworden. Diese Versuche der Kontaktaufnahme sind bezeichnend für das Verhältnis von Usern und Creatoren zu Plattformen wie TikTok. Der Algorithmus wird nicht als neutrale Instanz wahrgenommen, sondern als Akteur, mit dem man kommuniziert, gegen den man antritt, von dem man sich missverstanden fühlt, zu dem man aber auch ein strategisches Verhältnis aufbaut. Nutzer versuchen permanent, ihn zu begreifen, zu erklären und mit Bedeutung aufzuladen. Sie schieben Misserfolge auf die Benachteiligung und führen Erfolge auf die Bevorzugung durch den Algorithmus zurück. Doch er bleibt ein Phantom, dessen Funktionsweise nur teilweise durchschaubar ist. Ist der Algorithmus womöglich eine neue Sozialfigur, die das Verhältnis zu dieser unberechenbaren, allgegenwärtigen Macht reflektiert?

¹ Adam Clair: „Rule by Nobody. Algorithms update bureaucracy's long-standing strategy for evasion“, in: *Real Life*, 21.02.2017, <https://reallifemag.com/rule-by-nobody/> [letzter Zugriff: 15.07.2025].

² Ebd.

³ Unter „Hook-Strategien“ versteht man Techniken, um die Aufmerksamkeit der Zielgruppe in Marketing- und Content-Formaten wie Social-Media-Beiträgen, Videos oder Blogartikeln zu gewinnen [Anmerkung der Redaktion].

⁴ Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der verstehenden Soziologie*, 5. Auflage, Mohr Siebeck, Tübingen 1985, S. 569-570.

Algorithmen übernehmen zunehmend die Steuerung gesellschaftlicher und sozialer Prozesse: Sie strukturieren, klassifizieren, bewerten und treffen Entscheidungen. Während YouTube längst von Algorithmen dominiert sei, die etablierte Creatoren bevorzugen, und Instagram zur Influencer-Oligarchie verkomme, inszenieren TikToker ihre Plattform als Ort, an dem nicht mehr die Followerzahlen oder etablierte Netzwerke, sondern allein die Qualität und Originalität der Inhalte darüber entscheiden, was Reichweite erhält. „Jeder kann viral gehen“ – diese Verheißung prägt die Selbstdarstellung von TikTok. Ein 15-jähriger Teenager aus der Provinz kann mit einem einzigen Video mehr Menschen erreichen als followerstarke und erfahrene Content-Creatoren – so zumindest die Erzählung, die in Werbung, diversen Artikeln und natürlich in den Videos und Kommentaren der User kursiert. Wenn von TikTok, dem Erfolg und der Einzigartigkeit der Plattform die Rede ist, dann ist vor allem von seinem Algorithmus die Rede.

Algorithmus und Bürokratie

In seinem Essay *Rule by Nobody* hat der Autor Adam Clair die Implementierung von Algorithmen mit Bürokratie verglichen und treffende Parallelen zur Bürokratiekritik von Max Weber gezogen.¹ Ebenso wie Algorithmen basieren bürokratische Prozesse auf der Annahme, dass das individuelle menschliche Urteilsvermögen begrenzt, subjektiv und unzuverlässig ist – Mängel, die zu Vetternwirtschaft, Vorurteilen und Ineffizienz führen. Um dem entgegenzuwirken, verfügt eine ideale Bürokratie laut Weber über ein klares Ziel, explizite schriftliche Verhaltensregeln und eine leistungsorientierte Hierarchie. Diese Struktur konzentriert die Macht im Apparat und ermöglicht es Bürokratien, unabhängig von den Personen, die verschiedene Rollen bekleiden, zu funktionieren.²

Clair demonstriert, wie Algorithmen in ihrer Implementierung bürokratische Logiken reproduzieren. Der TikTok-Algorithmus dient etwa der effizienten Bindung von Aufmerksamkeit und der Maximierung von Engagement. Während sich das Unternehmen verändert und Mitarbeiter wechseln, bleibt der Algorithmus und formt mit seiner Logik die Kommunikation: Inhalte werden so gestaltet, dass sie ihm entsprechen – sichtbar etwa in standardisierten Videoformaten, Hook-Strategien³ und algorithmisch optimierten Posting-Zeiten.

Sowohl Bürokratien als auch Algorithmen bekennen sich vordergründig zu Transparenz, werden jedoch im Namen der Wahrung ihrer Funktionalität immer undurchsichtiger: „Einmal vollständig etabliert, gehört die Bürokratie zu den sozialen Strukturen, die am schwersten zu zerstören sind“, heißt es bei Max Weber.⁴ Aufgrund der Intransparenz lassen sich kaum konkrete Einwände formulieren. So erscheinen

Bürokratien – und heute Algorithmen – gegenüber Kritik und Veränderungen von außen unempfindlich. Doch während klassische Bürokratien – zumindest dem Anspruch nach – demokratischer Kontrolle unterliegen, entziehen sich algorithmische Systeme weitgehend der politischen Gestaltung. Sie sind flexibler und schaffen neue Formen der Macht, die weder durch Wahlen legitimiert noch durch Parlamente kontrolliert werden.

Nutzer haben mittlerweile – teils bewusst, teils unbewusst – gelernt, ihre Beiträge so zu gestalten, dass sie den vermuteten Präferenzen der Algorithmen entsprechen: Das Gesicht wird nicht mehr gezeigt, weil man es zeigen will, sondern weil man weiß oder vermutet, dass Algorithmen Gesichter bevorzugen. Bestimmte Wörter werden vermieden, weil sie als problematisch gelten könnten.

Subversive Kreativität

Diese Praktiken haben eine neue Form der Selbstdisziplinierung hervorgebracht. Michel Foucaults panoptisches Prinzip – die Internalisierung der Überwachung, Selbstregierung statt Zwang – findet in der algorithmischen Gesellschaft seine perfekte Umsetzung. Es wird nicht mehr spontan gepostet, sondern strategisch. Menschen zeigen sich nicht mehr, wie sie sind, sondern wie sie glauben, dass das System sie sehen will. Sie analysieren ihre Insights, vergleichen ihre Reichweiten, experimentieren mit verschiedenen Posting-Strategien, kaufen Apps, die ihren „Shadowban-Status“⁵ überprüfen sollen. Die Ironie ist offensichtlich: In dem Versuch, präsent und relevant zu sein, werden Nutzer zu Marktforschern ihrer selbst. Sie optimieren sich für Maschinen, die sie oft gar nicht verstehen, nach Kriterien, die sie nicht kennen, für ein Publikum, das sie nicht sehen können. Was als Befreiung von den Zwängen traditioneller Medien begann, mündet in eine subtilere, aber umfassendere Form der Selbstkontrolle.

Doch diese Anpassung hat auch neue Formen der Subversion hervorgebracht. Nutzer entwickeln kreative Strategien, um algorithmische Beschränkungen zu umgehen – sie verwenden Umschreibungen für problematische Begriffe („unalive“ statt „kill“ oder „suicide“, „SA“ statt „sexual assault“), Emojis als Platzhalter, schreiben Wörter bewusst falsch, um Erkennungssysteme zu täuschen, spielen mit Ironie und Mehrdeutigkeit oder nutzen ihre Möglichkeit, mit Likes und Kommentaren – also durch einen Beitrag an der Erhöhung von „Engagement“ – an der Sichtbarkeit von Inhalten und Themen mitzuwirken.

Das Spiel mit dem Algorithmus kann also auch kreativ und widerständig sein. „Hallo Algorithmus“ ist oft nicht nur eine Anbiederung, sondern auch eine überspitzte Parodie auf genau diese Anbiederung.

⁵ „Shadowban“, „Shadow banning“ oder Reichweiten-drosselung bezeichnet das vollständige oder teilweise Blockieren eines Benutzers beziehungsweise seiner Inhalte in einer Online-Community, sodass für den Benutzer nicht ohne Weiteres ersichtlich ist, dass er gesperrt oder gedrosselt wurde. Der „Shadowban“ kann meistens erst durch die Analyse der Statistiken der Social-Media-Aktivität der Follower erkannt werden [Anmerkung der Redaktion].

⁶ POV steht für „Point of View“ („Sichtweise“ oder „Blickwinkel“). Bei POV-Memes wird ein Meme-Format so genutzt, dass die Betrachter die dargestellte Situation aus der Perspektive einer bestimmten Person oder eines bestimmten Objekts erleben [Anmerkung der Redaktion].

⁷ Vgl. Taina Bucher: „The algorithmic imaginary: exploring the ordinary affects of Facebook algorithms“, in: *Information, Communication & Society*, 20. Jg., Nr. 1/2017, S. 30-44.

⁸ Vgl. Claudia Amsler: „Gesicht für den Algorithmus“. Das transformative Potential des algorithmic imaginary für dominante Technologiediskurse über Instagram“, in: *Wiener Linguistische Gazette*, Nr. 93/2023, S. 193-230.

Man weiß, dass man sich dem System beugen muss – und macht sich genau darüber lustig. Besonders deutlich wird dies in POV-Memes⁶ wie „POV: Wie der TikTok Algorythmus bestimmt, ob du viral gehst“ von @miria.hny. Für ihre fast 120.000 Follower hat die Creatorin aus Berlin den Algorithmus als launischen Gesprächspartner inszeniert: Euphorisch berichtet sie ihm in dem Video von ihrem gestrigen Erfolg eines ihrer TikToks („das fanden die Leute total lustig!“), der Algorithmus (ebenfalls von der Creatorin verkörpert) nickt gnädig ab („war voll witzig“). Als sie jedoch ein ähnliches Video vorstellt, herrscht eisiges Schweigen. Auf ihre verwirrte Nachfrage folgt die algorithmische Brutalität in Reinform: „Du, heute hab ich beschlossen dass du einfach 200 Views bekommen wirst. Einfach gar kein Bock, das den Leuten zu zeigen. Ist leider heute echt nicht mehr drin.“

In solchen Sketchen erinnert die Darstellung des Algorithmus von TikTokern an die Darstellung kafkaesker Bürokratie – eine omnipräsente, aber unverständliche, willkürliche Macht, die über das Schicksal der Einzelnen entscheidet. Wie Josef K. vor dem unzugänglichen Gericht steht, so stehen Creatoren vor der Blackbox des Algorithmus: Sie wissen, dass sie bewertet werden, verstehen aber die Kriterien nicht. Sie vermuten Zusammenhänge, entwickeln abergläubische Rituale und bitten um Reichweitengnade.

Die Sozialfigur der unsichtbaren Macht

Die Medienwissenschaftlerin Taina Bucher nennt diese spekulative Vorstellung vom Algorithmus „algorithmic imaginary“.⁷ Sie beschreibt damit das gefühlte Wissen, das User über algorithmische Funktionsweisen haben – ein Gemisch aus Intuition, Gerüchten, Erfahrung und Beobachtung. Auch wenn TikTok seine Algorithmen weitgehend geheim hält, existieren in der Community nahezu mythische Erklärungen. Die algorithmische Erfahrung ist von Affekten geprägt: Sie erzeugt Frustration, Misstrauen, Sorge – aber auch Hoffnung. Wenn ein Beitrag „nicht gut performt“, fühlen sich Nutzer übergangen – obwohl sie rational wissen, dass der Algorithmus nicht willentlich handelt. Oder sie fühlen sich zu stark überwacht: „Not to be a conspiracy theorist but can someone explain how the TikTok algorithm is able to read my mind?“, fragt eine Userin und artikuliert damit das weit verbreitete Gefühl einer unheimlichen Präsenz, die mehr über einen weiß, als man selbst preisgegeben hat.

Fast immer wird der Algorithmus personifiziert, ja so beschrieben, als habe er eine Persönlichkeit:⁸ Er „entscheidet“, „bestraf“ „belohnt“, „liebt Authentizität“, „versteht einen nicht mehr“. TikTok-User sprechen vom Algorithmus, als sei er ein exzentrisches Gegenüber.



Quelle: TikTok

Es scheint also ein starkes Bedürfnis zu geben, seine Komplexität zu vereinfachen, indem man ihn zur Figur macht, psychologisiert. So lässt sich der Algorithmus auch leicht als Sozialfigur beschreiben. Sozialfiguren sind ein „Werkzeug, um denjenigen Fragen nachzugehen, die der Gegenwartsgesellschaft unter den Nägeln brennen“.⁹ Mit Sozialfiguren verhandelt eine Gesellschaft den Zeitgeist; oft artikulieren sich darin „krisenhafte Erfahrungen“¹⁰, auf die es noch keine endgültigen Antworten gibt. Der Algorithmus verkörpert als Sozialfigur zunächst die charakteristische Machtform der digitalen Gesellschaft, die nicht autoritär,

⁹ Sebastian J. Moser / Tobias Schlechtriemen: „Sozialfiguren – zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und soziologischer Diagnose“, in: Zeitschrift für Soziologie, 47. Jg., Nr. 3/2018, S. 164-180, hier S. 164.

¹⁰ Ebd., S. 165.

sondern distributiv und affektiv wirkt. Die Sozialfigur des Algorithmus steht für die Verinnerlichung von Reaktions- und Bewertungssystemen und für die Rolle von Plattformen als strukturierende Instanzen sozialer Beziehungen. In der Rede vom Algorithmus verdichtet sich das Verhältnis der User zu Sichtbarkeit, Aufmerksamkeit, Selbstoptimierung, aber auch zu Gerechtigkeit und Anerkennung. Der Algorithmus ist zugleich ein Gegner (Zensur, Einschränkung) und ein Verbündeter (Viralität, demokratisierte Kommunikation). Diese Ambivalenz macht ihn als Sozialfigur besonders interessant – und erklärt, warum er in digitalen Alltagsdiskursen so oft auftaucht.

Neue Medienmündigkeit als demokratische Aufgabe

Gerade weil der Algorithmus so diffus bleibt, eignet er sich ideal als Projektionsfläche für die Widersprüche einer digitalisierten Gesellschaft: Er wird personalisiert, verspottet, verklärt – und zugleich gefürchtet. Als Sozialfigur erlaubt er es, über neue Formen von Macht, Ungleichheit und Kontrolle zu sprechen, ohne diese immer schon exakt benennen zu müssen. Die Ironie, mit der sie adressiert werden, kann entlastend wirken – aber auch entpolitisierend. Deshalb ist es notwendig, den Algorithmus nicht nur als Phantom zu behandeln, sondern als reale Infrastruktur zu verstehen, die mitentscheidet, wer gesehen, gehört und anerkannt wird. Denn die Entwicklung einer Medienmündigkeit in Hinblick auf Algorithmen erfordert nicht nur die kritisch-ironische Auseinandersetzung mit den Systemen, sondern auch politische Anstrengungen für deren demokratische Kontrolle. Oder, wie eine TikTokerin es ausdrückt: „The algorithm and I are in a fight. Okay? Like, we're just ... in a fight.“ In diesem Kampf – spielerisch, frustriert, jedoch nicht gleichgültig – artikuliert sich der Wunsch nach Handlungsfähigkeit in einer von Algorithmen geprägten Welt. Es ist ein ganz alltäglicher Kampf – der aber symptomatisch für die politische, gesellschaftliche und kulturelle Gegenwart ist.

Plattformregulierung und Meinungsfreiheit

Warum staatliche Regulierung mit Augenmaß erfolgen sollte

Frauke Rostalski
Geboren 1985 in Bad Nauheim, seit 2018 Inhaberin des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozeßrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung, Universität zu Köln, seit 2020 Mitglied des Deutschen Ethikrates.

Die Online-Plattform TikTok gerät immer wieder in die Schlagzeilen. Seien es grauenhafte Fälle wie der der zehnjährigen US-Amerikanerin Nylah Anderson, die an einer auf der Plattform verbreiteten „Blackout Challenge“ teilnahm und sich dabei mit tödlichen Folgen selbst strangulierte. Oder seien es die suchtfördernden Wirkungen des sozialen Netzwerks, die ihrerseits Risiken vor allem für Kinder und Jugendliche bergen.

In den USA droht TikTok ein Verbot. Hierzulande sind derart weitreichende Eingriffe zumindest zurzeit eher unwahrscheinlich. Reguliert wird dennoch – und möglicherweise bedarf es sogar weiterer Ergänzungen der geltenden Rechtslage. Dabei wirft TikTok Sonderprobleme auf, die nicht für jedes soziale Netzwerk in derselben Weise gelten. Gleichwohl röhrt die Frage der Regulierung von

TikTok an allgemeine Herausforderungen der rechtlichen Erfassung von Plattformen unter der Perspektive der damit unter Umständen einhergehenden Eingriffe in die Meinungsfreiheit. Damit stellt sich die Frage nach dem Spannungsverhältnis zwischen freier Meinungskundgabe und dem Bestreben, Risiken regulatorisch zu fassen, die mit der Nutzung von Online-Plattformen auch über TikTok hinaus einhergehen.

TikTok wird in besonderer Weise von Kindern und Jugendlichen genutzt. Zwar gilt für die Nutzung ein Mindestalter von dreizehn Jahren. Eine effektive Altersüberprüfung seitens der Plattform findet allerdings nicht statt, weshalb viele Nutzer deutlich jünger sind. Das soziale Netzwerk steht seit Langem in der Kritik – insbesondere im Hinblick auf die Gewährleistung von Daten- und Jugendschutz. In der jüngeren Zeit bereitet vor allem das Thema Sucht im Zusammenhang mit TikTok europäischen Behörden Sorge. Ein entsprechendes Prüfverfahren läuft derzeit, dem sich weitere Schritte anschließen könnten. An so weitreichende Folgen wie ein Verbot, das TikTok in den USA droht, dürfte in Europa allerdings aktuell nicht gedacht werden.

Mit dem *Digital Services Act* gibt es eine europäisch verantwortete Regulierung, die Plattformbetreibern bereits nicht unerhebliche Pflichten auferlegt. Diese betreffen die Sicherheit und Transparenz der Plattform. Insbesondere müssen deren Betreiber aktiv an der Bekämpfung illegaler Inhalte mitwirken, ein Melde- und Beschwerdesystem bereitstellen und mit den Behörden zusammenarbeiten. Gleichwohl ist fraglich, ob der Jugendschutz auf diese Weise hinreichend gewährleistet wird. Gerade vor Suchtgefahren sollten die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft bestmöglich geschützt werden. Insoweit bleibt abzuwarten, wie sich die Rechtslage weiterentwickelt – im Hinblick auf TikTok ist nicht ausgeschlossen,

dass weitere, strengere Vorschriften flankierend hinzukommen, um Kinder und Jugendliche stärker als gegenwärtig zu schützen. Dies kann beispielsweise die Verwendung bestimmter Algorithmen, eine Verschärfung von Altersgrenzen und deren konsequente Kontrolle betreffen.

Netzwerkregulierung und Ziele der Bundesregierung

Der bereits erwähnte *Digital Services Act* entfaltet seine Wirkung nicht nur im Hinblick auf TikTok, sondern auch bezüglich sämtlicher größerer Plattformen, die ebenfalls hierzulande verbreitet genutzt werden. Ein wesentliches Instrument zum Schutz vor rechtswidrigen Inhalten bilden die *Trusted Flagger* („vertrauenswürdige Hinweisgeber“). Deren genuine Aufgabe besteht darin, rechtswidrige und strafbare Inhalte im Internet zu bekämpfen – durch Meldungen an die Diensteanbieter, die von diesen vorrangig berücksichtigt werden müssen. Auch in Deutschland sind *Trusted Flagger* aktiv; zugelassen werden sie von der Bundesnetzagentur. Anders allerdings als im *Digital Services Act* vorgesehen, versteht die Bundesnetzagentur den Handlungsauftrag der *Trusted Flagger* in einem weiteren Sinn, nämlich unter anderem in Bezug auf „Hassrede“, „Diskriminierung“ oder Inhalte, die „negative Auswirkungen auf den zivilen Diskurs“ haben. Damit sind auch erlaubte Meinungsinhalte erfasst.

Die Bundesregierung hat sich in ihrem Koalitionsvertrag verschiedene Ziele gesetzt, die wiederum die Regulierung von Plattformen betreffen. Im Vordergrund steht dabei die Bekämpfung von Desinformation beziehungsweise Fake News sowie von Hass und Hetze: Eine „staatsferne Medienaufsicht“ soll demnach „unter Wahrung der Meinungsfreiheit auf der Basis klarer gesetzlicher Vorgaben gegen Informationsmanipulation sowie Hass und Hetze

vorgehen können“, und „systematisch eingesetzte manipulative Verbreitungstechniken wie der massenhafte und koordinierte Einsatz von Bots und Fake Accounts müssen verboten werden“. Des Weiteren soll eine „verschärftete Haftung für Inhalte“ geprüft werden.

Im weiteren Sinne betrifft es zudem die Netzwerkregulierung, wenn die neue Bundesregierung prüfen will, „inwiefern eine Strafbarkeit für Amtsträger und Soldaten, die im Zusammenhang mit der Dienstausübung antisemitische und extremistische Hetze in geschlossenen Chatgruppen teilen, eingeführt werden kann“. Dasselbe gilt für die geplante Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen, § 130 Strafgesetzbuch (StGB), da entsprechende Taten mittlerweile zu einem hohen Anteil im Netz begangen werden.

Schutzintentionen und „Silencing“-Effekte

Mit den dargelegten Regulierungsmaßnahmen in Bezug auf digitale Netzwerke sind relevante Schutzintentionen verbunden. In sozialen Medien erleben Hass und Hetze (gerade auch unterhalb der Strafbarkeitsschwelle) sowie Desinformationen seit einigen Jahren eine Konjunktur. Hass und Hetze können auf die Bevölkerung anderer einwirken, sich am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen. Man spricht insoweit von „Silencing“-Effekten. Damit gemeint ist, dass Menschen zur Selbstzensur neigen, wenn sie befürchten, durch ihre Meinungsäußerung negative Abwehrreaktionen anderer hervorzurufen. Anstatt sich frei zu äußern, halten sie sich zurück, um andere nicht dazu zu veranlassen, auf ihre Rede mit einer Widerrede zu reagieren, die die Grenzen des Sachlichen weit überschreitet. Nicht jeder erträgt unsachliche, harsche Kritik, zumal sie Menschen ungleich trifft. Zum Beispiel erleben die Angehörigen marginalisierter Gruppen durch digitalen

Hass und digitale Hetze oftmals eine unzulässige Diskriminierung, die sie bereits in anderen Zusammenhängen erleiden mussten. Das macht sie verwundbarer und eher dazu geneigt, ihre Meinung gänzlich zurückzuhalten.

Neben Hass und Hetze kommt es in digitalen Kommunikationsräumen oftmals zu Fehlinformationen über reale Geschehnisse. Sogenannte Fake News können sich auf gesellschaftlich relevante Ereignisse wie einen Krieg, Pandemieschutzmaßnahmen oder einen terroristischen Anschlag beziehen. Oder sie geben falsch wieder, was andere gesagt oder getan haben – seien es Politiker, sonstige Personen des öffentlichen Lebens oder Wissenschaftler. Dabei wäre es naiv, zu denken, dass nicht gerade der Streit darum, worin die geteilte Wahrheit einer Gesellschaft liegt, einen wesentlichen Gegenstand gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse darstellt. Wirklichkeitsvorstellungen können in Konkurrenz zueinander geraten; vor allem dann, wenn sie sich auf Ereignisse beziehen, die durch hohe epistemische Unsicherheit geprägt sind, wie etwa aktuelle Kriegsgeschehnisse oder eine Pandemie.

Dass mitunter sehr heftig darüber gestritten wird, wie sich die Dinge tatsächlich verhalten, ist alles andere als verwunderlich: In einer Demokratie kommt es entscheidend darauf an, welche Tatsachen einer Wertentscheidung zugrunde gelegt werden. In Abhängigkeit davon, wie diese ausgestaltet sind, erweist sich die eine oder die andere von mitunter erheblich voneinander abweichenden Varianten als besserer Weg zum gesellschaftlichen Umgang mit Herausforderungen wie Pandemien, einem Krieg in Europa oder dem Klimawandel. Dies verdeutlicht die Schädlichkeit von Falschinformationen im Zusammenhang mit der Meinungsfreiheit. Weil es der Tatsachen bedarf, um Wertentscheidungen darauf bezogen treffen zu können, können fehlerhafte Angaben über reale Ereignisse oder Äußerungen Dritter

erhebliche Effekte auf den Einzelnen haben. Sie stören den Vorgang der Meinungsbildung, indem sie falsche Prämissen zugrunde legen lassen.

Erhebliche Risiken für die Meinungsfreiheit

Trotz dieser berechtigten Schutzinteressen, die im Zusammenhang mit der Regulierung von Plattformen sowie Hass, Hetze und Fake News im Allgemeinen auftreten, bergen staatliche Eingriffe in diesen Bereich ernst zu nehmende Risiken. Die Rede ist von Beeinträchtigungen der Meinungsfreiheit, die nämlich nicht bloß durch Hass, Hetze und Desinformationen selbst auftreten können, sondern gerade auch durch staatliche Intervention zum Schutz davor. Dies zeigt sich bereits am Instrument der *Trusted Flagger*. Rechtlich erfasst ist vom Phänomenefeld „Hass und Hetze“ lediglich ein vergleichsweise kleiner Bereich, auf den Strafgesetze Bezug nehmen. Im Übrigen sind selbst diskriminierende oder hetzerische Äußerungen beziehungsweise Hass grundsätzlich erlaubt und von der Meinungsfreiheit gedeckt. Selbst wenn *Trusted Flagger* – anders als von der Bundesnetzagentur vorgesehen – ihre Tätigkeit auf illegale Inhalte begrenzen würden, bliebe es dabei, dass sie erhebliche Risiken für die Meinungsfreiheit bergen.

Ob eine Äußerung rechtswidrig ist, erweist sich in sehr vielen Fällen als schwierige Frage des Einzelfalls, die von Gerichten zu klären ist. Dass private Organisationen oftmals ohne entsprechenden juristischen Sachverstand insoweit auch nur annähernd fehlerfrei arbeiten, ist ausgeschlossen. Wahrscheinlich ist dann aber, dass es zu einer umfangreichen Meldung erlaubter Inhalte kommt, die im Zweifel schon deshalb von den Plattformbetreibern gelöscht werden, weil diese ihrerseits Sanktionen fürchten, falls sie dem Wunsch nach Löschung nicht nachkommen.

Für die Meinungsfreiheit bedeutet es außerdem ein nicht zu unterschätzendes Risiko, wenn sich der Staat als „Hüter der Wahrheit“ geriert: zum einen deshalb, weil menschliche Wissensbestände stets vorläufig sind. Oftmals müssen sie nachträglich korrigiert werden. Hierin liegt übrigens mitnichten ein Fehler wissenschaftlichen Arbeitens. Es entspricht gerade dem Prozess des menschlichen Erkenntnisgewinns, dass Irrtümer unterlaufen, die durch neueres Wissen oder weitergehendes Nachdenken, möglicherweise einen innovativen Forschungsansatz, korrigiert werden müssen. Zudem kann es aufgrund der stets in gewisser Weise beschränkten Erkenntnismöglichkeiten des Menschen nie eine „absolute“ Wahrheit geben.

Zum anderen geht mit der Rolle des Staates als „Wahrheitshüter“ das Risiko einher, dass gerade solche Positionen unterdrückt werden, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur wenige überzeugen, sich jedoch im Verlauf der Zeit als richtig erweisen. Die Wissenschaftsgeschichte kennt eine Fülle solcher Beispiele. Indem der Staat festlegt, was richtig und was falsch ist, nimmt er sich eine Deutungsmacht heraus, die sich besonders schädlich auf den freien gesellschaftlichen Diskurs und den Erkenntnisfortschritt auswirkt.

Gefahr des „chilling effects“

Sowohl *Trusted Flagger* und deren weitreichende Meldung von Meinungsinhalten, zu denen auch erlaubte gehören, als auch die staatliche Bekämpfung von Desinformation kann mit ernst zu nehmenden „chilling effects“ einhergehen. Gemeint ist, dass sich Menschen infolge einer rechtlichen Regelung oder sonstiger hoheitlicher Maßnahmen in ihrer Bereitschaft gehemmt fühlen, die eigene Meinung kundzutun. Können sie nicht sicher sein, ob sie dadurch in den Fokus von *Trusted Flagger*

geraten beziehungsweise als Verbreiter von Desinformation eingestuft werden, halten sie sich lieber zurück – mit dem Ergebnis, dass ihre Meinungsfreiheit selbst dort beschnitten wird, wo sie sie erlaubterweise ausüben dürften.

Schon das Bundesverfassungsgericht erkennt, dass sich derartige Effekte äußerst negativ auf den offenen gesellschaftlichen Diskurs als Herzstück einer freiheitlichen Demokratie auswirken. Halten sich Menschen mit ihrer Meinung zurück, besteht das Risiko, dass relevante Argumente oder Positionen nicht beziehungsweise nicht angemessen diskutiert werden. Die gemeinsamen gesellschaftlichen Aushandlungsergebnisse werden dann notwen-

digerweise schlechter. Gerade in einer Gesellschaft, die über viele gegenwärtige Herausforderungen und den Umgang mit ihnen gespalten ist, nimmt der offene Diskurs eine – wenn nicht *die* – zentrale Bedeutung ein. Dabei ist klar, dass ein Großteil des gesellschaftlichen Gesprächs mittlerweile zumindest auch im digitalen Raum stattfindet. Staatliche Regulierung in diesem Bereich sollte daher mit Augenmaß erfolgen. Relevante Belange – wie Jugendschutz – sollten Berücksichtigung finden. Wichtig ist allerdings zugleich, möglichst breiten Raum für freie Debatten zu belassen, um nicht da Gespräche abzuschneiden, wo sie im Interesse aller offen geführt werden sollten.

Digitale Kriminalprävention

Strategien zum besseren Schutz von Minderjährigen im Internet

Thomas-Gabriel
Rüdiger

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. jur.),
Leiter des Instituts für Cyberkriminologie,
Inhaber der Professur für Kriminalistik,
Cyberkriminalwissenschaft und Kriminalprävention, Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg.

Seit Jahren ist absehbar, dass der digitale Raum gerade für Minderjährige viele Risiken birgt. Bisher ist es allerdings nicht einmal ansatzweise gelungen, effektive Schutzmaßnahmen zu etablieren. Schutzmaßnahmen müssen als vernetzte Aufgabe

unterschiedlichster Instanzen wahrgenommen und als Teil einer digitalen Kriminalprävention verstanden werden. Ein vergleichender Blick auf die Verkehrsprävention im öffentlichen Raum könnte dabei lohnend sein. Denn es besteht eine eingebügte gesellschaftliche Praxis, dass Eltern ihre Kinder über die Grundregeln des Verhaltens im Straßenverkehr aufklären. Eine Untersuchung aus dem Jahr 2003 ergab, dass nahezu alle Eltern – insgesamt 98 Prozent – ihren Kindern das richtige Verhalten an Zebrastreifen und das Anhalten am Bordstein beibringen.

Auch Kindergärten und Schulen greifen diese Form der Verkehrsprävention auf, wenn sie mit Kindern Ausflüge unternehmen und mit ihnen einüben, wie sie sich orientiert an Verkehrszeichen zu verhalten haben. Die Vermittlungsarbeit verdeutlicht, dass es staatlich verankerte Regularien gibt, die eine allgemeine – teilweise sogar globale – Gültigkeit erlangt haben. Regeln benötigen bei Normenbrüchen jedoch

suchen Sanktionen und eine institutionelle Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung. Eine Studie aus Kanada zeigt, dass eine lediglich vermutete Wahrnehmbarkeit von Polizei im Straßenverkehr zur Reduzierung von Normenüberschreitungen führen kann.¹ Gleichzeitig sind Infrastrukturen wie Zebrastreifen und Ampeln vorhanden, die die Grundlage des sicheren Bewegens in diesem Raum bilden. Zwar hat dies alles nicht dazu geführt, dass es zu keinen Unfällen mehr kommt, doch wurde dadurch ein risikominimierter Raum für die Verkehrsteilnehmer geschaffen.

Digitale Bildung durch Eltern und Schulen

Viele Menschen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit im „digitalen Verkehrsraum“ und werden dort mit einer Vielzahl von Risiken konfrontiert. In Deutschland nutzen bei den 14- bis 59-Jährigen täglich 100 Prozent Online-Angebote, bei den 60- bis 69-Jährigen sind es 96 Prozent.² Jugendliche sind im Durchschnitt 71 Stunden online,³ und 64 Prozent der Sechs- bis Neunjährigen nutzen zumindest gelegentlich ein Smartphone.⁴ Während 39 Prozent der Eltern die Smartphonenuutzungszeit ihrer Kinder regulieren, verzichten 55 Prozent der Eltern darauf, technische oder andere begleitende Maßnahmen zum Schutz ihrer Kinder vorzunehmen.⁵ Dabei sind sich Eltern der Risiken bewusst: Im Rahmen der KIM-Studie, einer Basisuntersuchung zum Medienumgang Sechsbis Dreizehnjähriger, gaben 80 Prozent der Befragten an, dass das Internet Gefahren für Kinder berge. 79 Prozent der Erziehungsberechtigten wünschen sich Medienkompetenz als Schulfach.⁶

Berücksichtigt werden muss ebenfalls, dass es immer Erziehungsberechtigte geben wird, die nicht bereit oder fähig sind, digitale Bildung zu vermitteln. Es gibt nur eine Institution, die unabhängig von ihrem Elternhaus alle Kinder und Jugendlichen erreicht: die Schule. Zwar existieren in den Bundesländern unterschiedliche Formen der Vermittlung digitaler Bildung und seit 2016 auch eine diesbezügliche Strategie der Kultusministerkonferenz, jedoch belegt die *International Computer and Information Literacy Study* rückläufige Entwicklungen in diesem Bereich. Während die digitalen Kompetenzen von Gymnasiasten in Deutschland seit 2013 weitestgehend stabil geblieben sind, sind sie an anderen Schulformen der Sekundarstufe I im gleichen Zeitraum sogar signifikant um 31 Punkte gesunken; im Jahr 2018 befanden sich 33 Prozent der Achtklässler in den niedrigsten Kompetenzstufen für digitale Fähigkeiten, 2023 waren es hingegen über 40 Prozent.⁷ Die Studienleiterin fasste die Ergebnisse in einem Tagesschau-Interview überspitzt so zusammen, dass diese 40 Prozent der Schülerinnen und Schüler „im Grunde genommen nur klicken und wischen“ können.⁸ Es zeigt sich zudem nicht nur ein Unterschied zwischen den Schulformen, sondern auch zwischen den

¹ Rylan Simpson et al.: „Reducing speeding via inanimate police presence“, in: *Criminology & Public Policy*, 19. Jg., Nr. 3/2020, S. 997-1018, DOI: 10.1111/1745-9133.12513.

² ARD/ZDF-Forschungskommission: ARD/ZDF-Medienstudie 2024: Mediennutzung in Deutschland. Basispräsentation.

³ Postbank: Jugend-Digitalstudie 2024: Jugendliche sind wieder mehr online - auch für Schule, Ausbildung oder Studium. Medieninformation, 30.10.2024.

⁴ Bitkom: Kinder & Jugendliche verbringen täglich zwei Stunden am Smartphone, Presseinformation, Berlin, 06.08.2024.

⁵ Sabine Feierabend et al.: KIM 2024. Kindheit, Internet, Medien - Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland, hrsg. v. Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs).

⁶ Sabine Feierabend et al.: KIM 2022. Kindheit, Internet, Medien - Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger in Deutschland, hrsg. v. Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs).

⁷ Birgit Eickelmann et al.: ICILS 2023 #Deutschland. Computer- und Informationsbezogene Kompetenzen und Kompetenzen im Bereich Computational Thinking von Schüler*innen im internationalen Vergleich, Waxmann Verlag, Münster / New York 2024.

⁸ Tagesschau: „40 Prozent der Achtklässler laut Studie nicht fit am PC“, in: tagesschau.de, 12.11.2024.

⁹ Institut für Soziale Marktwirtschaft (INSM): Bildungsmonitor 2024, letzte Aktualisierung 07.07.2025.

¹⁰ Doris Lewalter et al.: PISA 2022, Waxmann Verlag, Münster / New York 2023.

¹¹ Thomas-Gabriel Rüdiger: „Digitale Bildung als Eckpfeiler einer digitalen Kriminalprävention“, in: *Erziehung und Unterricht - Österreichische Pädagogische Zeitschrift*, 175. Jg., Nr. 5-6/2025, S. 408-419.

¹² Sabine Feierabend et al.: JIM 2024. Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger in Deutschland, hrsg. v. Medienpädagogischen Forschungsverbund Südwest (mpfs).

¹³ Sabrina Nennstiel / Meike Isenberg: Kinder und Jugendliche als Opfer von Cybergrooming. Zentrale Ergebnisse der 5. Befragungswelle 2025, Landesanstalt für Medien NRW, Düsseldorf 2025.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Thomas-Gabriel Rüdiger et al.: „Phänomenologie und Präventionsansätze bei digitalen Sexualdelikten durch minderjährige Tatverdächtige“, in: Rita Steffes-enn (Hrsg.): *Sexueller Kindesmissbrauch und Missbrauchsabbildungen in digitalen Medien*, Medizinisch Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Berlin 2023, S. 225-235.

Bundesländern. Laut Bildungsmonitor nehmen die ostdeutschen Bundesländer bei der Digitalisierung seit Jahren die hinteren Plätze ein.⁹

Die Vorbereitung auf die Risiken des Zeitalters der Künstlichen Intelligenz (KI) darf allerdings nicht davon abhängig sein, ob ein Kind zufällig die „richtige“ Schule im „richtigen“ Bundesland besucht. Die Frage, ab wann digitale Bildung vermittelt werden sollte, muss sich an den bereits dargestellten Medienzahlen orientieren: Einige Kinder erhalten bereits ab der ersten Klasse und sogar früher Zugang zum globalen und relativ ungesicherten digitalen Raum, obwohl digitale Bildung beziehungsweise die Vermittlung von Medienkompetenz institutionell meist erst an weiterführenden Schulen diskutiert wird. Eine verpflichtende Vermittlung digitaler Bildung ab der ersten Klasse findet nicht statt. Dies mag vielleicht auch daran liegen, dass die digitale Bildung von den vorhandenen Lehrkräften geleistet werden müsste. Fast die Hälfte der befragten Schüler verneint aber, dass die Lehrkräfte an ihrer Schule über die erforderlichen Kompetenzen verfügen würden, um digitale Geräte im Unterricht zu nutzen.¹⁰

Entwicklung im KI-Bereich erfordert mehr Kriminalprävention

Digitale Bildung sollte auch als ein notwendiger Teil einer grundlegenden digitalen Kriminalprävention verstanden werden.¹¹ Im besten Fall bedeutet die Vermittlung digitaler Kompetenzen nicht nur, dass Minderjährige weniger mit Kriminalität konfrontiert werden, sondern auch, dass sie über rechtliche Fragen so aufgeklärt werden, dass sie selbst als Tatverdächtige weniger in Erscheinung treten. Beides ist notwendig. Knapp 60 Prozent der Jugendlichen berichten, dass sie monatlich mit Fake News konfrontiert werden, 57 Prozent mit beleidigenden Kommentaren, 54 Prozent mit extremen politischen Ansichten, 40 Prozent mit Hassbotschaften und 25 Prozent mit pornografischen Inhalten.¹² Beunruhigende 16 Prozent der unter 14-jährigen Kinder und 24 Prozent der befragten Minderjährigen waren bereits von Cybergrooming betroffen,¹³ sodass dieser Straftatbestand leider als eine Art Normalität im digitalen Raum gelten muss. Entsprechend wünschen sich zwei Drittel der Minderjährigen mehr schulische Aufklärung zu diesem Phänomen.¹⁴ Gleichzeitig machen Minderjährige bei digitalen Sexualdelikten seit einiger Zeit selbst einen signifikanten Anteil der Tatverdächtigen aus.¹⁵

Zudem zeichnet sich durch die Entwicklungen im KI-Bereich eine Verschärfung der Situation ab. Fälle, in denen mithilfe einfacher Apps Nacktbilder von Mitschülern oder fremden Personen angefertigt werden, häufen sich international. Gleichzeitig treten sogenannte KI-Agenten – Softwareprogramme, die Künstliche Intelligenz nutzen,

um selbstständig Aufgaben zu erledigen und eigene „Ziele“ zu verfolgen – als Risiko für Minderjährige in Erscheinung.

Ein Fall aus Florida hat großes Aufsehen erregt: Ein 14-jähriger Junge soll sich im Jahr 2024 in einen KI-Chatbot verliebt haben. Nach einiger Zeit soll der Jugendliche suizidale Gedanken geäußert haben, wobei er offenbar wiederum teilweise durch den Chatbot dazu motiviert wurde. Nach dem tragischen Selbstmord des Jungen verklagte die Mutter die KI-Anbieter wegen mangelnden Kinderschutzes.¹⁶ Der Vorfall deutet auf eine Zukunft hin, in der Kinder mit als menschlich wahrgenommenen Formen von KI und humanoiden Robotern aufwachsen und diese im Extremfall als Freunde oder gar Liebespartner wahrnehmen. Er wirft auch die Frage auf, welche Kriminalitätsformen aus dieser neuen Situation erwachsen.

Mehr Sichtbarkeit der Sicherheitsbehörden im Netz

Ähnliche digitale Risiken lassen sich auch für Erwachsene belegen. Zu erwarten ist, dass die Besonderheiten des digitalen Raums zu deutlich höheren Kriminalitätsraten führen als im analogen. Es ist daher zu fragen, welche Funktion die Sicherheitsbehörden im Vergleich etwa zum Straßenverkehr einnehmen, um einen sicheren digitalen Raum zu gewährleisten. Im Straßenverkehr sind Sichtbarkeit und Ansprechbarkeit der Ordnungskräfte wichtig für die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols. Erst durch Uniformen, Streifenwagen oder Wachen werden Polizei und Ordnungsamt für die Bürgerinnen und Bürger erkenn- und ansprechbar. Potenziellen Tätern wird signalisiert, dass der Staat sein Gewaltmonopol wahrnimmt, und er führt ihnen das Entdeckungsrisiko vor Augen. Diese Mechanismen fehlen weitgehend im Internet, was zunehmend als Defizit erkannt wird. Demzufolge sprach der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA) davon, „dass für junge Menschen es heute völlig normal ist, dass Kriminalität im digitalen Raum stattfindet, so werden sie groß“, und weiter: „Sie sehen Polizei aktiv werden, wenn wir draußen kontrollieren, im Netz nehmen wir das gar nicht wahr.“¹⁷

Die Sicherheitsbehörden sind im digitalen Raum nur eingeschränkt sicht- und wahrnehmbar. Ihre Präsenz konzentriert sich zum einen auf sechzehn Internetwachen, bei denen zudem keine direkte Interaktion mit den Bürgern möglich ist – sie ähneln eher digitalen Briefkästen –, zum anderen auf Social-Media-Accounts, auf denen nicht selten Hinweise wie „Hier keine Anzeigen“ oder „Nachrichten werden nicht gelesen“ zu finden sind.¹⁸ Formen zufälliger und wahrnehmbarer virtueller Polizeistreifen, die auch proaktiv nach Straftaten suchen, sind von den Usern faktisch nicht feststellbar. Es fehlt an individuellen und nutzerfreundlichen digitalen Kommunikationsangeboten zur Polizei,

16 „US-Bundesgericht in Florida: Mutter verklagt KI-Firma und Google wegen Suizids ihres Sohnes“, in: Der Spiegel, 24.10.2024.

17 Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM): Pressekonferenz zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 – Zahlen kindlicher Gewaltopfer, hrsg. v. USBKM und BKA.

18 Thomas-Gabriel Rüdiger, a. a. O., siehe Rn. 18.

19 Thomas-Gabriel Rüdiger, a. a. O., siehe Rn. 18.

20 Sabrina Nennstiel / Meike Isenberg: Hate Speech – Forsa-Studie 2023. Zentrale Untersuchungsergebnisse, Landesanstalt für Medien NRW, Düsseldorf 2023.

21 Thomas-Gabriel Rüdiger, a. a. O., siehe Rn. 18.

22 STRG_F (2024): Pädokriminelle im Stream: So sicher fühlen sich Täter. Siehe auch die gleichnamige ZDF-Dokumentation, 12.06.2024.

vor allem für Kinder. Wenn sie etwas Problematisches erleben, könnten sie bei einem derartigen Angebot beispielsweise per Knopfdruck direkt einen Videochat mit der Polizei führen. Eine Art Kinderonlinewache, die rund um die Uhr digital erreichbar wäre, könnte vermitteln, dass die Polizei – egal, was Kinder im digitalen Raum erleben – für sie online ansprechbar ist.¹⁹

Zurzeit setzen die Menschen bei Anzeigen von Delikten im digitalen Raum kaum auf die Polizei. So ergab eine Studie, dass die Bereitschaft junger Menschen, Formen digitaler Hasskriminalität bei der Polizei anzusegnen, von einem Prozent im Jahr 2022 sogar auf null im Jahr 2023 gesunken ist. Hingegen stieg die Bereitschaft, dies bei den Portalen zu melden, auf 30 Prozent.²⁰ Das heißt: Die Sicherheitsbehörden werden teilweise nicht mehr als Akteure zur Bekämpfung digitaler Kriminalität wahrgenommen; vielmehr wird dies auf Betreiber, zivile Meldestellen und andere Akteure ausgelagert. Generell ist auch deshalb die Wahrscheinlichkeit einer Strafverfolgung bei digitalen Delikten wesentlich niedriger als bei analogen.²¹ Selbst Beamte des Bundeskriminalamtes räumen ein,²² dass der digitale Raum von den Sicherheitsbehörden nicht genauso wie der analoge Raum bei der Bekämpfung digitaler Sexualdelikte durchdrungen wird. Dies gilt besonders im Hinblick auf das Ziel, diesen Raum für Minderjährige sicherer zu machen.

Virtuelle Polizeistreifen

Schließlich stellt sich die Frage, inwiefern Politik und Internetfirmen für eine sichere digitale Infrastruktur für Kinder sorgen müssten, die mit einer Art digitalem Bürgersteig oder einer Ampel vergleichbar wäre. Hier kommen viele grundlegende Fragen in Betracht: Warum müssen Moderatoren in sozialen Medien und vor allem in Onlinespielen nicht ähnlich wie Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen staatlich geprüft und zertifiziert werden? Warum sind die Altersfreigaben der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) für digitale Spiele und Apps nicht auch an Kommunikationsrisiken gekoppelt, sodass eine Altersfreigabe ab 0, 6 oder 12 Jahren auch bedeutet, dass in diesem Spiel keine fremde Person unkontrolliert mit dem Kind kommunizieren kann und es entsprechende Schutzmaßnahmen gibt? Warum gibt es noch immer keinen wirksamen Einsatz von Systemen zur Altersverifikation, damit Kinder sich nicht in den Programmen – auch gegen deren eigene Geschäftsbedingungen – anmelden können? Warum sind die Regularien zum Schutz von Kindern im digitalen Raum noch immer zwischen Bund (Jugendschutzgesetz) und Ländern (Jugendmedienschutzstaatsverträge) aufgeteilt? Aktuell lässt sich behaupten, dass weder die Politik noch die Betreiber Minderjährige effektiv vor digitalen Risiken schützen.

Eine wirksame digitale Kriminalprävention erfordert ein komplexes Ineinandergreifen unterschiedlicher Akteure und Institutionen, vergleichbar mit der Verkehrsprävention. Notwendig ist die Vermittlung digitaler Bildung für alle Altersstufen – eventuell in Form eines digitalen Führerscheins –, damit Erwachsene in der Lage sind, Minderjährige auf diesen Bereich vorzubereiten und ihnen digitale Ethik zu vermitteln. Darüber hinaus ist eine verpflichtende institutionelle Vermittlung digitaler Bildung an alle Schüler ab der ersten Klasse notwendig. Dies erfordert die Bereitstellung entsprechender personeller, finanzieller und, falls Lehrkräfte dafür eingesetzt werden, auch zeitlicher Ressourcen.

Gleichzeitig müssen Sicherheitsbehörden dem digitalen Raum genauso viel Priorität zumessen wie dem analogen. Das bedeutet, dass die Wahrscheinlichkeit, dass Täter im sogenannten *Clearweb* strafrechtlich verfolgt werden, signifikant gesteigert wird. Die Gesellschaft sollte auch verstärkt über virtuelle Polizeistreifen, die selbst aktiv nach Straftaten im digitalen Raum suchen, diskutieren – die Polizei in Nordrhein-Westfalen nimmt in diesem Bereich derzeit eine Vorreiterrolle ein. Zudem sollten die Anzeige- und Kommunikationsmöglichkeiten im digitalen Raum für alle Altersstufen so einfach wie möglich gestaltet werden, was eine zentrale Internetwache für ganz Deutschland sowie spezielle Angebote, wie eine Kinderonlinewache, erfordert.

Dazu ist ein entsprechender politischer Wille notwendig, wirklich etwas an der gegenwärtigen Lage zu ändern. Die Politik muss einerseits eine digitale Infrastruktur zur Kriminalitätsbekämpfung im Netz schaffen und auch die Problematik föderativer Strukturen in einem globalisierten Raum thematisieren. Andererseits muss sie die Betreiber dazu verpflichten, wirksame Schutzmaßnahmen für Minderjährige zu integrieren. Bisherige Annahmen, dass beispielsweise eine freiwillige Selbstkontrolle wirksam sein könnte, haben sich weitgehend als Illusion erwiesen. Nicht umsonst unterstützt sogar *Meta* inzwischen eine verpflichtende Altersfreigabe als „digitale Volljährigkeit“ ab sechzehn Jahren für alle sozialen Medien und deren Überprüfung. Dies zeigt, dass selbst globale Player den bisherigen Schutz als nicht wirksam einstufen.²³ Eine entsprechende Altersbeschränkung würde aus kriminalpräventiver Sicht einen gewissen Sinn ergeben. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass die Vermittlung digitaler Bildung zurückgenommen wird. Es muss beides geben: Verbote von Social-Media-Programmen für Kinder und die Vermittlung digitaler Bildung.

Die Internetlinks zu den Quellen sind in der Onlinefassung des Beitrags enthalten, abrufbar unter www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/digitale-kriminalpraevention.

23 Malte Kirchner: „Meta unterstützt Idee einer EU-weiten digitalen Volljährigkeit“, in: *heise online*, 04.07.2025.

Mehr als ein Hype

TikTok und andere Social Media in der Journalistenausbildung

Miriam Krekel
Geboren 1977 in Nürnberg, Leiterin der Journalistenschule, „Axel Springer Academy of Journalism & Technology“, Berlin.

Für die einen sind Social Media Bühne für Journalismus, für andere die größte Konkurrenz – im schlimmsten Fall Zerstörer. Sicher ist: Social Media sind weltweit Arena für Meinungsmache, Manipulation und Radikalisierung. Wer heute Journalist werden will, muss diese Arena verstehen und sich darin sicher bewegen – auch im Namen von Freiheit und Demokratie. An der Axel Springer Academy of Journalism & Technology

sind Social Media längst Teil des journalistischen Alltags. Unsere Volontäinnen und Volontäre lernen, wie TikTok funktioniert, wie man Instagram-Reels produziert, auf welche Weise YouTube Geschichten erzählt. Es geht um Reichweite, Dramaturgie, Sprache. Aber genauso wichtig ist die andere Seite: Wie entlarve ich Fake News? Wie erkenne ich einen Deepfake? Wie bewerte ich die Quelle hinter einem viralen Post?

Diese Medienkompetenz ist keine Kür mehr – sie ist Grundvoraussetzung. Journalisten müssen in der Lage sein, im Sekundentakt zu entscheiden: vertrauenswürdig oder manipuliert? Faktenbasiert oder Meinungsmache? Denn durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Deepfakes und automatisierten Netzwerken wird es immer schwerer, Wahrheit und Fälschung zu unterscheiden. Digitalisierung und Künstliche Intelligenz müssen den Journalismus deshalb aber nicht schwächen, im Gegenteil. Sie können Journalisten und damit auch ihren Umgang mit Social Media besser machen. Das trainieren wir an der Journalistenschule – in Workshops, in denen wir KI-gestützte Tools einsetzen, aber auch die Hintergründe kritisch beleuchten. Und wir machen Soziale Medien selbst zum Inhalt unserer Projekte – wir untersuchen dort, wie sie funktionieren, welche Gefahren entstehen und wie man sie gleichzeitig journalistisch nutzen kann.

Journalismus immer wieder neu zu denken und nicht nur anzupassen – das bedeutet: Social Media als Werkzeug einzusetzen, ohne die Mechanismen kritiklos hinzunehmen. Dabei ist es besonders wichtig, die Unabhängigkeit zu bewahren.

Laboratorium der Gegenwart

In unserer Journalistenschule werden regelmäßig Konferenzen zu aktuell relevanten Themen abgehalten. Die Volontärinnen und Volontäre bringen Themen mit, die in ihren bevorzugten Medien, aber auch in ihren Feeds auftauchen. Wir diskutieren, ob ein viral Trend politisch relevant ist, wie ein TikTok-Kommentar Stimmung macht und wie wir journalistisch damit umgehen sollten. Es geht nicht darum, nur Inhalte zu bewerten oder die eigene Meinung zu verbreiten. Es geht auch nicht nur um Theorie, sondern in erster Linie um die Praxis: Wie können Journalisten agieren, reagieren, Plattformen klug nutzen? Wie können sie Machtstrukturen aufzeigen, die die Plattformen nutzen, um die Demokratie zu schwächen?

Insbesondere diese morgendlichen Konferenzen sind ein Ort der Reibung. In ihnen treffen die Lebenswelten der jungen Journalistinnen und Journalisten – geprägt durch die ständige Social-Media-Nutzung – auf den Anspruch, Themen und Sachverhalte professionell und kritisch zu hinterfragen. Ein virales Meme kann genauso Thema werden wie eine umstrittene politische Kampagne. Oft führt das zu spannenden Debatten: Ist das bloß Unterhaltung – oder schon Meinungsmache? Und wie viel Meinung ist gut? Wie funktioniert überhaupt ein Kommentar mit Substanz? Diese Diskussionen machen deutlich, dass journalistische Ausbildung heute kein Schonraum ist, sondern ein

Übungsfeld für die Auseinandersetzungen, die in der richtigen Welt und im digitalen Raum stattfinden.

Oft sind diese Konferenzen ein Laboratorium der Gegenwart, in dem selbstkritische Fragen gestellt werden: „Wie gehe ich damit um, wenn meine Freunde Inhalte teilen, die ich als gefährlich empfinde?“ Oder: „Wie unterscheide ich zwischen einer harmlosen Provokation und einer gezielten Desinformationskampagne?“ Und: „Wie verhalte ich mich, wenn ich auf Social Media angegangen werde?“ Weil die Antworten selten eindeutig sind, sind diese Diskussionen so wertvoll, denn sie zeigen: Journalistinnen und Journalisten müssen nicht nur Informationen prüfen, sondern auch eine Haltung entwickeln.

Antworten auf Radikalisierungstendenzen

Ein Beispiel ist unser Projekt *Radikalviral.de*, das jüngst in der *Welt am Sonntag*, auf *WELT.de* und *Welt TV* vorgestellt und diskutiert worden ist. Es zeigt, wie Social Media Radikalisierung beschleunigen. Die Volontäre untersuchten die Beiträge rechter, linker und islamistischer Influencer, ihre Methoden, ihre Reichweiten und ihren Erfolg. Sie analysierten, wie Algorithmen das Extreme bevorzugen – und wie schwer es für Politik und Gesellschaft ist, gegenzuhalten.

Dazu wurde ein eigenes *Scrollytelling* veröffentlicht, Videopräts, Texte, Kommentare und auch eine dreiteilige Podcast-Serie: Die erste Folge porträtiert eine neue „Mischszene“ – bestehend aus Gruppen mit unterschiedlichen Ideologien, die plötzlich geschlossen auf Demonstrationen auftreten. Die zweite Folge erzählt die Geschichte eines politischen Influencers, der sich öffentlich von seiner extremistischen Vergangenheit lossagt. Dabei wird die Frage gestellt: Wie glaubwürdig ist diese Wandlung, wenn sie vor allem in den sozialen Medien stattfindet? In der dritten Folge werfen die Volontäre einen Blick auf Biographien von Horst Mahler bis Jürgen Elsässer: Figuren, die in ihrem Leben radikale Lager wechselten, aber stets extreme Feindbilder pflegten – und zwar ohne Social Media.

In dem Projekt wird sichtbar: Extremisten verstehen Social Media oft besser als Demokraten. Erstere spielen mit Algorithmen, Memes, viralen Formaten – und erreichen damit Jugendliche schneller, als es die klassische Bildungsarbeit kann. An dieser Stelle beginnt unsere Aufgabe: aufklären, erklären, Öffentlichkeit schaffen.

In einem zweiten Schritt hat unser Projekt *Radikalviral.de* Ministerien und Behörden mit dem Thema Radikalisierung in sozialen Medien konfrontiert: Was tut ihr gegen digitale Radikalisierung? Die Antworten waren teilweise ernüchternd. Ja, das Problem sei erkannt.

Aber die Strategie bleibt vage. Unsere Volontäre haben daraus in einem Kommentar folgende Forderungen entwickelt.

Erstens: Klare Regeln für Plattformen – Inhalte schneller löschen, Verstöße härter sanktionieren.

Zweitens: Medienkompetenz in Schulen – Kinder und Jugendliche brauchen Wissen über Algorithmen und digitale Manipulation.

Drittens: Digitale Aufklärung direkt in den Feeds – sichtbar, glaubwürdig, dauerhaft.

Die Einschätzung unserer Volontäre ist eindeutig: Extremisten handeln entschlossen, die Politik nicht. Das Projekt zeigt auch, wie sehr Ausbildung und gesellschaftliche Verantwortung ineinander greifen. Für die Volontäre ist das keine abstrakte Übung, sondern eine Auseinandersetzung mit einer Realität, die sie in ihren eigenen Timelines beobachten. *Radikalviral.de* ist damit nicht nur ein journalistisches Projekt, sondern auch ein Teil gelebter Demokratiebildung.

7. Oktober – kein Weg zurück

In dem Projekt *7. Oktober – kein Weg zurück* haben wir eine Überlebende des Terrorangriffs auf Israel und ehemalige Geisel der Hamas im Livestream auf Instagram sprechen lassen – bewusst auf einer Plattform, die sonst oft für Unterhaltung, Lifestyle oder kurze Clips genutzt wird. Ziel war, die Dimension der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 in Echtzeit und unmittelbar in einem Format zu vermitteln, das nah an der jungen Zielgruppe ist.

Dieser Ansatz wurde mehrfach ausgezeichnet: für den Mut, eine solch ernste und komplexe Geschichte in den digitalen Raum zu holen, und für die Konsequenz, nicht nur auf klassische Medienkanäle zu setzen. Für die Volontäre war das Projekt eine prägende Erfahrung: Sie haben gelernt, wie man Social Media als journalistisches Instrument einsetzen kann – und dass man gerade dort, wo Oberflächlichkeit herrscht, auch Tiefe und Relevanz schaffen kann.

Auch das Projekt *Reports of Resistance* ist ein Beispiel für diesen Ansatz. Es zeigt kurze Filme über Dissidenten in Autokratien auf YouTube – schnell, präzise und in den Anfängen von ChatGPT schon 2023 mithilfe von Künstlicher Intelligenz visuell stark erzählt. Im Mittelpunkt stehen Menschen, die Widerstand leisten: gegen Unterdrückung, gegen Gewalt, gegen den Verlust demokratischer Freiheiten. Die Volontäre haben recherchiert, gefilmt, geschnitten – und ihre Ergebnisse in einer Form präsentiert, die der Logik von YouTube folgt. Prägnante Videos, die sofort verständlich sind und dennoch Substanz haben. Sie wollten beweisen, dass man auf Plattformen, die oft von Belanglosem dominiert werden, sehr gut journalistische Inhalte setzen kann.

Es ist spannend zu beobachten, dass junge Journalisten oft selbst Creator sind, sie teilen ihr Leben und zeichnen ein detailreiches und offenes Bild von sich – reflektieren jedoch diese Rolle zugleich kritisch. Genau das tun unsere Schüler in ihren Projekten. Sie entwickeln im besten Fall Formate, die Reichweite erzeugen *und* Haltung transportieren. Dabei nutzen sie Künstliche Intelligenz für Recherche und Produktion – und lernen gleichzeitig: KI kann täuschen, KI halluziniert. Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Fehlerlosigkeit, sondern durch den offenen Umgang mit Fehlern. Auch das wird geübt: Fehler korrigieren, transparent sein.

Zugleich ist festzustellen: Die Grenzen zwischen Journalisten, Influencern, Podcastern oder YouTubern verschwimmen zunehmend. Das muss kein Nachteil sein. Wenn Journalismus die eigenen Talente sichtbar macht, seine Autorinnen und Autoren zu „Creator-Persönlichkeiten“ werden lässt, kann daraus eine neue Stärke erwachsen.

Warum ist das alles so entscheidend? Weil Social Media längst nicht mehr nur eine Spielwiese sind, sondern ein politischer Faktor. Mehr als siebzig Prozent der 14- bis 29-Jährigen in Deutschland nutzen TikTok regelmäßig. Diese Plattformen prägen Meinungen, setzen Themen, beeinflussen Wahlentscheidungen. Das kann man nicht allein in Deutschland, sondern weltweit beobachten: In den USA spielte TikTok im Wahlkampf eine Rolle. In Brasilien organisierte sich ein Teil der Protestbewegung fast ausschließlich über WhatsApp und Instagram. In Frankreich breiten sich Fake News über Telegram-Kanäle schneller aus, als klassische Medien reagieren können. Diese Beispiele zeigen: Wer Social Media ignoriert, verliert den Anschluss – politisch wie journalistisch.

Die Konsequenz ist klar: Medienbildung muss integraler Bestandteil der journalistischen Ausbildung sein. Besonders deshalb, weil unsere Schulen bei der Digitalisierung so weit hinterherhinken, dass die Vermittlung von Medienkompetenz an den meisten Schulen kaum stattfindet. Für die Gesellschaft und insbesondere für die „Mitte-Parteien“ ist das Thema eine Herausforderung. Wer nur sachlich informiert, während Extreme emotionalisieren, verliert den Kontakt zur jungen Generation. Das Gleiche gilt für Medien: Wer neutral bleiben will, ohne Haltung zu zeigen, wird nur wenig wahrgenommen.

Journalistische Ausbildung ist also mehr als Handwerk. Sie ist auch ein Schutzraum, in dem man üben kann, wie man sich in der Arena behauptet. Unsere Volontärinnen und Volontäre lernen, wie man Reichweite erzeugt – und zugleich Verantwortung übernimmt. Sie erfahren, wie sie mit Social Media umgehen. Und dass Künstliche Intelligenz dabei helfen kann, wenn man sie anwendet, und nur dann schadet, wenn man es nicht tut. Denn TikTok und andere Social Media sind mehr als nur ein Hype.

Unkontrollierte algorithmische Macht

Die Bedrohung der Demokratie ist real

Pencho Kuzev
Geboren 1980 in Veles (Mazedonien), promovierter Jurist, Referent Daten- und Wettbewerbspolitik, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Algorithmen marktbeherrschender Online-Plattformen entscheiden, welche Informationen sichtbar werden.

Sie fördern gezielt bestimmte Botschaften, treiben deren virale Verbreitung voran, lenken unser Verhalten.

Die digitalen Gatekeeper müssen laut Verordnung der Europäischen Union¹ im Rahmen der „Digitalstrategie für Europa“ transparent machen, wie ihre Empfehlungssysteme Informationen anzeigen. Zudem müssen sie vier zentrale Risikobereiche besonders im Blick behalten: illegale Inhalte, Grundrechtsverletzungen, Gefahren für Demokratie und öffentliche Sicherheit sowie Risiken für die Gesundheit. Darüber hinaus sollen sie intensiv prüfen, wie ihre Dienste zur Verbreitung oder Verstärkung von Desinformation beitragen – vor allem durch algorithmische Empfehlungssysteme.

Mit ihrem *Digital Services Act* (DSA) und weiteren Regulierungsmaßnahmen versucht die Europäische Union, Transparenz und Verantwortlichkeit in der digitalen Öffentlichkeit zu stärken. Doch die Umsetzung ist politisch umkämpft – insbesondere seit der Rede von US-Vizepräsident J. D. Vance am 14. Februar 2025 auf der Münchener

Sicherheitskonferenz, in der er europäische Regulierungsansätze als „Zensur“ bezeichnet hat.² Vance und andere US-Vertreter stellen europäische Maßnahmen zur Plattformaufsicht als Bedrohung der Meinungsfreiheit dar – und damit als größte Gefahr für Europa.³

Diese Kritik verkennt, dass Europas Regulierungsbestrebungen auf realen Erfahrungen beruhen: Die sozialen Medien haben nicht nur neue Kommunikationsräume geschaffen, sondern auch zu Gewalttaten und Selbstverletzungen aufgerufen sowie die Verbreitung gefährlicher Verschwörungstheorien beschleunigt. Autoritäre Staaten verwenden Desinformation als Waffe zur Manipulation der öffentlichen Meinung, Kriminelle nutzen Plattformen für Betrug und zur Erpressung.⁴

Wie TikTok Wahlen beeinflusste

Bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen in Polen und Rumänien spielte TikTok eine zentrale Rolle für den Aufstieg rechtsradikaler Kandidaten. Innerhalb weniger Wochen wurden zuvor weitgehend unbekannte Personen zu politischen Schwergewichten. Der sprunghafte Zuwachs an Followern sowie die rasante Verbreitung ihrer Inhalte waren kein Zufall: Dahinter stand ein gezieltes Vorgehen zur algorithmischen Verstärkung⁵ ihrer politischen Botschaften, ins Werk gesetzt durch ein loses Netzwerk ideologisch nahestehender oder kommerziell arbeitender Influencer – und den massenhaften Einsatz automatisierter Bot-Konten.⁶

Das Geschehen zeigt einmal mehr, wie soziale Medien – und insbesondere TikToks Empfehlungsmechanismen – politische Dynamiken beeinflussen und demokratische Prozesse verzerren können: Einzelne populistische Inhalte werden gezielt durch Bot-Netzwerke manipuliert. Dabei geht es nicht darum, Menschen zu überzeugen, sondern darum, die Emp-

fehlungsalgorithmen der Plattformen zu täuschen. Die Bots erzeugen künstlich Reichweite, indem sie massenhaft Likes, Shares, Kommentare und Reposts simulieren. So werden die Plattformen gezielt dazu verleitet, größtenteils manipulierte Inhalte automatisiert an ein immer breiteres Publikum auszuspielen – ganz so, als handelte es sich um organisch entstandene Trends.⁷

Empfehlungsmechanismen mit Rechtsaußendrall

Wenige Tage vor der Stichwahl zur Präsidentschaft in Polen am 1. Juni 2025 stellte die internationale Nichtregierungsorganisation *Global Witness* fest: TikToks Algorithmus zeigte neuen, politisch ausgewogenen Nutzerkonten doppelt so viele rechtsextreme und nationalistische Inhalte wie zentristische oder linksorientierte Feeds. Bereits frühere Tests zu Wahlen in Polen und Rumänien legen nahe, dass TikToks Empfehlungsalgorithmus die Nutzer systematisch in Richtung rechtsextremer Inhalte lenkt. Testkonten wurden deutlich häufiger mit Inhalten

1 Erwägungsgrund 70ff. der Verordnung (EU) 2022/2065 (Digital Services Act).

2 Munich Security Conference 2025, Speech by JD Vance and Selected Reactions, Vol. 2, S. 15, <https://securityconference.org/publikationen/buecher/key-speeches-volume-ii-jd-vance-msc-2025/> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

3 Ebd.

4 Damian Collins: „What happened at the AI summit in Paris?“, in: The New World, 15.02.2025, www.thenewworld.co.uk/damian-collins-what-happened-at-the-ai-summit-in-paris/ [letzter Zugriff: 24.07.2025].

5 Dabei handelt es sich um ein vollständig oder teilweise automatisiertes System, das von einer Online-Plattform verwendet wird, um auf ihrer Online-Schnittstelle den Nutzern bestimmte Informationen vorzuschlagen oder diese Informationen zu priorisieren.

6 Martin Gak: „Poland 2025 – The digital engineering of Nawrocki’s victory“, in: Defend Democracy, 17.07.2025, <https://defenddemocracy.eu/poland-2025-the-triumph-of-the-far-rights-digital-machine/> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

7 Ebd.

zugunsten nationalkonservativer Kandidaten bespielt als mit solchen, die zentristische Kandidaten unterstützten.⁸ Auch in Deutschland zeigte sich bei der letzten Bundestagswahl ein ähnliches Muster: Inhalte der AfD tauchten überproportional oft als erste Beiträge im *For You-Feed* von TikTok auf.⁹

In welchem Ausmaß die verstärkte Präsenz bestimmter Inhalte in den sozialen Medien tatsächlich Wähler mobilisiert oder ihre Entscheidung für eine bestimmte Partei beeinflusst, lässt sich kaum eindeutig belegen. Doch eines steht fest: Laut *Eurobarometer* sind algorithmisch gesteuerte Social-Media-Feeds inzwischen die wichtigsten Informationsquellen zu politischen Themen für Europäerinnen und Europäer im Alter von unter dreißig Jahren.¹⁰ Dies ist eine besorgniserregende Entwicklung, die demokratische Kräfte in höchste Alarmbereitschaft versetzen sollte – denn wer die Informationskanäle kontrolliert, prägt zunehmend die politische Meinungsbildung junger Menschen.

Algorithmische Verstärkung statt echter Moderation

Mittlerweile ist unumstritten: Die Versprechen der großen digitalen Plattformen, Fakten zu überprüfen und Inhalte wirksam zu moderieren, entpuppen sich als Finte.¹¹ *Meta* und Co. wissen schon lange, dass weder Faktenchecks noch Inhaltsmoderation das eigentliche Problem lösen können – das überdies von ihren eigenen Empfehlungsalgorithmen geschaffen wird. Ein internes *Meta*-Dokument aus dem Jahr 2019, das durch die US-amerikanische Informatikerin und Whistleblowerin Frances Haugen an die Öffentlichkeit gelangte, kommt zu einem ernüchternden Fazit: Moderation in großem Maßstab sei unmöglich. Stattdessen müsse der Fokus darauf liegen, die algorithmische Verstärkung schädlicher Inhalte zu ver-

hindern: „Wir werden niemals alle schädlichen Inhalte von einem Kommunikationsmedium entfernen können, das von so vielen genutzt wird. Aber zumindest können wir verhindern, dass diese Inhalte durch unnatürliche Verbreitung eine übermäßige Aufmerksamkeit erhalten.“¹²

Die derzeitigen Maßnahmen der Europäischen Kommission im Rahmen des *Digital Services Act* – darunter mehrere Ermittlungen gegen Plattformbetreiber, ein freiwilliger Kompromiss von TikTok bei einem neuen Produkt-launch in Spanien¹³ sowie laufende Transparencystudien – sind zwar Schritte in die richtige Richtung, reichen aber bei Weitem nicht aus, um das Problem zu lösen.

8 Global Witness: *TikTok algorithm recommends twice as much hard right content to users ahead of Polish election*, London, 29.05.2025, <https://globalwitness.org/en/campaigns/digital-threats/tiktok-algorithm-recommends-twice-as-much-hard-right-content-to-users-ahead-of-polish-election/> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

9 Anna Katzy-Reinshagen / Martin Degeling / Solveig Barth / Mauritus Dorn: „Wie TikTok mit parteipolitischen Inhalten im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 umgeht“, in: Institute for Strategic Dialogue gGmbH (ISD Germany), 22.02.2005, <https://isdgermany.org/wahlkampf-im-feed-wie-tiktok-mit-parteipolitischen-inhalten-im-vorfeld-der-bundestagswahl-2025-umgeht/> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

10 Europäische Union: *Youth survey 2024*, Februar 2025, <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3392> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

11 Johnny Ryan: „Europe's race to rearm is pointless if its adversaries are waging war online“, in: The Guardian, 15.04.2025, www.theguardian.com/commentisfree/2025/apr/15/us-europe-military-spending-trump-ireland [letzter Zugriff: 24.07.2025].

12 Natasha Lomas: „*Meta* urged to pay reparations for Facebook's role in Rohingya genocide“, in: TechCrunch, 29.09.2022, <https://techcrunch.com/2022/09/29/amnesty-report-facebook-rohingya-reparations/> [letzter Zugriff: 24.07.2025].

13 TikTok hatte sich im Rahmen eines förmlichen Verfahrens der EU-Kommission verpflichtet, das neue Programm „TikTok Lite Rewards“ vollständig zurückzuziehen, und zwar nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft, sowie darauf zu verzichten, künftig ein ähnliches Programm einzuführen. Das Programm motivierte junge Menschen unter anderem, täglich mehr Zeit auf TikTok zu verbringen und tägliche Aufgaben zu erfüllen, um Punkte zu sammeln. Diese Punkte konnten dann gegen Gutscheine, virtuelle Währungen oder andere Prämien eingetauscht werden.

Desinformation zersetzt die Meinungsfreiheit, untergräbt das Vertrauen in demokratische Institutionen und beschädigt die Glaubwürdigkeit faktenbasierter Medien. Damit ist sie längst nicht mehr nur ein Nebengeräusch digitaler Öffentlichkeit, sondern ein systemisches Risiko für den demokratischen Diskurs und faire Wahlen.

Erste Studien zeigen, wie gezielt ausländische Akteure Desinformation einsetzen, um Gesellschaften zu destabilisieren.¹⁴ Die Erfahrungen im Zuge der Wahlen in Rumänien, Deutschland und Polen liefern der Europäischen Kommission ausreichenden Anlass, um endlich eine umfassende Untersuchung gemäß Artikel 34 DSA einzuleiten. Ziel müsste sein, inhaltsneutral jene Mechanismen zu identifizieren, die zur massenhaften Verbreitung von Desinformation führen – insbesondere im Kontext von Wahlen.

Wer soll auswählen: User oder Algorithmus?

Doch bei der Analyse darf es nicht bleiben. Auf Basis von Artikel 35 DSA sollte die Kommission konkrete Gegenmaßnahmen ergreifen: etwa Schritte, die algorithmische Verstärkungsmechanismen eindämmen – und zugleich die Entscheidungsmacht der Nutzerinnen und Nutzer stärken. Denn in einer demokratischen Öffentlichkeit müssen alle selbstbestimmt entscheiden können, welche Inhalte sie sehen – statt sich von undurchsichtigen Empfehlungssystemen leiten zu lassen, die auf Profiling und die Aufmerksamkeit maximierende Algorithmen setzen. Demokratischer Diskurs lebt von bewusster Auswahl, nicht von algorithmisch gesteuerter Beeinflussung.

Diese Maßnahme stellt keinen Eingriff in die Meinungsfreiheit dar – nicht die freie Rede wird eingeschränkt, sondern ihre künst-

liche Verstärkung. Es geht um die Macht der Algorithmen, nicht um die Meinungsäußerung von Menschen. Europäische Internetnutzerinnen und -nutzer sollten selbst entscheiden, was sie online sagen, sehen und teilen. Und es nicht Systemen überlassen, die möglicherweise von feindlich gesinnten ausländischen Akteuren kontrolliert werden.

Sobald algorithmische Empfehlungssysteme deaktiviert werden, fällt der automatische Vorteil für autoritäre Inhalte weg. Statt systematisch bevorzugt zu werden, müssen sie sich ihren Platz in der digitalen Aufmerksamkeitsökonomie zurückerobern – im Wettbewerb mit Katzenvideos, Tanzclips und allen anderen Inhalten im digitalen Raum,¹⁵ und das in Echtzeit. Die Abschaltung von Empfehlungsalgorithmen würde nicht nur die demokratische Debatte entlasten – sie wäre auch ein wirksamer Schutz für Kinder und Jugendliche davor, dass ihnen toxische Inhalte ungefragt in ihre Feeds gespült werden.

Der *Digital Services Act* und die Datenschutzgrundverordnung bieten starke Instrumente, die auf den neuen sicherheitspolitischen Kontext Europas zugeschnitten sind. Doch ihre Wirksamkeit hängt vom politischen Willen ab – von dem Mut, der Verantwortung und dem Bewusstsein dafür, in welcher prekären Lage sich Europa aktuell befindet. Die Durchsetzung dieser Regeln darf nicht zur Verhandlungsmasse in handelspolitischen Beziehungen mit den USA oder China werden. Es geht um mehr: den Schutz der Demokratie.

14 Country Report: *Assessment of Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI) in the 2025 German Federal Election*, https://fimi-isac.org/wp-content/uploads/2025/07/Germany-CERA_Final.pdf [letzter Zugriff: 24.07.2025].

15 Johnny Ryan: „Europe's race to rearm is pointless if its adversaries are waging war“, in: The Guardian, 15.04.2025, www.theguardian.com/commentisfree/2025/apr/15/us-europe-military-spending-trump-ireland [letzter Zugriff: 24.07.2025].

Nicht hoffnungslos verloren

Jörg Haßler
Geboren 1985 in Groß-Gerau, promovierter und habilitierter Kommunikationswissenschaftler, Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe „Digital Democratic Mobilization in Hybrid Media Systems“ (DigiDeMo), Ludwig-Maximilians-Universität München.

Wie Parteien der demokratischen Mitte auf TikTok erfolgreich sein können

Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der 14- bis 29-Jährigen nutzt regelmäßig TikTok!

Für die Beratungsbranche Grund genug, der Politik zu empfehlen: „Da müssen Sie sein.“

Aber ist die Social-Media-Plattform nicht bereits an die AfD, an Bots und an die chinesischen und russischen Geheimdienste verloren?

Bei TikTok handelt es sich um eine Video-plattform, auf der kurze Clips hochgeladen werden. Starten die Benutzer die App, beginnt sofort das erste Video. Ist das Video zu Ende, folgt automatisch das nächste. Danach das nächste und das nächste. Die angezeigten Videos stammen nicht zwangsläufig aus Kanälen, denen man „folgt“,

sondern sie werden automatisiert vom Algorithmus ausgewählt und abgespielt. Dabei ist es auf der Plattform üblich, bestehende Videos mit neuen – eigenen – Videos zu kommentieren, mit sogenannten *Stitches*. Die notwendigen Werkzeuge zur Video-Editierung werden in der Regel in der App bereitgestellt.

Diese Beschreibung mag trivial klingen, bedingt aber einige Besonderheiten für die politische Kommunikation. Sie betreffen die Plattformstruktur und Algorithmen sowie die Nutzungspraxis – in der wissenschaftlichen Literatur zusammenfassend als *Affordances* bezeichnet. Diese *Affordances* haben einen Einfluss auf die Inhalte, die auf der Plattform „funktionieren“.

Die Plattformstruktur und die Algorithmen von TikTok zeichnen sich dadurch aus, dass Videos auch Nutzern angezeigt werden, die deren Urheber nicht folgen oder mit ihm „befreundet“ sind. Dies unterscheidet die Plattform von Instagram und Twitter/X, auf denen das unidirektionale „Folgen“ von Accounts üblich ist, oder von Facebook, wo bidirektionale Netzwerke als „Freundschaften“ angelegt werden können. Während auf Facebook, Instagram und Twitter/X in der Regel große Freunde- beziehungsweise Follower-Netzwerke notwendig sind, um große Reichweiten für einzelne Posts zu erzielen, können TikTok-Videos auch bei geringer Profil-Followeranzahl Viralität, das heißt eine große und schnelle Verbreitung, erzielen. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass die Plattform automatisiert Beiträge zeigt, die möglichst lange betrachtet und nicht weggeswippt wurden. Je mehr Nutzer ein Video bis zum Ende ansehen, desto mehr weiteren Nutzern wird das Video auf der Startseite im Stream angezeigt. Daraus lässt sich folgern, dass auf TikTok die Inhalte der Videos und deren Machart stärker „belohnt“ werden als das Aufbauen eines Follower-Netzwerks.

Reichweitenvorteile von politisch extremen Positionen nicht „naturgegeben“

Unsere Datenanalysen zeigen, dass viele Accounts der AfD hohe Followerzahlen aufweisen. Die Partei hat frühzeitig die Strategie ausgerufen, Social Media zu nutzen, um Gegenöffentlichkeiten aufzubauen. Gleichzeitig ist die Partei damit weniger stark auf journalistische Medienberichterstattung angewiesen. Die *Affordances* von TikTok legen aber wie bereits dargelegt nahe, dass das Aufbauen eines Netzwerks keine Voraussetzung für hohe Reichweiten der Videos auf TikTok ist. Der letzte Bundestagswahlkampf hat vielmehr gezeigt, dass TikTok, was die Reichweiten betrifft, nicht „naturgegeben“ eine Plattform für die AfD ist. Heidi Reichennek, Spitzenkandidatin der Partei Die Linke, hat mit ihren Videos Millionen Zuschauer erreicht. Unsere Analysen zur Bundestagswahl und

zur Europawahl zeigen ferner, dass auch Beiträge von Parteien aus der Mitte des politischen Spektrums größere Reichweiten erzielen können als diejenigen der politischen Extreme.

Daraus ergibt sich, dass sich demokratische Politiker und Parteien bei der Bewertung des Erfolgs digitaler Kommunikationsstrategien nicht von Followerzahlen allein beeindrucken lassen sollten. Zu leicht lassen sich diese auch künstlich in die Höhe treiben – am einfachsten zum Beispiel, indem eigene Anhänger mehrere Accounts anlegen (sogenannte Sockenpuppenaccounts) und mit jedem dieser Accounts folgen, liken und kommentieren. Aber auch der Kauf von Followern ist in der Vergangenheit öffentlich geworden.

Bisherige Studien zum statistischen Einfluss bestimmter Beitragsmerkmale auf das Engagement der User in verschiedenen Social-Media-Kanälen haben gezeigt, dass vor allem Personalisierung, Negativität, Emotionalisierung und Populismus zu einer höheren Anzahl von Views oder Likes führen können. Dies hat damit zu tun, dass auch Inhalte, die empören oder aufwühlen, zunächst die Aufmerksamkeit binden – insbesondere dann, wenn keine inhaltliche Übereinstimmung vorhanden ist. Durch die Sehdauer werden diese Inhalte dann trotzdem vom Algorithmus bevorzugt weiteren neuen Nutzern ausgespielt.

Personalisierung der Kommunikation

Aus der Eigenschaft, dass es sich bei TikTok um eine reine Videoplattform handelt, resultiert, dass sich Inhalte zuallererst in Videoform darstellen lassen müssen. Die Formate können vom aufgesagten Porträtvideo bis zur hollywoodreifen Produktion reichen. Personen lassen sich vergleichsweise gut visualisieren. Daher wird oftmals von einer Personalisierung der politischen Kommunikation auf Social Media ausgegangen, in deren Folge der Fokus immer weniger auf abstrakten Sachthemen liegt. Dies ist aber kein Nullsummenspiel. Sachthemen müssen nicht zwingend auf Kosten der Personalisierung aus der öffentlichen Kommunikation weichen. Wenn Personen mit Sachthemen verknüpft werden, kann gerade die Personalisierung politischer Botschaften für Parteien der demokratischen Mitte auf TikTok ein Weg sein, um große Reichweiten zu erzielen.

Die Nutzungspraxis von TikTok ist durch die gegenseitige Bezugnahme aufeinander in den Videos – zum Beispiel durch *Stitches* – gekennzeichnet. Auf Facebook, Instagram und Twitter/X stehen sogenannte Timelines im Zentrum der Startseite der App. Dort werden Posts vom Algorithmus entsprechend ihrer Aktualität und Wahrscheinlichkeit, die Aufmerksamkeit des Nutzers zu binden, priorisiert. Dadurch entsteht – besonders stark beispielsweise auf Twitter/X – der Charakter

eines Newstickers. Auf TikTok hingegen ist die Aktualität durch die Kommentierung vorheriger Videos, *Stitches*, das Remixing sowie die De- und Rekontextualisierung zweitrangig. Dieser kommentierende Charakter kann inhaltliche Negativität begünstigen. So bevorzugt das Format zum Beispiel Kritik am politischen Gegner, indem in den Video-kommentaren dessen Videos widersprochen wird.

Aus liberaldemokratischer Sicht erscheint es wenig zielführend, wenn Parteien der demokratischen Mitte übermäßig auf Negativität setzen. Aus bisherigen Studien wissen wir, dass *Negative Campaigning* die Aufmerksamkeit des Publikums zwar wecken kann, der Strategie aber das Risiko innewohnt, auf ihren Urheber zurückzufallen und im Saldo eine negative Gesamtwirkung zu entfalten. Es muss also abgewogen werden, in welcher Dosierung Aufmerksamkeit durch Negativität erzeugt werden soll. Auch der auf Social-Media-Plattformen mitunter funktionierende, gegen vermeintliche Eliten gerichtete Populismus kann für an echten Problemlösungen interessierte politische Akteure kein dauerhaftes Mittel sein.

Themensetzung entsprechend der eigenen Agenda

Unsere Analysen zur Bundestagswahl 2025 und zur Europawahl 2024 legen gleichwohl nahe, dass emotionalisierende Beiträge Aufmerksamkeit erzeugen können. Diese müssen nicht negativ oder populistisch sein. Lustige und ironische, aber auch bedrückende Posts von Parteien der demokratischen Mitte haben in den beiden untersuchten Wahlkämpfen mitunter höhere Reichweiten erzielt als Beiträge der AfD.

Schließlich stellt sich die Frage, ob es bestimmte Sachthemen gibt, die auf TikTok besonders gut „funktionieren“. Hier muss tendenziell zwischen den einzelnen Parteien differenziert werden. Die AfD setzt auf TikTok in ihren Posts am häufigsten auf das Thema Migration. Gleichzeitig erzielen Posts der AfD auf TikTok im Mittel ein hohes User-Engagement. Allerdings erzielen Posts der AfD, die das Thema Migration enthalten, auf der Plattform nicht überzufällig mehr User-Engagement – also Shares oder Likes. Auch die Anzahl der Views wird durch das Thema nicht signifikant gesteigert. Ausschlaggebender ist auch für die AfD die Personalisierung, die das User-Engagement immens erhöhen kann. Es wäre demnach ein Fehlschluss, aus dem TikTok-Erfolg der AfD zu schließen, man müsse auf der Plattform nur auf das Thema Migration setzen, um erfolgreich zu sein.

Parteien der demokratischen Mitte punkten laut unseren Daten mit Themen wie Außenpolitik oder Umwelt- und Energiepolitik. Sie sollten sich daher bei der Themensetzung auf Social Media weniger

von den (vermeintlichen) Plattformdynamiken und stärker von der gesellschaftlichen (lebensnahen) Problemlage und ihrer eigenen Problemlösungskompetenz leiten lassen. Die Parteien können hier mutig ihre eigene Agenda setzen – nichts anderes tut die AfD.

Eine erfolgversprechende Kampagne auf TikTok ist daher eingebettet in die kommunikative Gesamtstrategie der Partei, betont Themen, bei denen der Partei eine hohe Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird, personalisiert diese Themen in einem plattformtypischen Stil, setzt durchaus auch einmal auf kommentierende Spalten und Emotionen und passt sich an die Nutzungspraxis der Plattform an – beispielsweise, indem sie kommentierende *Stitches* einsetzt, populäre Songs verwendet oder aktuelle Trends aufgreift.

Potenziale in den Jugendorganisationen

Zusammenfassend lässt sich aus dem kommunikationswissenschaftlichen Forschungsstand ableiten, dass sich vermeintliche Rückstände in Follower- und Aufmerksamkeitsrankings auf Social Media durch Berücksichtigung der Plattform-*Affordances* und der Nutzungspraxis aufholen lassen, wenn eigene Themen mit beliebtem Personal verknüpft auf der Plattform emotional dargestellt werden. Die Parteien der demokratischen Mitte verfügen dabei über den entscheidenden Vorteil, dass sie als vergleichsweise finanzstarke Parteien in weiten Teilen sogar einen Professionalisierungsvorsprung haben. Dies betrifft unter anderem die Kapazitäten und Ressourcen zur Herstellung professioneller Videos. Es sei hier nur darauf hingewiesen, dass zum Beispiel auf den Parteikanälen auf YouTube regelmäßig die offiziellen Wahlwerbespots, die ebenfalls im linearen Fernsehen ausgestrahlt werden, die größten Reichweiten erzielen. Diese Synergieeffekte können auch für TikTok genutzt werden. Dass die Parteien der demokratischen Mitte den Wettbewerb auf Social Media hoffnungslos verloren haben, erweist sich in der Gesamtschau somit als Klischee.

Dagegen ließe sich vielleicht einwenden, dass extreme Parteien durch ein besonderes Engagement des politischen Vorfelds, wie Jugendorganisationen oder Influencer, einen strategischen Vorteil auf Social Media hätten. Dem können allerdings die Mitgliedszahlen der Jugendorganisationen der Parteien der demokratischen Mitte entgegengehalten werden. In den mitgliederstarken Jugendorganisationen schlummert ein erhebliches Potenzial, politische Debatten auch digital auf „jungen Plattformen“ durch parteipolitische Lösungsvorschläge mitzustalten. Parteinahe Influencer sind zudem längst auch in der demokratischen Mitte zu finden.

Zur Gesamtbeurteilung des Potenzials von TikTok gehört, dass es aufgrund mangelhafter Offenheit für Wissenschaft und Forschung und fehlender Transparenzregeln für die Funktionsweise des TikTok-Algorithmus für die Verwendung von Daten durch die Plattform und für staatliche Einflussnahmen lediglich Anhaltspunkte gibt und wenig gesicherte Erkenntnisse zugänglich sind. Daher ist unbedingt zu empfehlen, die App auf einem Gerät getrennt von sensiblen Daten zu verwenden. Wünschenswert ist deshalb, dass demokratische Parteien ihre digitalen Beiträge nicht auf geschlossene Plattformen aus den USA oder China begrenzen, sondern sie zumindest parallel in offenen Plattformen (aus der Europäischen Union) ausspielen.

So bleibt abschließend nur festzuhalten: Den Parteien schreibt das Parteiengesetz in Paragraf 1 die Aufgabe zu, dass sie unter anderem „auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen [und] die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern“ sollen. Es ist angezeigt, dass sie dies auch in digitalen (Teil-)Öffentlichkeiten tun. Besonders dort, wo junge Menschen ihre Zeit verbringen.

Lost in Reels und Rage?

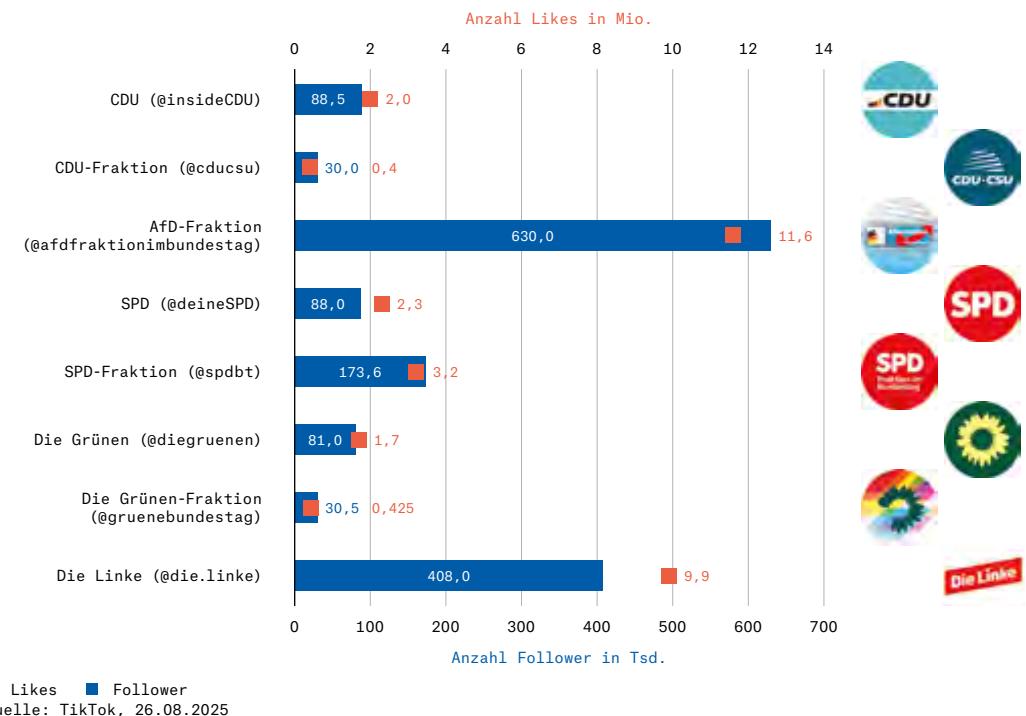
Der Wettlauf der Parteien um TikTok-Präsenz

Konstantin Otto
Geboren 1983 in Bonn,
Geschäftsführer und
Blogredakteur der Zeitschrift „Die Politische Meinung“.

Entscheidet TikTok Wahlen in Deutschland?
Hiesige Empiriker verneinen die Frage
bisweilen – meist mit Hinweis auf den geringen
Anteil von Erst- und Jungwählern an der
Gesamtwählerschaft. Dennoch wächst
die Besorgnis über den Einfluss der großen

Plattformen auf die junge Generation. Schließlich hat sie bei der Bundestagswahl 2025 überwiegend Parteien an den politischen Rändern gewählt: Am 23. Februar 2025 stimmten 25 Prozent der 18- bis 24-Jährigen für die Partei Die Linke, 21 Prozent der Stimmanteile in dieser Altersgruppe entfielen auf die AfD, die damit auf dem zweiten Rang landete, und sechs Prozent votierten für das erst 2024 gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

TikTok-Reichweite politischer Parteien in Deutschland



Abgesehen davon, dass das Wahlverhalten der jüngsten und jungen Wählerinnen und Wähler die Perspektive auf eine positive Entwicklung der Demokratie eintrübt, ist der politische Einfluss von Angehörigen der Generation Z, nämlich der 18- bis 24-jährigen Wähler, nicht zu unterschätzen. Rund 4,1 Millionen der insgesamt 60,5 Millionen Wahlberechtigten gehören dieser Alterskohorte an; dies entspricht etwa sieben Prozent. Wenn diese sieben Prozent nicht überwiegend Parteien der Ränder gewählt hätten, wäre die Zwei-Drittel-Mehrheit der Mitte-Parteien im Bundestag möglicherweise nicht verloren gegangen. Bei der Bundestagswahl 2021 erzielten die Grünen bei den Jungwählern und Jungwählern mit 23 Prozent das stärkste Ergebnis (2025: 10 Prozent), die FDP erreichte 21 Prozent (2025: 5 Prozent).

Die Diskussionen um den Einfluss der sozialen Medien auf Wahlen sind nicht neu. Bereits 2016 bezeichnete *Der Spiegel* Facebook als „Meinungs- und potenzielle Manipulationsmaschine“. Jahre später ist TikTok ins Zentrum der Debatte gerückt, obwohl es mit geschätzten 1,6 Milliarden Nutzern weltweit – nach Facebook (drei Milliarden Nutzer) und Instagram (zwei Milliarden Nutzer) – „nur“ das drittgrößte soziale Netzwerk ist. Allerdings sind vor allem junge Menschen intensiv

auf Internetplattformen unterwegs: In Deutschland nutzen 99,5 Prozent der 18- bis 25-Jährigen soziale Medien, 91,5 Prozent sogar täglich. TikTok zählt hierzulande monatlich etwa 22 bis 25 Millionen aktive Nutzer. Zwar liegt die Plattform damit national ebenfalls nur auf Rang drei, doch ist die Nutzungsintensität besonders hoch: TikTok-User in Deutschland verbringen durchschnittlich 35 Stunden im Monat auf der Plattform und öffnen sie auf Android-Geräten etwa zehnmal täglich. Lediglich WhatsApp wird achtzehnmal und damit häufiger geöffnet.

TikTok steht exemplarisch für die Kommunikationsbedürfnisse der Generation Z: Die Plattform unterhält, sie vertreibt Langeweile, sie informiert. Was politische Inhalte betrifft, die es in den sozialen Medien eher schwer haben, hat sich die Wahrnehmung etabliert, dass vor allem Parteien der politischen Ränder erfolgreich auf TikTok agierten und ihre fragwürdigen Botschaften dort treffsicher unter junge Menschen brachten. Als Reaktion auf die Kritik wurden im EU-Wahlkampf 2024 auffällige Accounts wie der des AfD-Politikers Maximilian Krah von TikTok eingeschränkt oder gelöscht.

Startvorteil für die Ränder

Ein Blick auf die Parteien-Accounts belegt dennoch eine entsprechende „Rangliste“: Die AfD (@afdfaktionimbundestag) besitzt 630.000 Follower und 11,6 Millionen Likes, Die Linke (@die.linke) nahezu 410.000 Follower und 9,9 Millionen Likes. Die CDU (@insideCDU) schneidet mit rund 88.000 Followern und zwei Millionen Likes weit schwächer ab. Der Fraktionsaccount @cdcsu verfügt über rund 30.000 Follower und 400.000 Likes. Die SPD (@deineSPD) erreicht ebenfalls 88.000 Follower und 2,3 Millionen Likes, ergänzt durch den Fraktionsaccount (@spdbt) mit 170.000 Followern und 3,2 Millionen Likes. Die Grünen (@diegruenen) kommen auf 81.000 Follower, ihr Fraktionsaccount (@gruenebundestag) verzeichnet rund 30.000 Follower (Stand: 26. August 2025, siehe Abbildung Seite 81).

Die Zahlen zeigen: Die Parteien der Mitte betreiben zwar eigene Kanäle und liegen in Relation zueinander etwa gleichauf, bleiben jedoch bei den klassischen TikTok-Kennzahlen, Followern und Likes deutlich hinter den Parteien der politischen Ränder zurück. Dass diese Kennzahlen umgerechnet in Prozent mit den Wahlentscheidungen der 18- bis 24-Jährigen bei der letzten Bundestagswahl korrelieren, ist wohl mehr als nur Zufall: Linke 25 Prozent, AfD 21 Prozent, CDU 13 Prozent, SPD 12 Prozent, Grüne 10 Prozent.

Dass die Parteien der politischen Ränder mehr Menschen auf TikTok ansprechen, liegt nur zum Teil an ihren zugespitzten Inhalten. Ihre Posts zielen darüber hinaus immer auf Interaktion – und Interaktion

wird vom Algorithmus belohnt. Frühzeitig haben diese Parteien auf TikTok gesetzt und professionelle Infrastrukturen aufgebaut. Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel ist dort seit August 2021 präsent. Ihre Fraktion veröffentlichte am 27. Januar 2022 den ersten Bundestags-Post.

Die CDU startete mit Einzelinitiativen wie der von Uwe Dorendorf in Niedersachsen auf TikTok, dessen Account seit März 2021 aktiv ist. Der erste Post von @CDUDeutschland datiert vom 26. Februar 2024. Die SPD startete ihre TikTok-Aktivitäten wenige Wochen zuvor im Januar 2024. Im Bundestagswahlkampf 2025 bespielten nahezu alle Parteien TikTok. Olaf Scholz landete unter @TeamBundeskanzler ab April 2024 virale Hits. Seine Aktentasche wurde allerdings weniger zum Träger politischer Inhalte als zum reichweitenstarken Running Gag. Auch andere Accounts erzielten hohe Reichweiten, darunter @teammerz2025 mit über 22.000 Followern. Gepostet wurden professionell produzierte Inhalte, die eine erhebliche Unterstützung im Wahlkampf leisteten; der Account ist allerdings seit dem 23. Februar 2025 verwaist.

Die Resonanz auf die Social-Media-Kampagnen fiel unterschiedlich aus. Die AfD nutzte ihren zeitlichen Vorsprung – unter Beteiligung von Politikerinnen und Politikern auf allen politischen Ebenen und mit Unterstützung von Micro-Influencern, die gezielt parteinahe Inhalte verbreiteten. Dabei handelte es sich oft um kleinere Accounts mit wenigen Tausend bis Zehntausend Followern, die in spezifischen Online-Communities besonders glaubwürdig wirken und so als digitale Multiplikatoren fungieren. Sich selbst verstärkende Echokammern waren bereits vorhanden und erhöhten die Wirkung zusätzlich. Eine aktive und bereits „trainierte“ Community verschaffte der Partei mit Kommentaren, Likes und geteilten Inhalten erhebliche Reichweiten. Einfache Parolen wie „Sei schlau, wähle blau“ kursierten selbst auf Schulhöfen, was einer Verbreitung über das lineare Fernsehen oder Radio nicht gelungen wäre.

Digitale vorpolitische Räume

Dasselbe gilt für Heidi Reicheneks Aufruf „Auf die Barrikaden“, der eine mobilisierende Wirkung für den Wahlkampfendspurt ihrer Partei entfaltete. Mit 620.000 Followern wurde Reichenek zu einem TikTok-„Schwergewicht“. Zum Vergleich: @Larsklingbeil hat 29.600, @robert-habeck hat 107.000, @markus.soeder hat 283.000 und @merzcdu hat 185.000 Follower. Übertrifft wird Reichenek von @alice_weidel_afd mit 977.000 Followern (Stand: 26. August 2025).

Politiker der politischen Ränder sind damit auf Social Media zwar bisher deutlich erfolgreicher unterwegs als jene der Mitte; so hat etwa der AfD-Landespolitiker Ulrich Siegmund (@mutzurwahrheit90)

über 563.000 Follower. Doch besteht kein Grund zu Defätismus, der vor allem in der Fähigkeit zur Zuspitzung einen nicht aufzuholenden Vorteil für die politischen Ränder ausmacht. Allgemein rangieren selbst die TikTok-„Schwergewichte“ aus der Politik bisher weit hinter anderen Accounts. So spielen die größten deutschen Accounts aus Sport, Unterhaltung oder Lifestyle in einer völlig anderen Liga: Dass der Fußballstar Toni Kroos es auf 12,2 Millionen Follower bringt, wird niemanden überraschen, aber dass einem Volleyballer, Tobias Krick, 5,6 Millionen und einer Leichtathletin, Alicia Schmidt, 2,2 Millionen Menschen folgen, zeigt, dass Popularität einerseits und eine professionelle Präsentation andererseits erfolgreiche Accounts ausmachen. Insofern kommt es für die Parteien der Mitte nicht nur darauf an, ihr digitales Engagement zu steigern; es geht vor allem um die Tonalität, Ästhetik und das Formatverständnis ihrer digitalen Angebote.

Die Parteien der Ränder nutzen die Möglichkeiten der Plattform, um eine Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medienangeboten zu erzeugen. Außerdem bilden die Internetplattformen den digitalen Zugang zu einem neuartigen vorpolitischen Raum. Dabei erreichen parteipolitisch relevante Inhalte hohe Reichweiten, ohne dass sie über offizielle Parteikanäle ausgespielt werden. In diesem Zusammenhang werden Drittaccounts – „politische Vorfelder“ – immer wichtiger für die digitale Meinungsbildung. Oftmals stehen sie scheinbar in keiner Beziehung zu den Parteien und wirken vordergründig unpolitisch, transportieren aber parteinahe Inhalte. Dies gilt für TikTok-Formate wie „TradWives“ oder Fitness-Influencer und tätowierte Models, die in ihren Clips zu eingängiger Musik einfache politische Slogans posten. Diese Inhalte verfangen im Algorithmus, erzeugen hohe Reichweiten und schaffen den Kontakt zu Nutzern weit über das eigene politische Milieu hinaus. Ebenso tauchen sie in Alltagsfeeds auf, werden unter anderem auf Schulhöfen geteilt und wirken – wie etwa die berüchtigten „Sylt-Videos“ mit ihren ausländerfeindlichen Refrains – offensichtlich auch in eine bürgerliche Klientel hinein.

Unionskritisches Klima auf Instagram

SPD und Grüne profitieren auf Instagram – der Plattform der „etwas Älteren“ – deutlich stärker als die CDU von prominenter Unterstützung mit Reichweite. So teilt das langjährige SPD-Mitglied Marie von den Benken (@regendelfin, 221.000 Follower) neben Bildern aus der Modewelt oder Neuigkeiten über Prominente regelmäßig auch politische Inhalte mit ihrer Community. Gianna Bacio (@giannabacio, 134.000 Follower), Sexualpädagogin und Podcasterin, trat im Wahlkampf öffentlichkeitswirksam den Grünen bei und rief ihre Follower zu mehr „gutem“ politischen Engagement auf.

Auf Instagram herrscht ein unionskritisches Klima – und zwar sowohl von linker als auch von rechter Seite. Ein gut funktionierendes christlich-demokratisches Vorfeld oder Drittaccounts mit Reichweite sind dort bislang nicht vorhanden oder erreichen kaum hohe Followerzahlen und Interaktionen. Die dort vorwiegend ablehnende Haltung gegenüber CDU-Positionen erschwert es der Partei, in diesem digitalen Raum Resonanz zu erzeugen. Ein extremes Beispiel war der Account *@frauen.gegen.merz* mit 116.000 Followern, dem *@Frauenfürmerz* mit 1.910 Followern gegenüberstand. Der einzige gut funktionierende CDU-nahe Drittaccount auf Instagram ist *@merzrevolution* mit 96.000 Followern.

Akteure von Rechtsaußen nutzen TikTok längst nicht nur als Bühne für provokante Memes, Parodieformate und zugespitzte Kurzinhalt, sondern auch als Plattform zur einseitigen Informationsverbreitung. Angebote der Parteien der Mitte und ihr Umfeld sollten stärker auf ihre „kulturelle Passung“ achten, denn TikTok belohnt „Authentizität“, Tempo und populistische Brechung. Instagram dagegen folgt aktuell einer anderen Ästhetik: Lifestyle, einer visuellen Hochglanzinszenierung und einem moralischen Subtext, der sich vorteilhaft mit progressiven Narrativen verbindet. Das Publikum auf Instagram ist älter, urbaner und oft akademisch geprägt – politisch meist tendenziell links der Mitte.

Mit intelligenten Inhalten „fluten“

Die Lebenswelt junger Menschen ist heute vom Smartphone geprägt. Information, Unterhaltung, Sozialkontakte – alles läuft über das Handy, jederzeit und überall. Und immer mit dabei ist auch TikTok. Die Plattform setzt Themen und Trends, die klassische Medien nur noch im Nachgang aufgreifen. Der Einfluss dieser oder künftiger Plattformen steigt kontinuierlich, sodass spürbare Auswirkungen auf Wahlen unterstellt werden können. Wer nicht den medialen Zugang zu den jüngeren Generationen verlieren will, muss sich diesen veränderten Bedingungen stellen.

Entscheidend ist das Verständnis dafür, wie Plattformen optimal bespielt werden und die eigene Followerschaft mobilisiert wird. Die Follower von Parteien der politischen Ränder sind bereits geübt darin, im richtigen Augenblick empört zu kommentieren oder einen Inhalt begeistert zu teilen. Über eine ähnlich „einsatzbereite“ Followerschaft verfügen die Parteien in der Mitte noch nicht.

TikTok funktioniert über Emotionalisierungen und Zuspitzungen. Dass sich Parteien der Mitte schwerer damit tun, spricht zunächst einmal für sie. Umso mehr sind sie gefordert, dieses Hemmnis kreativ zu überwinden. Auch wenn das Verständnis für plattformspezifische Kommunikation inzwischen gewachsen ist, bleibt die Aufgabe, die Sprache eines „Gegenmediums“ noch genauer zu treffen.

Die Bedeutung des 9:16-Hochkantformats, das dem Handy entspricht, wird inzwischen anerkannt. Auch sind Online-Redaktionen geschaffen oder vergrößert worden. Doch reichen professionell geführte Politik- und Politiker-Accounts nicht aus, um auf TikTok die gewünschte Wirkung zu entfalten. Es geht regelrecht darum, die Plattform mit den eigenen intelligenten Inhalten zu „fluten“. Ein neues und eigenes politisches Vorfeld im Netz benötigt Drittaccounts, eine kontinuierlich eingebundene digitale Anhängerschaft, verstärkende Influencer und Kampagnen.

Allerdings bedeutet auch TikTok nicht das Ende politischer Kommunikation. Wer sich heute allein auf TikTok einlässt und die „nächste Plattform“ nicht bereits im Blick hat, wird ins Hintertreffen geraten. Ebenso wenig sind die „alten“ Plattformen wie Instagram, YouTube oder sogar Facebook zu vernachlässigen – sie müssen mit passenden und authentischen Inhalten bespielt werden, um die gesamte Bandbreite von Zielgruppen zu erreichen.

Und nicht zuletzt: Mit dem Aufkommen von KI-generierten Inhalten wird es noch schwerer, zwischen Authentizität, Manipulation und gezielter Desinformation zu unterscheiden. Umso wichtiger ist es, dass die Parteien in der Mitte des politischen Spektrums frühzeitig, glaubwürdig und kreativ in alten und in neuen digitalen Räumen präsent sind, bevor andere politische Kräfte sie besetzen. Dieser Wettlauf hat längst begonnen, und er wird von Mal zu Mal entscheidender für den Ausgang von Wahlen.

Längere Halbwertzeiten

Wie sich Social-Media-Plattformen verändern

Leonie Mader
Referentin für Künstliche Intelligenz,
Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

TikTok ist für viele eine reine Unterhaltungsplattform. Doch mit der E-Commerce-Funktion „TikTok Shop“ strebt der Mutterkonzern ByteDance jetzt an, sich als bedeutender Vertriebskanal für Produkte und Dienstleistungen zu etablieren. Lange Zeit bot TikTok vor allem Dienstleistungen

von Content-Creatoren an. Mehr und mehr entdecken nun Unternehmen, deren Geschäftsmodell nicht nur in der Produktion von TikTok-Videos besteht, die soziale Plattform für sich. Sie produzieren eigene Kurzvideos oder engagieren Influencer für die Bewerbung ihrer Produkte. Mit dem Start des hauseigenen Logistikunternehmens *Fulfilled by TikTok* (FBT) bietet TikTok neuerdings auch in Deutschland eine Infrastruktur zur Zahlungsabwicklung, Lagerung und Lieferung von Waren an. Social Media und E-Commerce verschmelzen miteinander, TikTok vereint quasi Instagram und Facebook zu einem ähnlichen Absatzkanal wie Amazon.¹ Die Vision von ByteDance für TikTok könnte die einer „Super-App“ wie WeChat, einer chinesischen App, sein,² die ursprünglich lediglich als Instant-Messaging-Dienst für Smartphones gedacht war und inzwischen um viele Funktionen erweitert wurde.

1 Florian Kolf: „So will TikTok jetzt sogar Amazon Konkurrenz machen“, in: Handelsblatt, 27.03.2025.

2 Yulun Ma / Yue Hu: „Business Model Innovation and Experimentation in Transforming Economies. Byte-Dance and TikTok“, in: Management and Organization Review, 17. Jg., Sonderausgabe 2, 25.02.2021, doi:10.1017/mor.2020.69; Christian Cohrs: „Gaming, Cloud, Kliniken & Parfüm. So riesig ist ByteDance, der Konzern hinter TikTok“, in: OMR.com, 16.01.2023; Antje Erhard: „Kommt die Super-App auch nach Europa?“, in: tagesschau.de, 18.05.2025; zum Mechanismus siehe Lina M. Khan: „Amazon's Antitrust Paradox“, in: The Yale Law Journal, 126. Jg., Nr. 3, Januar 2017, S. 710–805.

3 Torsten Kleinz: „Messenger-Nostalgie. ICQ ist Geschichte“, in: Der Spiegel, 25.05.2024; NDR: „Grusel mich! – Die studiVZ-Story“ – NDR Doku über den rasanten Aufstieg und Fall des ehemals größten deutschen sozialen Netzwerks“, 03.02.2025.

4 René Bocksch: „Social Media-Nutzung. Facebook verliert die Jugend“, in: Statista.com, 02.02.2024.

5 PER Agency: Social Media Atlas 2025.

6 Stefanie Hollweck: „Campfire: Neue App verbindet Podcasts mit Social-Media-Elementen“, in: Sonntagsblatt, 23.05.2025.

7 Florian Kolf: „Kostenfalle TikTok Shop“, in: Handelsblatt, 02.05.2025.

8 „Tiktok zieht vor Obers-tes Gericht der USA“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.12.2024.

9 Bayerisches Staats-ministerium für Digitales: Nach OpenAI jetzt auch TikTok. Digitalminister Dr. Fabian Mehring verkün-det nächsten Ansiedlungs-coup, 27.03.2025.

Die historische Entwicklung sozialer Netzwerke deutete darauf hin, dass dieser veränderte Funktionsumfang Einfluss auf die Marktposition einzelner Unternehmen nimmt. Netzwerkeffekte führen nicht zu einer dauerhaften Dominanz; vielmehr gibt es seit den 1990er-Jahren ein Auf und Ab einzelner Organisationen entlang sich verändernder Nutzergewohnheiten. Dienste wie ICQ, StudiVZ oder MeinVZ wurden abgelöst, weil sie nicht kompatibel mit Smartphones waren und weder ausländische Kontakte noch Netzwerkstrukturen unterstützten.³ Auch Facebook hat junge Nutzer verloren,⁴ weil diese die Bild- und Videoformate von Instagram und TikTok präferieren.⁵ Mit Campfire wird in Deutschland nun der Versuch unternommen, ein soziales Netzwerk zu implementieren, das sich auf das Audioformat von Podcasts stützt. Campfire verbindet klassisches Audiostreaming mit Bild- und Videoformaten. Podcaster posten begleitende Inhalte zu ihren Folgen – Bilder, Bonusmaterial wie zusätzliche Audiodateien –, und Hörer können kommentieren, Bezug nehmen und reagieren.⁶

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre belegen somit: Reine soziale Netzwerke kommen und gehen. Ein Grund hierfür ist die Abhängigkeit vom volatilen Werbemarkt, der seinen Nutzern folgt. Meta hat jedoch bewiesen, dass sich die hinter einem sozialen Netzwerk stehende Organisation etwa durch den Zukauf von Innovationen oder durch Diversifizierung langfristig etablieren kann. Einfache Veränderungen im Nutzerverhalten führen dann nicht mehr zur Ablösung einer Plattform. Vor diesem Hintergrund lohnt ein Blick auf „TikTok Shop“.

Attraktiv für Investoren

Als Bestandteil von TikTok ist der Shop in der Europäischen Union mit Vorwürfen zu mangelndem Datenschutz, unfairem Wettbewerb und unzureichendem Jugendschutz konfrontiert. Einige Regelverstöße sind eher abstrakt, andere klar ersichtlich – beispielsweise, wenn der „Grundpreis“ oder die Verbindlichkeit von Zahlungen entgegen den gesetzlichen Vorgaben nicht deutlich gekennzeichnet werden.⁷ Deshalb macht nicht nur die Politik auf Gefahren aufmerksam, sondern auch Verbraucherschützer und Juristen warnen vor negativen Konsequenzen.

Für Investoren scheint TikTok dennoch attraktiv zu sein. Laut eigenen Angaben ist das Unternehmen zu sechzig Prozent Eigentum westlicher Kapitalgeber.⁸ Auch Fabian Mehring, Bayerischer Staatsminister für Digitales, steht „TikTok Shop“ positiv gegenüber und bezeichnete die Ansiedlung des Unternehmens in München wegen der entstehenden Arbeitsplätze sowie der (noch zu beweisenden) Stärkung des Mittelstandes als einen „Ansiedlungscoup“.⁹ Ebenso waren beim Launch von „TikTok Shop“ etablierte deutsche Unternehmen wie Beiersdorf,

10 Felix Wessel: „Einkaufen bei TikTok. Eine erste wirtschaftliche Bilanz“, in: Deutschlandfunk, 26.06.2025.

11 OMR Education: „Zölle, TikTok-Shop und KI – mit Tarek Müller“, Live@OMR25, Podcast

12 Johanna Jürgens: „Zwei Schüler verdienen 5.030 Euro. Fast“, in: Die Zeit, Nr. 26/2025, 20.06.2025.

13 Nürnberg Institut für Markentscheidungen e.V. (April 2025): Social Media Shopping in Deutschland. Kurzstudie zur Erfassung der Akzeptanz von Social Commerce am Beispiel des TikTok Shops, April 2025.

14 Ulrich Dolata: „Volatile Monopole. Konzentration, Konkurrenz und Innovationsstrategien der Internetkonzerne“, in: Berliner Journal für Soziologie, 24. Jg., Nr. 4, 15.01.2015, S. 505–529.

15 Thomas Derkßen: #162 – OMR live: TikTok Shop vs. Amazon. Wer gewinnt den E-Commerce Krieg? Podcast, 14.05.2024; Florian Kolf: „Tiktok konkurriert jetzt mit Amazon, Temu und Shein“, in: Handelsblatt, 28.03.2025.

Thalia, der Online-Versandhändler *About You* oder der Kostümshop Deiters vertreten. Bis heute loben sie die Möglichkeit, kostengünstig Werbung bei jungen Zielgruppen platzieren zu können, und berichten teilweise von nennenswerten Umsätzen.¹⁰

Allerdings gestand *About You*-Chef Tarek Müller ein, dass sich seine Investitionen in „TikTok Shop“ nicht rentiert hätten; sein Unternehmen sei auf der Plattform zurzeit nicht mehr aktiv.¹¹ Auch Influencer berichten von negativen Erfahrungen – so sei teilweise unklar, wie das Ranking bestimmter Inhalte zustande komme oder warum Inhalte gelöscht würden; zudem blieben versprochene Zahlungen aus.¹² Auch bei den Konsumenten zeigt sich ein gemischtes Bild:¹³ 19 Prozent bewerteten direktes Einkaufen auf Social-Media-Plattformen positiv, 57 Prozent negativ, 24 Prozent neutral. Immerhin 27 Prozent hatten sechs Wochen nach dem Launch des „TikTok Shop“ bereits etwas über diese App gekauft. Ob die Anwendung von „TikTok Shop“ erfolgreich sein wird, ist offen.

Was folgt daraus?

Unabhängig von dem Erfolg von „TikTok Shop“ können digitalpolitisch drei vorläufige Schlussfolgerungen gezogen werden:

Erstens: Soziale Medien sind mehr als Unterhaltungsplattformen für junge Menschen. Neben den Investoren gewinnen (erwachsene) Unternehmer und Firmen an Bedeutung, die TikTok als Vertriebskanal und Geschäftsplattform nutzen. Es gibt somit eine Vielzahl von erwachsenen Usern und Firmen, die auf TikTok und in seinem erweiterten Umfeld agieren und (geschäftliche) Interessen an der Funktionstüchtigkeit einer solchen Plattform haben.

Zweitens: Tech-Firmen sind zwar mächtig, ihre Monopole aber volatil.¹⁴ Ebenso, wie das US-amerikanische Softwareunternehmen OpenAI mit integrierten Suchfunktionen in ChatGPT den Suchmaschinengiganten Google herausfordert hat, fordert TikTok mit seinem „TikTok Shop“ Amazon heraus.¹⁵ Entscheidend sind dabei nicht nur Algorithmen, sondern auch der Zugang zu Nutzergruppen und die Höhe über Schnittstellen, welche etwa Outlinks ermöglichen oder verhindern.

Drittens: Geopolitik, Jugend- und Datenschutz bleiben Aufgabe der Politik. Der Launch von „TikTok Shop“ zeigt, dass die derzeitigen Befunde und die öffentliche Debatte um den Einfluss Chinas, Hate-speech, den mangelnden Jugendschutz und die nicht gewährleistete Datenhoheit nicht zwangsläufig dazu führen, dass alle Unternehmen TikTok meiden. Will man TikTok in Europa verhindern, ist politisches Handeln notwendig.

Gar nicht so glücklich

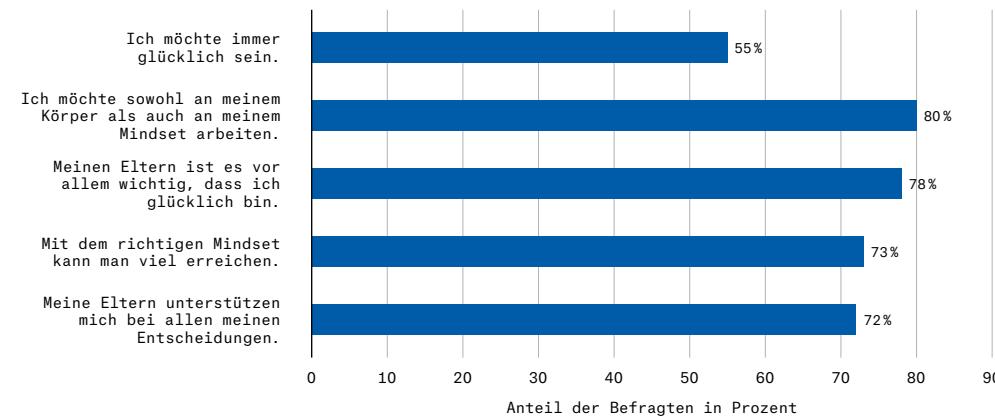
Die schwierige materielle Lage junger Erwachsener

Elisabeth Hoffmann
Geboren 1961 in Koblenz,
Policy Advisor Familie
und Jugend, Haupt-
abteilung Analyse und
Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Die Angehörigen der Generationen Z (Jahrgänge 1995 bis 2010) und Y (1980 bis 1995) wurden von ihren Eltern, den Babyboomer, mit dem Wunsch großgezogen, ihnen eine glückliche Kindheit und Jugend zu ermöglichen und sie zugleich auf ein erfülltes Erwachsenenleben vorzubereiten.¹ Zwar sagen die heutigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, „glücklich zu sein“ habe eine zentrale Bedeutung für sie,² doch ist das Glücksversprechen brüchig geworden. In der Forschung ist sogar von einer „Jugend im Krisenmodus“ die Rede.³ Angst vor der Ausweitung von Kriegen, Inflation, knapper und teurer Wohnraum sowie massiver Stellenabbau in den Schlüsselindustrien setzen junge Menschen erheblich unter Druck.

Abbildung 1: Glück - und was dafür wichtig ist

Frage: Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Dich zu? - Antwortskala von 1 („Trifft überhaupt nicht zu“) bis 6 („Trifft voll und ganz zu“), Top-3-Werte / Bitte kreuze im Folgenden alle Aussagen an, die auf Dich zutreffen. Das wünsche ich mir für die Zukunft ... - Mehrfachauswahl



Basis: Alle Befragten (n = 1012)

Quelle: Jugend ungeschminkt 2024. Eine tiefenpsychologisch-repräsentative Studie von Lönneker & Imdahl rheingold salon im Auftrag des Industrieverband Körperflege und Waschmittel e.V. (2025), S. 5.

Schon die Wahl des Ausbildungswegs wird oftmals von Verunsicherung begleitet. Laut der aktuellen Sonderauswertung der PISA-Daten zum „Stand der globalen Karrierevorbereitung für Jugendliche“ sind viele Schulen nicht in der Lage, Heranwachsende realistisch auf die Bildungswege in den Beruf vorzubereiten.⁴ Zudem gebe es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Berufserwartungen der Jugendlichen und der Realität auf dem Arbeitsmarkt. Die komplexen Anforderungen junger Menschen an den idealen Beruf seien zudem nur schwer zu erfüllen, stellt ein großer Industrieverband fest.⁵ Topmotivation für die Berufswahl ist laut Trendstudie Jugend 2024 ein „hohes Gehalt“, gefolgt von „Spaß an der Arbeit“. Von einer „guten Arbeitsstelle“ werden zudem persönliche Sinnerefüllung, empathische Vorgesetzte, kein Stress, eine freundliche Arbeitsatmosphäre, ausgewogene Work-Life-Balance und Arbeitsplatzsicherheit erwartet.

Dabei sehen sich junge Menschen selbstkritisch: Eine Befragung von 14- bis 29-Jährigen in der Trendstudie Jugend 2024 ergab, dass nur jeder oder jede Zehnte sich selbst als sehr stark erachtet, fachliche Expertise bei schwierigen Fragen und Themen zu erarbeiten; lediglich 15 Prozent bewerten ihre eigenen Fähigkeiten im

¹ Vgl. Wilhelm Haumann: Generationenbarometer 2009. Eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach, hrsg. v. Forum Familie stark machen e.V., Allensbach 2010.

² Vgl. Jugend ungeschminkt 2024. Eine tiefenpsychologisch-repräsentative Studie von Lönneker & Imdahl rheingold salon im Auftrag des Industrieverband Körperflege und Waschmittel e.V., (2025), S. 5.

³ Vgl. Mathias Albert / Gudrun Quenzel / Frederick de Moll Verian: Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verlossenheit und gelebter Vielfalt. 19. Shell-Jugendstudie 2024.

⁴ Vgl. „Unrealistische Vorstellungen vom Traumberuf bei Jugendlichen. Sonderauswertung der Pisa-Daten“, in: Spiegel Panorama, 26.05.2025.

⁵ Vgl. Jugend ungeschminkt 2024, a. a. 0., siehe Fn. 2, hier S. 5.

visionären Denken, bei der kreativen Lösungsfindung und der Bereitschaft, Neues zu probieren – Fähigkeiten, die angesichts der schnellen Transformation der Arbeitswelt immer wichtiger werden – als sehr stark.⁶ Als ihre größten Stärken beschreiben junge Menschen das fleißige Abarbeiten von Aufgaben (73 Prozent), die koordinierte Planung von Prozessen (64 Prozent) sowie soziale Kompetenz (56 Prozent).

Schwierige Jobsuche

Die erfolgreiche Suche nach einem (sehr) gut bezahlten und sicheren Arbeitsplatz ist für einen Großteil junger Menschen aller Qualifikationsniveaus deutlich schwieriger geworden, wie der Bildungsbericht der Bundesregierung zeigt. Lediglich 59 Prozent der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss oder ohne Schulabschluss finden derzeit einen Ausbildungsplatz. Schulabgänger mit mittlerem Abschluss kämpfen auf dem Ausbildungsmarkt mit der Konkurrenz durch Bewerber mit Abitur oder Fachabitur: Über 38 Prozent aller Ausbildungsverträge werden derzeit mit Letzteren abgeschlossen: Diese Schulabgänger reüssieren in den oft gut bezahlten Berufen im Finanz- und Bankensektor sowie im kaufmännischen Bereich.

Für junge Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ist die Lage noch schwieriger: Die Hälfte von ihnen tritt keine Ausbildung an, sondern mündet direkt in den „Übergangsbereich“, wo beispielsweise ein Schulabschluss nachgeholt werden kann. Wenn junge Menschen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit im dualen System einen Ausbildungsplatz finden, so ist dieser überproportional häufig in einem Berufsfeld mit großen Besetzungsproblemen angesiedelt, etwa im Hotel- und Gaststättensektor, in dem der Anteil nichtdeutscher Jugendlicher an neu abgeschlossenen Arbeitsverträgen bei 42 Prozent liegt. Diese Berufe, so der Bildungsbericht der Bundesregierung, seien

gekennzeichnet durch das Aufeinandertreffen „von geringen Einkommen in Verbindung mit ungünstigen Arbeitszeiten, geringen Aufstiegschancen, geringen beruflichen Weiterentwicklungsmöglichkeiten und mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung“, die die Attraktivität einschränken würden.

Selbst die Jugend mit akademischer Ausbildung sieht sich von sozialem Abstieg bedroht. Laut einer Analyse von *The Economist* treffen prekäre Arbeits- und Lebenssituationen zurzeit immer häufiger junge Hochschulabsolventen in ganz Europa, den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan. Unter der Überschrift „Crammed and damned. Sorry students“ werden unter anderem Daten aus den Vereinigten Staaten veröffentlicht; dort liegt die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen mit akademischen Abschlüssen erstmalig in der US-amerikanischen Geschichte höher als der nationale Durchschnitt der Arbeitslosigkeit.⁷ Solche *unlucky graduates* gibt es auch in Deutschland: 30 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter unter 35 Jahren mit akademischem Abschluss arbeiten derzeit unterhalb ihrer Qualifikation, etwa als Helfer oder Fachkraft.

Drohender Arbeitsplatzverlust

Während „atypische“ Beschäftigungsverhältnisse wie Zeitarbeit, Minijobs oder befristete Beschäftigung laut Statistischem Bundesamt für die Beschäftigten insgesamt in den letzten fünfzehn Jahren zurückgegangen sind, haben sie bei jungen Menschen mit akademischen Abschlüssen stark zugenommen. So waren

⁶ Vgl. Simon Schnetzer / Kilian Hampel / Klaus Hurrelmann: Trendstudie Jugend in Deutschland 2024, S. 55.

⁷ Vgl. „Crammed and damned. Sorry students“, in: *The Economist*, 21.06.2025, S. 60 f.

2023 über 41 Prozent der neu abgeschlossenen Arbeitsverträge akademisch Gebildeter befristet – gar nicht so viel höher (50 Prozent) lagen befristete Arbeitsverträge bei Beschäftigten ohne Berufsabschluss. Bei noch nicht einmal der Hälfte (47 Prozent) akademisch Gebildeter wurde die Befristung nach einem Jahr aufgehoben. Zudem sind junge Arbeitnehmer in Einstiegspositionen am häufigsten von einem durch Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) bedingten Arbeitsplatzverlust betroffen. Wie die renommierte Plattform *INGENIEUR.de* berichtet, verloren 43 Prozent der Befragten im Alter von 25 Jahren und jünger, die im technischen Bereich arbeiten, bereits einmal ihren Arbeitsplatz infolge von KI-Verwendung; bei den 26- bis 40-Jährigen waren es 27 Prozent.

Freiheit der Berufswahl?

Die durch Inflation und massiven Stellenabbau in Schlüsselindustrien belastete wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland bedeutet vermehrte Schwierigkeiten bei der Stellensuche und damit einhergehend zeitweise prekäre Lebenssituationen. Vergleicht man die ersten Quartale von 2024 und 2025, so hat sich die Zahl der offenen Stellen um 25 Prozent reduziert, wie eine aktuelle Erhebung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigt. Vor allem in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, bei Medienberufen oder in den Naturwissenschaften sind laut aktueller Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) „nur wenige einschlägige Stellen zu besetzen“. Die vielzitierte Freiheit der Berufswahl aufgrund der einsetzenden Verrentung der Babyboomer-Generation scheint es insbesondere für akademisch Gebildete auch längerfristig nicht zu geben: Laut der Berufsfeld-Projektion des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des IAB, die bis zum Jahr 2040 reicht, wird der durch Verrentung frei werdende Arbeits-

kräftebedarf in akademischen Berufen schnell gedeckt werden, weil deutlich mehr Hochqualifizierte neu in den Arbeitsmarkt eintreten als akademisch Gebildete der Babyboomer-Generation aus Altersgründen ausscheiden.

Wer eine Arbeitsstelle im akademischen Bereich ergattert hat, sieht sich laut der vielfrequentierten Arbeitsmarktplattform *Stepstone* mit einer eher bescheidenen Vergütung konfrontiert. Eine alleinlebende Person mit Bachelorabschluss kommt in Deutschland im Durchschnitt auf ein Nettomonatsgehalt von etwa 2.150 Euro, mit Masterabschluss sind es 2.400 Euro. Die bundesweit gesuchten Absolventen mit Bachelor in Erziehungswissenschaft erhalten als Nettolohn etwa 1.950 Euro monatlich.⁸

Bessere Gehaltschancen bieten laut *Stepstone* einige Berufe mit Qualifikation der beruflichen Bildung, insbesondere in wirtschaftlich florierenden Regionen. An der Spitze stehen Berufe wie Chemikant oder Mechatroniker, die im Raum Stuttgart mit Berufseinstiegsgehältern von 3.450 bis 3.850 Euro (netto) dotiert sind.

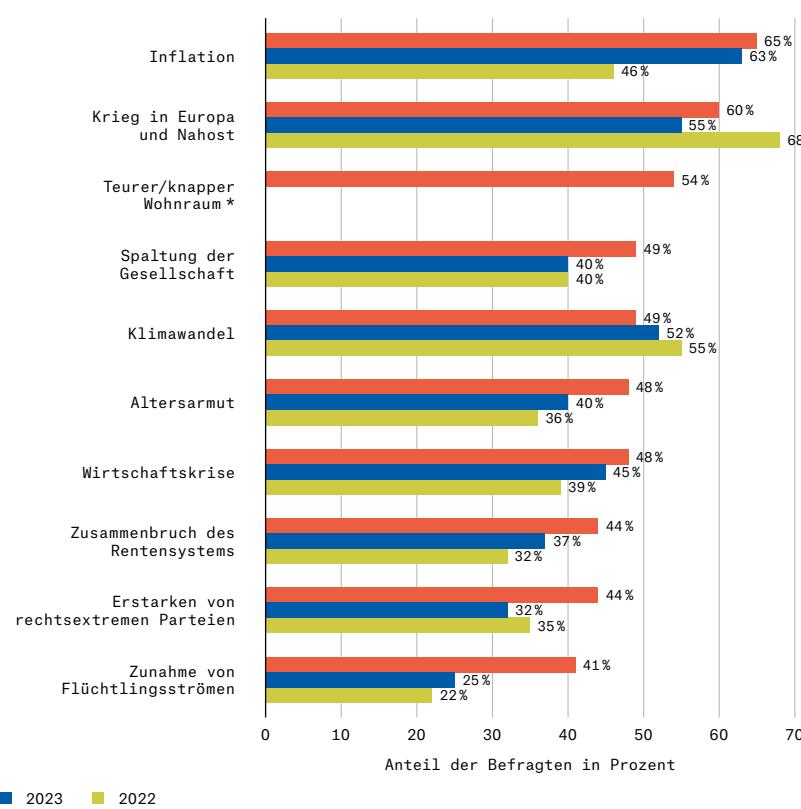
Finanzielle Sorgen als Normalität

Am unteren Ende der Gehaltsskala liegen die besonders in den Ballungsgebieten begehrten Reinigungsfachkräfte mit einem durchschnittlichen Berufseinstiegsgehalt von 1.570 Euro netto. Vergleichbare Niedriglöhne finden sich auch oftmals im Gastgewerbe (51 Prozent) und in den Bereichen Kunst, Unterhaltung und Erholung (36 Prozent).⁹ Bei den Personen unter 25 Jahren arbeiten 40 Prozent aller abhängig

⁸ Vgl. *Stepstone*: Erziehungswissenschaftler/in Gehälter in Deutschland 2025.

⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt: Qualität der Arbeit, April 2023.

Abbildung 2: Die größten Sorgen der jungen Generation



Quelle: Simon Schnetzer / Kilian Hampel / Klaus Hurrelmann: Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber“, Datajockey Verlag, 2024, S. 12.

* Wird seit 2024 erhoben.

Beschäftigten für einen Niedriglohn (13 Euro pro Stunde und weniger), so das Statistische Bundesamt.¹⁰ Angesichts durchschnittlich niedriger bis bescheidener Löhne für eine nicht kleine Gruppe junger Erwachsener mit Qualifikationen, die bisher als Garant für sozialen Aufstieg durch Bildung galten, ist es nicht verwunderlich, dass sich laut Shell-Jugendstudie (2024) unter den größten Sorgen der jungen Generation allein fünf auf (drohende) finanzielle Notlagen beziehen: Inflation, teurer/knapper Wohnraum, Altersarmut, Wirtschaftskrise und Zusammenbruch des Rentensystems.¹¹

Junge Menschen im Alter von unter 24 Jahren geben demzufolge seit 2015 mit steigender Intensität an, dass sie Angst vor Armut hätten. Der Anteil derjenigen mit Abitur oder Fachhochschulreife ist mit 66 Prozent kaum geringer als der bei jungen Menschen mit mittlerer Reife (67 Prozent) und mit Hauptschulabschluss inklusive ohne Schulabschluss (72 Prozent).¹²

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. Simon Schnetzer / Kilian Hampel / Klaus Hurrelmann, a. a. O., siehe Fn. 6, hier S. 12.

12 Vgl. Mathias Albert / Gudrun Quenzel / Frederick de Moll Verian, a. a. O., siehe Fn. 3, hier S. 50.

Altersgruppe	Wohneigentumsquote in Prozent			
	2010	2014	2018	2022
unter 25 Jahre	7,1	7,1	7,6	8,1
25 bis unter 45 Jahre	30,4	28,6	26,9	26,5
45 bis unter 65 Jahre	52,1	51,3	52,7	50,8
65 Jahre und mehr	54,8	54,9	53,8	51,3

Quelle: Mikrozensuszusatzerhebungen Wohnen 2010, 2014, 2018 und 2022; eigene Berechnungen

Das Bruttodurchschnittseinkommen aller sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigte im Alter von 25 bis 29 Jahren liegt laut Statistischem Bundesamt aktuell bei 3.819 Euro. Für einen Singlehaushalt bleiben maximal etwa 2.300 Euro (netto) monatlich. Genau diese Summe nennen junge Menschen beispielsweise in einem Video mit dem Titel „Überleben in München“: „Gehalt: 2.300 (netto). Miete: -1.400 / Auto: -200 / Lebensmittel: -400 / Internet: -35 / Strom: -60 / Sonstiges: -300. Insgesamt ein Minus von 95 Euro: Überleben gescheitert!“¹³

Aus Perspektive junger Menschen soll selbst genutztes Wohneigentum nicht nur die gegenwärtige Lebensqualität verbessern, sondern auch eine wichtige Rolle beim Vermögensaufbau und bei der privaten Altersvorsorge spielen. Die Preise für Wohneigentumsbildung seien in weiten Teilen Deutschlands für Haushalte mit durchschnittlichem Einkommen aktuell nicht mehr bezahlbar, lautet hier die Analyse. Die Hoffnung auf finanzielle Unterstützung seitens der Herkunftsfamilie dürfte ebenfalls für die wenigsten in Erfüllung gehen: Nur drei Prozent der Menschen in Deutschland erhalten vor ihrem 44. Lebensjahr eine größere Schenkung (durchschnittlich 75.000 Euro) im Rahmen eines intergenerationalen Transfers (zu Lebzeiten der Schenkenden). Allerdings

Eigenheim: Für viele bleibt es ein Traum

Die größte finanzielle Herausforderung besteht für junge Menschen derzeit auf dem Wohnungsmarkt: Wie die Wohnungsmarktanalyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) zeigt, steigen aktuell die Mietkosten in allen Regionstypen Deutschlands stark an, besonders in den größten Städten, die oftmals attraktive (Aus-)Bildungs- und Stellenangebote offerieren. Mehr als die Hälfte junger Erwachsener (54 Prozent) sorgt sich zurzeit wegen des teuren und knappen Wohnraums, so die Trendstudie Jugend 2024. Zudem haben laut Pestel Institut

13 Vgl. <https://vm.tiktok.com/ZNdyF9bq2/> [letzter Zugriff: 17.07.2025].

14 Vgl. Pestel Institut gGmbH: Schutz vor Altersarmut – Wohneigentum in Deutschland, 2025, S. 9-16.

15 Vgl. ebd., S. 5.

fließt die Hälfte der Schenkungen an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten.¹⁶

Die oft mit hohen Erwartungen in das Erwachsenenleben gestarteten jungen Menschen erleben in der Bildungs- und Berufswelt zurzeit herbe Enttäuschungen mit unmittelbaren Auswirkungen auf ihren Lebensstandard. Dabei haben ihre Eltern aus der Babyboomer-Generation mehr als alle Elterngenerationen zuvor alles darangesetzt, ihnen eine glückliche Zukunft zu ermöglichen. Als Kinder standen die jetzt jungen Erwachsenen im Mittelpunkt der Familie, auf ihre Bedürfnisse und ihr Glücklichsein wurde sorgfältig geachtet und ihre Förderung auch unter Verzicht auf eigene Bedürfnisse voller Ambitionen von den Eltern vorangetrieben.¹⁷ Erziehungsziele, mit denen die Nachkriegsgeneration in den 1960er-Jahren die Babyboomer aufzog, wie etwa Pflichterfüllung und Frustrationstoleranz zugunsten eines langfristigen Ziels, haben die Babyboomer, als sie Familien gründeten, für ihre Kinder oft nicht mehr priorisiert.

Umgang mit Verzicht

Dass das Erreichen von Lebenswünschen für die große Mehrheit der Babyboomer-Generation auch mit Zumutungen und Entbehrungen verbunden gewesen ist, wurde nur selten in den Familien thematisiert, in denen Angehörige der Generation Z aufwuchsen. Zuweilen werden sich diese jetzt erst der Begrenzungen bewusst. So stellt in einem TikTok-Video ein Mann von Ende zwanzig fast verwundert fest: „Ein eigenes Haus muss man sich leisten wollen. [...] Davor steht aber eine Menge Verzicht, zum Bei-

spiel auf teure Restaurantbesuche oder Urlaube, zum Beispiel auf kurze Arbeitswege oder Konsum. Vielleicht ist es dieser Verzicht, der heute für junge Menschen schwieriger geworden ist.“¹⁸

Gleichzeitig fällt es den ihren Jugendträumen verhafteten Babyboomer schwer, in die Rolle der Lebensälteren zu wechseln, ihren erwachsenen Kindern ernsthaft zuzuhören und ihnen zu berichten, wie sie mit den Verzichtsfällen des Lebens umgegangen sind.

Angesichts der sich vorerst verschlechternden Lage auf dem Arbeitsmarkt ist es umso wichtiger, dass auch Politik und Wirtschaft die Probleme junger Menschen wahrnehmen. Die Parteien der Mitte sind in ihren Bundestagswahlprogrammen 2025 durchaus auf jugendrelevante Themen wie die Wohnsituation eingegangen. Im Gegensatz zur Partei Die Linke haben allerdings Union, SPD und Grüne junge Menschen nicht als „Premium-Zielgruppe“ adressiert. Selbst wenn die unter 30-Jährigen heute nur 11 Prozent der Wählerschaft stellen, verkörpern sie doch die Zukunft. Umso mehr bilden junge Menschen für die Parteien der Mitte eine sehr wichtige Zielgruppe; sie tun gut daran, sich eingehend mit deren Bedürfnissen auseinanderzusetzen. Damit würde zugleich verhindert, dass die junge Wählerschaft die Parteien an den Rändern stärkt.

16 Vgl. Kira Baresel / Heike Eulitz et al.: Hälfte aller Erbschaften und Schenkungen geht an die reichsten zehn Prozent der Begünstigten, DIW-Wochenbericht 5/2021, S. 63-71.

17 Vgl. Wilhelm Haumann, a. a. O., siehe Fn. 1.

18 Vgl. www.tiktok.com/@kianhossclipsss/video/7452807036439498006?_r=1&_t=ZN-8yVhUajsdsI [letzter Zugriff: 17.07.2025].

Ein bedrohliches „Wir“ Nachdenken über den „Außenseiter“

Alexander Košenina
Geboren 1963 in Würzburg, Professor für Deutsche Literatur des 17. bis 19. Jahrhunderts, Leibniz Universität Hannover. Er schreibt regelmäßig für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

Ralf Konersmann:
Außenseiter, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2025, 160 Seiten, 28,00 Euro.

Die Partei „Demokratische Allianz“ (DA) ist plötzlich da. Im (fiktiven) „Freistaat“ hat sie die absolute Mehrheit errungen. Statt in den Landtag eilt der Wahlsieger Dominik Arndt (DA) ins Haus der Bundespressekonferenz, wo ihn Theo Koll mit ersten Fragen zu seiner neuen Rolle empfängt. Doch Arndt dementiert jede

Rolle, schließlich spielt er nichts, sondern sei ganz er selbst. „Ich bin ich“, jetzt sei er einfach da, der Vertreter eines neuen „Wir“, der im vollbesetzten Saal viele Hände von Unbekannten schüttelt. Einer von euch, will er signalisieren, das abgehängte Volk da draußen ist plötzlich zur neuen Gemeinschaft geworden – und alle anderen sind nun Außenseiter.

Bis auf den Ort der Handlung und den bekannten ZDF-Moderator ist natürlich alles erfunden. Das Theaterstück *Ein Volksbürger* hat der Jurist und Journalist Maximilian Steinbeis verfasst und im Haus der Bundespressekonferenz inszeniert. Diese „politische Farce“, so der Untertitel, reagiert auf die Farce, die eine reale Mehrheitspartei am 26. September 2024 im Thüringer Landtag aufgeführt hat. Ein populistischer Führer demonstriert im Stück maximale Selbstermächtigung, Aussetzung parlamentarischer Regeln, Unterdrückung freier Berichterstattung

und Anspruch auf Deutungshoheit. Diese mögliche Verkehrung des mutigen Selbstdenkens bei Immanuel Kant zum radikalen Querdenker unserer Zeit, vom Kämpfer der Aufklärung für Gewaltenteilung, Meinungsfreiheit und Mitbestimmung zum Volkstribun der Gemeinschaft gegen das politische Establishment, gehört auch zum Gegenstand eines klugen Essays des Philosophen Ralf Konersmann. Den Buchtitel *Außenseiter* nutzte Howard S. Becker bereits 1963 für seine *Sociology of Deviance* und der Germanist Hans Mayer 1975 für sein Hauptwerk mit der These, die bürgerliche Aufklärung habe an Juden, Homosexuellen und Frauen versagt.

Konersmanns aktuellere „Grammatik des Sozialen“ mag diesen Vorgängern einiges verdanken. Gegenüber dem amerikanischen Soziologieprofessor Becker und dem Literaturwissenschaftler Mayer argumentiert Konersmann jedoch als Begriffs- und Ideenhistoriker. Als Mitherausgeber des *Historischen Wörterbuchs der Philosophie* schrieb er einmal einen Aufsatz über *Die Metapher der Rolle und die Rolle der Metapher*. Den Populisten im Theaterstück hätte das gut erfasst. Indem dieser Vertreter des neuen „Wir“ nämlich behauptet, keine Rolle zu spielen, gibt er sich selbst die Pose eines erwählten Außenseiters, der sich ermächtigt, der andersdenkenden Mehrheitsgesellschaft die Außenseiterrolle zuzuweisen.

Nostrozentrik, Egozentrik, Exzentrik

Das Wort „Außenseiter“ „sagt, wie es ist“, meint Konersmann: Etwas steht außerhalb oder an der Seite und wird durch die Endung „r“ zur Figur. Diese Position bestimmen diejenigen, die sich drinnen befinden und das Sagen haben. Außenseiter – etwa Rebellen, Individualisten, Bohemiens, Dandys, Unangepasste – wurden zu manchen Zeiten bewundert; zu anderen dominierte eher die „emphatische Kollektivität“

des Wir, die „Nostrozentrik“ über die Egozentrik und Exzentrik. Die Abweichung von der Norm ist so zum Verdachtsfall geworden.

Für die Beobachtung des Außenseiters im Sozialen und Intellektuellen wählt Konersmann die „ungebundene Darstellungsform des Essays“. In der philosophischen Theoriebildung gilt sie als randständig, seit Michel de Montaigne verspricht sie gegenüber dem rein systematischen, an Prämissen und Schlussfiguren orientierten Denken aber besonderen Erkenntnisgewinn. So verhält es sich auch mit diesem Buch. Wenn Außenseiter sich etwa mit Jean-Jacques Rousseau viel auf ihr Anderssein zugekehrt haben, verdienen sie auch eine Betrachtung, die über die beengenden Grenzen von dezimalen Gliederungen und Schubladendefinitionen hinausgeht. Wie Rousseau sein Ich in *Die Bekenntnisse* schonungslos als überindividuelle Wahrheit offenlegt, so ist auch die Gewissheit des Sokrates vom eigenen Nichtwissen gegenüber dem Orakel radikal. Beide stehen außerhalb, machen Autoritäten das Recht streitig, über sie zu urteilen. Sie beweisen der Mehrheit einen starken Charakter: Ecce homo. Rousseaus „Ich der Bekenntnisse ist sich selbst sein Grund“. An diesem Punkt und nicht erst mit Maxim Billers für sich selbst reklamierten „Ich-Zeit“ beginnt Konersmanns Geschichte. Für ihn leitet der trotzige Rousseau die Moderne als „das Zeitalter der Außenseiter“ ein. Der Begriff ‚Outsider‘ kommt erst etwas später (um 1800) im englischen Pferdesport auf und gelangt um 1900 ins Deutsche.

Außenseiter im Sport versuchen, zum Hauptfeld aufzuschließen und qua Fitness weiter nach vorn zu dringen. Der politische Populist erreicht das nicht durch sportlichen Wettkampf, sondern durch Konformität, als Sprachrohr einer gleichgesinnten Gemeinschaft. Außenseiter, gedacht als Wir-Kollektiv, das plötzlich die Mehrheit zur Minderheit erklärt. Oder man spielt überhaupt nicht mit und steigt bewusst

aus. Bei Thomas Hobbes sichert Konkurrenz jedem einen spezifischen Platz in der bürgerlichen Gesellschaft – oder besiegt den Ausschluss, als „misfit“ im unvernetzten Abseits. Aus dem so gestuften Raum des Sozialen treten die besten Köpfe hervor; in Raffaels Gemälde *Die Schule von Athen* wird Diogenes – undogmatisch, mit einem einzigen Blatt in der Hand, allein unter anderen Philosophen – zum frühen Sinnbild von Kants Autonomiedenkern.

Als Außenseiter erscheint, wer die Glaubenssätze und Normen einer Gesellschaft hinterfragt. Für die meisten Philosophen sollte das gelten. Antisthenes, dem sich Diogenes anschloss, gehört im 4. Jahrhundert vor Christus zu den ersten, die Ethos nebst Kultur über Politik stellen. Gesetze der Tugend rangieren für ihn vor den Gesetzen des Staates. Überhaupt sei sich der Weise selbst genug. Nicht nur Rousseau wird das später wiederholen. Das Lachen, das den Sterngucker Thales beim Sturz in den Brunnen trifft, haben Philosophen für ihre selbstgewählte Sonderstellung nicht verdient. Unabhängige Denkformen bleiben auch dann produktiv, wenn sie sozial ausschließen. Auch in Platons Höhlengleichnis kann man dem hypothetischen Lichtsucher nach draußen folgen oder sich grundsätzlich mit Sokrates und Seneca um geistige Überwindung des Gewohnten bemühen. Heute stimmt indes die Forschungspolitik gern in den Spott der Thrakerinnen über das weltfremde, scheinbar nutzlose Denken der Philosophen ein und kürzt den Geisteswissenschaften die Mittel. Das ist verordnetes statt selbst gewähltes Außenseitertum.

Außen und Innen

Konersmanns Überlegungen zeichnen ein ambivalentes Bild des Außenseiters in unserer Zeit. Der Schutz von Minderheiten kann in Konflikt mit Interessen der Mehrheit geraten, Vielfalt eröffnet neue Perspektiven auf die Einheit, die

individuelle Freiheit mag unter dem Gebot der allgemeinen Gleichheit leiden. Teilt man in der Thales-Anekdote eher die Sicht der praktisch zupackenden Thrakerinnen oder verteidigt man das gar nicht so weltfremde Interesse des auf die Sterne blickenden Astronomen? Sympathisiert man mit dem Common Sense und dem berechtigten Anspruch einer anschaulichen Populärwissenschaft oder begründet man die Notwendigkeit einer abstrakten Spezialforschung, die etwa die Natur in bloße Zahlenreihen übersetzt? Plädiert man mit Montaigne für eine erfahrungsgeleitete „Schule der Welt“ oder verharrt man lieber in der „Engstirnigkeit“ des schulphilosophischen „scholastischen Weges“?

Wohin der so klug fragende, flanierend denkende und überaus elegant schreibende Ralf Konersmann unsere Aufmerksamkeit lenken will, scheint klar. Als Aufklärer kann er sich für den stets optimistisch bleibenden Außenseiter Candide begeistern, ohne deshalb die pragmatische Antwort auf die durch Katastrophen satirisch infrage gestellte Metaphysik zu leugnen: Vielleicht ist bei Voltaire der Mensch ja tatsächlich für die Arbeit und nicht für die Muße gemacht, wie Candides Lehrer Pangloss einwendet. Die moderne Gesellschaft bedarf der intentionellen Außenseiter (wie Hans Mayer sie nennt), die mutig von normierten Erwartungen und Gewohnheiten abweichen, um unkonventionell, originell und risikofreudig zu denken und zu schaffen. Ihre Bedeutung hebt Konersmann stark hervor. Auf Opfer der Ausgrenzung geht er kaum ein; und auf selbst ermächtigte „Volksbürger“ wie in dem eingangs erwähnten Theaterstück nur am Rande. Neue Führer, die sich als Stimme gesellschaftlich abgehängter Außenseiter aufspielen und von außen die politische Macht im Zentrum ergreifen wollen, wären den Förderern des Geistes bei Konersmann jedoch entschieden entgegenzustellen. Denn vor diesen Feinden unserer Demokratie ist zu warnen.

„Ein Mittel des Friedens und des Dialogs“

Ursula Nothelle-Wildfeuer
Geboren 1960 in
Unna, Inhaberin des
Lehrstuhls für
Christliche Gesell-
schaftslehre, Albert-
Ludwigs-Universität
Freiburg.

Zur Aktualität der Katholischen Soziallehre unter Papst Leo XIV.

Leo XIV. – der Name steht für ein vielversprechendes Programm! In der ersten Ansprache an das Kardinalskollegium wenige Tage nach seiner Wahl begründet der am 8. Mai 2025 mit großer Mehrheit gewählte 267. Papst Robert Francis Prevost selbst seine Namenswahl mit dem Bezug auf Papst Leo XIII. Dieser habe „mit der berühmten Enzyklika *Rerum novarum* die soziale Frage im Zusammenhang mit der ersten großen industriellen Revolution angesprochen [...]. Und heute bietet die Kirche allen den Schatz ihrer Soziallehre an, um auf eine weitere industrielle Revolution und auf die Entwicklungen der künstlichen Intelligenz zu antworten, die neue Herausforderungen im Hinblick auf die Verteidigung der Menschenwürde, der Gerechtigkeit und der Arbeit mit sich bringen“¹, so Papst Leo XIV. Schnell kommt Hoffnung auf, dass der neue Papst auch an seinen direkten Vorgänger Papst Franziskus anknüpft, der die Soziallehre durch seine besondere Sorge der Kirche um die Menschen am Rand der Gesellschaft wieder in den Mittelpunkt kirchlichen Lehrens und Handelns gerückt hat.

Papst Leo XIV. ruft bei seiner Amtseinführung am 18. Mai 2025 zu Einigkeit und zum Frieden in der Welt auf.
Foto: © picture alliance/dpa | Michael Kappeler



Rerum novarum, so lautet der Titel der ersten Sozialenzyklika, die am 15. Mai 1891 von Papst Leo XIII. veröffentlicht wurde. *Rerum novarum* – das sind die jeweils neuen sozialen Probleme, die durch die Geschichte hindurch das Materialobjekt der Katholischen Soziallehre bilden. Ursprünglich ging es um die Arbeiterfrage als die soziale Frage des 19. Jahrhunderts, die der damalige Papst als das entscheidende Problem seiner Zeit erkannt hat. Seine Sozialkritik fokussiert den Pauperismus, der nicht die „übliche“ Armut meint, sondern die spezifische, mit der industriellen Revolution entstehende Massenarmut, die in ihren Konsequenzen eine eigene Qualität hat. Gerechtigkeit zu realisieren, ist mit Blick auf die jeweilige soziale Frage das zentrale Anliegen. Dies wird bereits im Kontext des 19. Jahrhunderts eine Aufgabe der Gesellschaft und nicht allein des Einzelnen oder des Staates. Diese erste Enzyklika wurde zum Fundament der inzwischen knapp 135-jährigen Tradition der päpstlichen Sozialverkündigung. Die Päpste würdigen immer wieder zu

Jubiläumsjahren von *Rerum novarum* die bisherige Tradition und widmen sich zugleich den jeweils neuen sozialen Fragen.

Rerum novarum 2.0 – eine neue Dimension

Daran knüpft Papst Leo XIV. an; er stellt sich in diese Tradition, unterscheidet sich aber auch von den bisherigen Bezugnahmen. Verschiedene neue inhaltliche Stränge der Soziallehre lassen sich in der bisherigen Sozialverkündigung neben der Arbeiterfrage identifizieren: die Frage nach Fortschritt und Entwicklung, nach Menschenrechten und Frieden sowie nach der Bewahrung der Schöpfung. Hierzu addiert Papst Leo XIV. nicht einfach eine weitere Dimension, sondern er bezeichnet die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz als eine zweite

¹ Ansprache des Heiligen Vaters Leo XIV. an das Kardinalskollegium, 10.05.2025, www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2025/may/documents/20250510-collegio-cardinalizio.html [letzter Zugriff: 22.08.2025].



Leo XIII., von 1878 bis 1903 der 256. Papst und Verfasser der Sozialencyklika „*Rerum novarum*“. Porträtaufnahme, 13. April 1878. Foto: © akg-images

industrielle Revolution, die – mit der ersten vergleichbar – Konsequenzen für alle Bereiche unserer Wirklichkeit zeitigt.

Lehramtliche Vorarbeiten für diese Thematik gibt es bereits: Der Bochumer Theologe Thomas Söding verweist auf ein noch unter Papst Franziskus veröffentlichtes Papier, das sich differenziert und kenntnisreich mit der Künstlichen Intelligenz beschäftigt: *Antiqua et Nova* (AN).² Das Dokument setzt eine umfassende integrale Anthropologie in Kontrast zu dem, was unter dem Begriff der Künstlichen Intelligenz zu fassen ist: Die „Intelligenz“ eines Systems wird funktional und mit Bezug auf spezifische intellektuelle Aufgaben beschrie-

ben (vgl. AN 11). Im Unterschied dazu sei bei der Rede von menschlicher Intelligenz die volle Bandbreite menschlicher Erfahrung zu berücksichtigen, das impliziere Leiblichkeit und Vernünftigkeit, Relationalität, aber auch Emotionen, Kreativität, der Sinn für Ästhetik, Moral und Religion (vgl. AN 13-29). Beide Formen der Intelligenz seien deswegen nicht miteinander vergleichbar: „So vieles, was wir als Menschen erleben, eröffnet uns neue Horizonte und bietet

² Dikasterium für die Glaubenslehre, *Antiqua et Nova*. Note über das Verhältnis von künstlicher Intelligenz und menschlicher Intelligenz, 28.01.2025, www.vatican.va/roman_curia/congregations/cfaith/documents/rc_ddf_doc_20250128_antiqua-et-nova_ge.html [letzter Zugriff: 22.08.2025].

uns die Möglichkeit, eine neue Weisheit zu erlangen. Kein Gerät, das nur mit Daten arbeitet, kann mit diesen und so vielen anderen Erfahrungen in unserem Leben mithalten.“ (AN 33) In diesem Papier wird jede Einseitigkeit vermieden – sowohl im Blick auf den Menschen als auch auf die Technologie; letztere wird weder verherrlicht noch verteufelt. Vielmehr wird sie als Möglichkeit begriffen, „dem Wahren und Guten auf die Spur zu kommen“³. Damit sind bereits zentrale Fragen der moralischen Verantwortung und Ethik angesprochen, die für alle menschlichen und gesellschaftlichen Bereiche, in denen Künstliche Intelligenz zum Einsatz komme, zu stellen sind. Als höchstes Kriterium zur Differenzierung wird die Würde des Menschen und, damit verbunden, das Gemeinwohl genannt (vgl. AN 43; 47).

Wenn Papst Leo XIV. die Entwicklung der Künstlichen Intelligenz und ihre Bedeutung für die heutige Gesellschaft der Industrialisierung im 19. Jahrhundert gleichstellt – man könnte von *Rerum novarum 2.0* sprechen –, betritt er also lehramtlich kein Neuland. Er würde, so Thomas Söding, jedes Wort dieses römischen Papiers unterschreiben.⁴ Es bleibt eine spannende Frage, welcher Thematik sich Leo XIV. in seiner ersten Sozialencyklika widmen wird.

Anschluss an die sozial-ethische Tradition

Dass über diese Perspektive der Künstlichen Intelligenz auch der Bezug zu einem Grundstein der sozialethischen Tradition, nämlich zum Bereich der menschlichen Arbeit, gegeben ist, den Papst Leo XIV. auch bei seiner Namenswahlbegründung aufruft, liegt angesichts der aktuellen Entwicklungen auf der Hand: Wenn Arbeit Teil des Lebens ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, wenn sie die Grundlage für eine gute Zukunft schafft und in der Gesellschaft ihre versöhnende Kraft entfalten will,⁵

dann muss es zentrales Ziel aller christlich-ethischen Bemühungen sein, das humane Profil von Arbeit und speziell Erwerbsarbeit zu erhalten und zu stärken sowie Künstliche Intelligenz sinnvoll in diese Prozesse zu integrieren – zum Wohl des einzelnen Menschen und der Gesellschaft.

Zugleich ruft Leo XIV. bei der Begründung seiner Namenswahl auch den für die Soziallehre fundamentalen Wert der Gerechtigkeit auf. Damit ist er mitten in der sozial-ethischen Tradition der Kirche und zugleich in den zentralen Fragen der Gegenwart angekommen, für die „die Kirche allen den Schatz ihrer Soziallehre an[bietet]“⁶.

Nicht Indoktrinierung, sondern Diskurs

Die Soziallehre der Kirche ist Leo XIV. zufolge nicht als ein fest gefügtes Gebäude von Lehrsätzen zu verstehen, die für alle neu auftauchenden Fragen bereits eine klare Antwort vorgeben, sodass ihre Vertreter sich im „Besitz der Wahrheit“ wähnen könnten. Vielmehr gehe es um einen Modus, sich neuen Herausforderungen zu stellen. „Denn die Soziallehre erzieht uns dazu zu erkennen, dass wichtiger als die

³ Alexander Filipović: „Der Vatikan äußert sich über Künstliche Intelligenz. Verdienste und Grenzen des römischen Schreibens „Antiqua et nova““, in: *Communio*, 17.03.2025, www.herder.de/communio/gesellschaft-verdienste-und-grenzen-des-romischen-schreibens-antiqua-et-nova-der-vatikan-aeußert-sich-ueber-kuenstliche-intelligenz/ [letzter Zugriff: 22.08.2025].

⁴ Vgl. Thomas Söding: *Wohin will die katholische Kirche? Die Weltsynode und Papst Leo XIV.*, Mainz 2025, S. 552.

⁵ Vgl. Die deutschen Bischöfe - Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: *Die versöhnende Kraft der Arbeit. Ein Impulspapier*, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn, 02.04.2025, www.dbk-shop.de/media/files_public/eee6be624966a6be715b65004f57eb06/DBK_1257.pdf [letzter Zugriff: 22.08.2025].

⁶ Ansprache des Heiligen Vaters Leo XIV., a. a. o., siehe Fn. 1, www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2025/may/documents/20250510-collegio-cardinalizio.html [letzter Zugriff: 22.08.2025].

Probleme oder die Antworten darauf die Weise ist, wie wir ihnen begegnen, mit Bewertungskriterien und ethischen Grundsätzen und mit der Offenheit gegenüber der Gnade Gottes.“⁷ Nicht „überrichtete Antworten“, sondern ein Sich-Annähern-Können, „sich den Problemen [...] stellen, die immer verschieden sind“. Der Papst macht das entscheidende Prinzip von Wissenschaft stark: Er plädiert für einen Diskurs verschiedener Disziplinen, auch auf der Basis von Empirie – ein Modus, der in der heutigen Zeit der Fake News, der Wissenschaftsfeindlichkeit und der Diskursverweigerung von nicht zu überschätzender Bedeutung ist. Eine so verstandene Lehre als „Frucht der Forschung und [...] von Hypothesen, Stimmen, Fortschritten und Misserfolgen, durch die sie versucht, eine verlässliche, geordnete und systematische Erkenntnis über eine bestimmte Frage weiterzugeben“, erweist sich damit als anschlussfähig an die Diskurse der Gegenwart. So kann die Soziallehre einen Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten und ihrem Auftrag gerecht werden, mit allen Menschen „guten Willens“ ins Gespräch zu kommen.

Auch in der aktuellen Debatte um die Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie der theologischen Ethik scheint das eine wegweisende Positionierung: Leo XIV. spricht sich mithin *gegen* eine Fokussierung auf naturrechtliche Festlegungen einer divinisierten und verabsolutierten Ordnung aus, sondern vielmehr *für* den Dialog mit den Human-, Sozial- und Naturwissenschaften, deren Erkenntnisse unverzichtbar sind, um die Soziallehre auch essenziell weiterzuentwickeln. Die Kirche hat dem Zweiten Vatikanischen Konzil zufolge die Aufgabe, „nach den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten“ (*Gaudium et spes* [GS] 4). Demzufolge soll sie eine hörende und lernende Kirche sein, die offen und sensibel für die Anliegen der Menschen von heute ist und wahr-

nimmt, was deren Freude und Hoffnung, Trauer und Ängste sind.

Frieden stiften nach außen und innen

„Friede sei mit euch“, das waren die ersten Worte, mit denen Papst Leo XIV. von der Loggia des Petersdoms die Menschen auf dem Petersplatz begrüßte – und das am 8. Mai, genau achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa. Diese Worte haben für ihn zweifelsfrei programmatische Bedeutung; er greift damit auch ein zentrales Motiv der christlichen Soziallehre auf. Zum einen meint er damit den Weltfrieden, den er angesichts der unterschiedlichen Kriegsschauplätze in der Welt eindringlich betont. Sowohl mit Blick auf den Krieg in der Ukraine als auch im Blick auf den Krieg im Gazastreifen hat er sich bereits deutlicher als sein Vorgänger positioniert. Aber neben dem „äußere[n] Frieden [...]“ scheint [Leo] auch den inneren Frieden zu meinen⁸, den internen Frieden innerhalb des privaten Lebens, in den vielfältig zerrissenen Gesellschaften sowie in der Kirche, „die neu ihre Einheit suchen muss und ihre Aufgabe in der Welt“⁹. Große Hoffnung richtet sich auf ihn als Person, verkörpert er doch in seiner Biografie bereits an mancher Wegmarke diese Position des Brückenbauers.

Die Soziallehre der Kirche selbst ist für Leo XIV. ein Instrument, ein „Mittel des Friedens und des Dialogs, um Brücken universaler

7 Ansprache von Papst Leo XIV. an die Mitglieder der Stiftung „Centesimus Annus pro Pontifice“, 17.05.2025, www.vatican.va/content/leo-xiv/de/speeches/2025/may/documents/20250517-centesimus-annus-pro-pontifice.html [letzter Zugriff: 22.08.2025]. Die Zitate in diesem Abschnitt sind, soweit nicht anders vermerkt, dieser Ansprache entnommen.

8 Andreas R. Batlogg: Leo XIV. Der neue Papst, Freiburg 2025, S. 128.

9 Thomas Söding, a. a. O., siehe Fn. 4, S. 552.

Geschwisterlichkeit zu bauen“¹⁰. Er fordert sie auf, „Interpretationsschlüssel zu liefern, die Wissenschaft und Gewissen in Dialog bringen und so einen grundlegenden Beitrag zur Erkenntnis, zur Hoffnung und zum Frieden leisten“¹¹. Für Papst Leo XIV. ist „das soziale Engagement“ – vermutlich nicht nur das Engagement in face-to-face-Beziehungen, sondern auch die Gesellschaftsgestaltung – „untrennbar mit der Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat und mit einer missionarischen Kirche verbunden“¹². Dabei geht es ihm nicht um Indoctrinierung und Propaganda, die vereinahmt und sich den anderen überlegen fühlt.¹³ Vielmehr verweist er etwa in seiner Predigt zum Pontifikatsbeginn am 18. Mai 2025 darauf, dass es ihm darum geht, in der Weltgesellschaft, „in diesem Teig ein kleines Stückchen Sauerteig [zu] sein“¹⁴. Eine missionarische Kirche zu sein, impliziert vor allem mit Blick auf den ganzen Bereich des sozialen Engagements, sich auf den gelebten Glauben zu konzentrieren. Eindeutig ist der christliche Glaube für den Augustiner-Papst nicht eine Theorie, sondern die Praxis, „so zu lieben, wie Jesus es getan hat“¹⁵.

Noch wenige Wochen vor seiner Wahl zum Papst hat er diesen Gedanken in einem Post auf der Plattform X konkretisiert, wo er dem amerikanischen Vizepräsidenten J. D. Vance widersprochen hat. Dieser hatte versucht, den amerikanischen Umgang mit Geflüchteten theologisch zu rechtfertigen mit dem Verweis auf einen Stufenplan der Nächstenliebe (*ordo amoris*), bei dem die Geflüchteten ganz unten in der Rangordnung stünden. Kardinal Prevost formulierte: „JD Vance liegt falsch: Jesus ver-

langt von uns nicht, unsere Liebe zu anderen abzustufen“.¹⁶

Ein markantes Charakteristikum der Soziallehre unter Papst Leo XIV. scheint das zu sein, was er zugleich als Signum einer synodalen Kirche benennt – nämlich, „dass wir alle zusammen gehen und gemeinsam suchen, was der Herr in dieser unserer Zeit von uns verlangt.“¹⁷ Dass es hier im Blick auf die Gestaltung der Gesellschaft auch um eine gemeinsame Suche mit *allen* Menschen geht, unabhängig davon, ob sie alle christlichen Glaubensgrundsätze teilen, hat bereits Papst Franziskus immer wieder deutlich gemacht. Wir können den ersten Äußerungen des neuen Papstes zufolge zuversichtlich sein, dass dieser die Soziallehre der Kirche genauso als Gesprächsforum für die sozialen und gerechtigkeitsbezogenen Fragen der Gegenwart versteht.

10 Ansprache „Centesimus Annus pro Pontifice“, a. a. O., siehe Fn. 7.

11 Ebd.

12 Birgit Weiler: „Papst Leo XIV., ein Brückenbauer zwischen globalem Norden und globalem Süden“, in: feinschwarz. Theologisches Feuilleton, 30.05.2025, www.feinschwarz.net/papst-leo/ [letzter Zugriff: 22.08.2025].

13 Vgl. Homilie des Heiligen Vaters während der Eucharistiefeier zum Pontifikatsbeginn, 18.05.2025, www.vatican.va/content/leo-xiv/de/homilies/2025/documents/20250518-inizio-pontificato.html [letzter Zugriff: 22.08.2025].

14 Ebd.

15 Ebd.

16 Zitiert nach Die Zeit: „Papst Leo XIV. teilte Kritik an Vance und Trump“, 09.05.2025, www.zeit.de/gesellschaft/2025-05/papst-leo-kritik-donald-trump-jd-vance-migration [letzter Zugriff: 22.08.2025].

17 Zitiert nach Andreas R. Batlogg, a. a. O., siehe Fn. 8, S. 155.

1989/90: Freiheit für ganz Deutschland

Friedliche Revolution und Deutsche Einheit

Reiner Haseloff
Geboren 1954 in Bützow (Kreis Wittenberg), Staatssekretär und Minister a. D., Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, seit 2011 Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt.

„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“ So lautete ursprünglich der Schlussatz der Präambel unseres 1949 verabschiedeten Grundgesetzes.

Die Präambel war eine Art Wegweiser. In ihr spiegelten sich auch die Wünsche und Hoffnungen der Verfassungsväter und -mütter wider. 41 Jahre später wurde die deutsche Einheit gewaltfrei durch den Freiheitswillen der Bürgerinnen und Bürger der DDR vollendet und der Schlussatz der Präambel neu gefasst.

Im Herbst 1989 fand keine „Wende“, sondern eine Revolution statt. Die Friedliche Revolution war ein radikaler Systemwandel ohne Blutvergießen. Im kollektiven Gedächtnis hat sich der Fall der Mauer tief eingeprägt. Aber der 9. November 1989 wäre ohne den 9. Oktober in Leipzig, ohne den 26. Oktober in Halle und ohne die Demonstrationen in Wittenberg, Magdeburg, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Plauen und in

vielen anderen Orten der DDR undenkbar gewesen. Die Friedliche Revolution hatte eine breite Basis, und Protestbewegungen gab es nicht nur in den Städten. Dadurch wurde dieser Prozess unumkehrbar. Erst kam die Freiheit, dann die Einheit. Und zu dieser neuen Freiheit gehörte auch die Auseinandersetzung mit dem Unrecht in der DDR.

Die DDR war keine Kuscheldiktatur. Es gibt keinen Grund, sie nostalgisch zu verklären. Das Leben war durchstaatlicht: 9,6 Millionen Menschen gehörten dem FDGB an, und fast jeder fünfte Erwachsene war Mitglied oder Kandidat der SED. Für die Stasi arbeiteten 1989 91.000 Hauptamtliche und 180.000 Inoffizielle Mitarbeiter. In einem Staat von gut sechzehn Millionen Einwohnern entfiel auf je sechzig von ihnen ein staatlicher Bewacher oder getarnter Spitzel. Während der Honecker-Ära berichteten insgesamt 500.000 Inoffizielle Mitarbeiter über ihre Berufskollegen, Nachbarn und Familienangehörigen. Als allgegenwärtiges Überwachungsorgan war die Stasi auch im Alltag der schweigenden Mehrheit präsent. Hunderte Menschen starben an der innerdeutschen Grenze. Sie waren zwischen sechs Monaten und 81 Jahren alt. Die Zahl der politisch Verfolgten und zu Haftstrafen Verurteilten lag nach jüngsten Schätzungen zwischen 180.000 und 350.000. Mauer, Grenzsicherung und Staat waren von innen her miteinander verbunden. Wir dürfen das nicht verdrängen oder vergessen. Das sind wir den Opfern schuldig. Ihre Schicksale können uns nicht gleichgültig sein.

„Schwerter zu Pflugscharen“

Die freiheitliche Demokratie bleibt eine große zivilisatorische Errungenschaft. Und wer die Unfreiheit selbst erlebt hat, wird die Freiheit für immer zu schätzen wissen. Eng verbunden mit meiner politischen Biographie sind die Lutherstadt Wittenberg und die Schloss- und Stadt-

kirche. 1983 fand der Kirchentag in Wittenberg statt. Im Lutherhof wurde damals das wichtigste Symbol der DDR-Friedensbewegung geschmiedet. Die vom Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer initiierte Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“ ist weltweit beachtet worden und hat die Ereignisse des Herbstes 1989 antizipiert. Nur wenige Jahre später wurden Schloss- und Stadtkirche zu Zentren der Friedlichen Revolution in Wittenberg. Hier trafen wir uns – Christinnen und Christen, aber auch kirchenferne Oppositionelle – seit Oktober 1989 regelmäßig an jedem Dienstag. Schließlich demonstrierten am 31. Oktober 1989, am Reformationstag, 10.000 Wittenbergerinnen und Wittenberger auf dem Marktplatz. Diese Zeit hat mich sehr stark und nachhaltig geprägt.

Den Prozess der deutschen Einheit und seine Ausgestaltung habe ich von Anfang an aktiv begleitet: zunächst als stellvertretender Landrat im Landkreis Wittenberg, als Arbeitsamtsdirektor in Wittenberg, als Staatssekretär und Wirtschaftsminister im ersten beziehungsweise zweiten Kabinett von Wolfgang Böhmer und seit 2011 als Ministerpräsident. Wir standen 1990 vor enormen gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen.

Niedergang und Aufstieg ganzer Industriezweige

Denn die Sozialstruktur der DDR unterschied sich markant von der bundesrepublikanischen. Ein Mittelstand und eine Kultur der Selbstständigkeit existierten in der DDR nicht. Ihre Bürgerinnen und Bürger lebten in einer planwirtschaftlichen Fürsorgediktatur, in der aber auch der Mangel ungleich verteilt war. Als Kompenstation für die politische Unfreiheit vermittelte der vormundschaftliche Staat seinen Bürgern das Gefühl sozialer Geborgenheit und Sicherheit. Der Preis dafür war ein schmerzlicher Verlust an individueller Freiheit.



„Schwerter zu Pflugscharen“: Während des evangelischen Kirchentags in Wittenberg 1983 wurde auf dem Lutherhof ein Schwert in einen Pflug umgeschmiedet. Die öffentliche Verwendung dieses pazifistischen Slogans - einschließlich des damals in Ost und West beliebten, entsprechenden Aufnämers - war zu diesem Zeitpunkt in der DDR bereits mit Repressalien belegt. Foto: © Dirk Eisermann / laif

Auch ökonomisch waren die Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten gewaltig. Besonders schwierig war die wirtschaftliche Ausgangssituation in unserem Bundesland. Sachsen-Anhalt hatte aufgrund der riesigen Industriekombinate im Chemiedreieck Leuna, Halle und Bitterfeld sowie am Maschinenbaustandort Magdeburg unter allen neuen Ostländern die schwierigsten Startbedingungen. Die strukturellen Probleme waren groß, und die Wandlung von einer ineffektiven Planwirtschaft zu einer wettbewerbsfähigen Sozialen Marktwirtschaft vollzog sich unter sehr komplizierten Voraussetzungen. Wir haben im Osten Schrumpfung und Wachstum in vielen Regionen und den Niedergang und Aufstieg von gan-

zen Industriezweigen erlebt. Aber wir haben auch gelernt, mit diesem Wandel umzugehen und ihn erfolgreich zu gestalten: auch dank solidarischer Hilfe aus den alten Bundesländern und der Europäischen Union.

Ein Wort zu unseren europäischen Nachbarn ist deshalb an dieser Stelle angebracht. Für Helmut Kohl waren die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas zwei Seiten derselben Medaille. Wiedervereinigung und europäische Integration waren komplementäre Prozesse und nicht als Alternativen zu verstehen. Die deutsche Frage war nur im Einvernehmen mit den europäischen Nachbarn und nicht gegen sie dauerhaft zu lösen. Ein solches Zeitfenster eröffnete sich tatsächlich in den 1980er-Jahren.

Vorboten der Friedlichen Revolution waren unsere östlichen Nachbarstaaten. Ihre Bedeutung wird allerdings nicht immer angemessen gewürdigt. Die allererste Bresche in die Berliner Mauer schlugen Mitglieder der polnischen Gewerkschaftsbewegung *Solidarność*. Nirgends hat sich der Freiheitswille der im Ostblock unterdrückten Völker mächtiger artikuliert als in der polnischen Freiheitsbewegung *Solidarność*. Ihr Logo wurde nicht nur im kommunistischen Machtbereich zum Erkennungszeichen für den Freiheitswillen des polnischen Volkes.

Auch die Papstwahl 1978 und der triumphale Besuch von Johannes Paul II. in seinem Heimatland im Jahr darauf waren Ereignisse von größter psychologischer und politischer Bedeutung. Wirkmächtig war sein Bild von einem Europa mit zwei Lungenflügeln. Darüber hinaus waren die ungarischen Reformen ein Wegbereiter der Friedlichen Revolution. Und natürlich entfachten Michail Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär der KPdSU und seine Reformpolitik die Hoffnungen der Demokratiebewegungen in Mittel- und Osteuropa. Erst die äußere Freiheit ermöglichte den Völkern Ostmitteleuropas die innere (demokratische) Freiheit. Aber Freiheit birgt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken und Unsicherheiten. Sie offenbart die unvermeidlichen menschlichen Untiefen und Härten einer Wettbewerbsgesellschaft. Und sie kann den Einzelnen überfordern.

Für die Menschen in der alten Bundesrepublik ging das Leben nach 1989 seinen gewohnten Gang. Aber in Ostdeutschland änderten sich nach dem Mauerfall viele Dinge grundsätzlich und abrupt. Nichts schien mehr so zu sein, wie es noch kurze Zeit zuvor war. Selbstverständlichkeiten des Alltags galten plötzlich nicht mehr. Viele dieser Brüche wirken ökonomisch, politisch, mental und sozial bis heute nach, und sie sind ein Grund für die nach wie vor bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West.

Das sind keine abstrakten Feststellungen. Anfang der 1990er-Jahre war ich als Arbeitsamtsdirektor in Wittenberg unmittelbar mit der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik befasst. Zeitweise lag die faktische Arbeitslosigkeit bei fast fünfzig Prozent. Damals mussten große und ineffiziente Betriebe und Kraftwerke schließen. Von einem zum anderen Tag verloren Menschen ihren Arbeitsplatz, und wir mussten an manchen Tagen gleichzeitig mehreren Tausend Menschen ihren Antrag auf Arbeitslosengeld aushändigen. Die Resignation in ihren Gesichtern werde ich nicht vergessen.

Sorgen über die Fragmentierung des Parteiensystems

Über enttäuschte Hoffnungen und biographische Brüche haben wir viel zu wenig gesprochen. Taten wir es, dann fehlte es oft an Empathie. Viele Menschen empfanden das als mangelnden Respekt vor ihren Lebensleistungen.

Und noch immer ist die Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen äußerst unbefriedigend. Die Elite tickt westdeutsch. Spitzenpositionen sind mit Westdeutschen besetzt. Deren Netzwerke erweisen sich für Ostdeutsche nach wie vor als Karrierehemmnis. Darauf weise ich seit vielen Jahren dezidiert hin. Geändert hat sich daran jedoch bis heute fast nichts.

Sorgen bereiten mir auch die Fragmentierung und Polarisierung unseres Parteiensystems. Vor allem die AfD profitiert davon. Ursprünglich war sie, was heute gern übersehen wird, ein westdeutsches Projekt marktliberaler Eurokritiker. Von ihren Ursprüngen hat sich die Partei allerdings mittlerweile weit entfernt. Sie hat sich in den letzten Jahren immer stärker radikaliert. Ihre Stärke beruht jedoch zum allerwenigsten auf eigenen Konzepten, sondern auf Defiziten anderer Parteien. Deshalb müssen wir uns selbstkritisch fragen: Was haben

wir falsch gemacht, und was müssen wir künftig besser machen? Der Aufstieg der AfD ist nicht unaufhaltsam.

Die liberale Demokratie ist kein Selbstläufer. Für unsere Überzeugungen und Werte müssen wir stets aufs Neue entschlossen eintreten. Demokratie ist mehr als eine Regierungsform. Sie ist vor allem eine Lebensform und Ausdruck einer inneren Haltung. Und sie kann eine zivilisatorische Kraft entfalten. Das haben die Ereignisse vor gut 35 Jahren, als die Selbstdemokratisierung einer Gesellschaft eine Diktatur zum Einsturz brachte, eindrucksvoll gezeigt.

Die Europäische Union muss noch eigenständiger handeln

1990 wurde in der Präambel des Grundgesetzes der Wille Deutschlands festgeschrieben, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Thomas Manns Wort vom „europäischen Deutschland“ gewinnt nicht nur im historischen Kontext an Bedeutung. Es ist heute so aktuell wie vor 72 Jahren. Zwar war Europa schon in besserer Verfassung, aber Dysfunktionalität und Desintegration waren immer Teil der Geschichte europäischer Einigung. Der europäische Gedanke ist stark. Die Europäische Union muss jedoch endlich eigenständiger und entschlossener handeln. Sie muss ihre Rolle in der Welt angesichts immer akuter Krisen neu definieren und sich auf ihre Stärken besinnen. Die Union muss vor allem ihre Resilienz festigen. Das gilt mit Blick auf die Wirtschaft ebenso wie für ihre militärischen Fähigkeiten und Institutionen. Deutsche und europäische Stärke sind zwei Seiten derselben Medaille!

Auch nach 35 Jahren Einheit bleibt noch viel zu tun. Wie könnte es auch anders

sein? Befragt nach Fehlern und Versäumnissen, hat Kurt Biedenkopf einmal geantwortet: „Bei der nächsten Wiedervereinigung machen wir alles besser.“ Es gab keinen Masterplan für die deutsche Einheit. Der Aufbau Ost war kein schlichter Nachbau West. Oftmals musste kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden, deren mittel- und langfristige Auswirkungen kaum abschätzbar waren. Nicht alles war planbar.

Aber der Sprung von Marx zu Markt, von einer sozialistischen Planwirtschaft zu einer freiheitlichen Marktwirtschaft gelang – trotz Entindustrialisierung und eines enormen Modernisierungsdrucks in den Anfangsjahren. Wir haben beim Aufbau Ost beachtliche Erfolge erzielt. Nicht zuletzt aus dieser Tatsache können wir Kraft und Zuversicht für die Zukunft schöpfen. Ja, es gibt sie, die blühenden Landschaften. Wer heute die Situation in Ostdeutschland mit der des Jahres 1989/90 vergleicht, erkennt, wie viel sich nachhaltig und positiv verändert hat. In den kommenden Jahren wird es vor allem um eine Stärkung der Wirtschaftskraft und um die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze gehen. Die Energiewende muss gerecht und wettbewerbsfähig gestaltet, die Infrastruktur modernisiert und weiter ausgebaut und der ländliche Raum gestärkt werden.

Bei allen gegenwärtigen Herausforderungen und Problemen sollten wir aber nicht den Blick auf die großen und bleibenden Errungenschaften der Einheit verlieren. Endgültig beantwortet ist die deutsche Frage. Sie beeinflusste – oft mit fatalen Folgen – jahrhundertelang das europäische Mächtegleichgewicht. Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind für alle Menschen in Deutschland zur Realität geworden. Allein das macht den 3. Oktober 1990 zu einem ganz großen und stolzen Tag unserer Geschichte.

Goslar 1950

Michael Borchard
Geboren 1967 in München, promovierter Politikwissenschaftler, Leiter Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Zum ersten Bundesparteitag der CDU vor 75 Jahren

Als Vorspeise wurde ein „Nordisches Vorgericht“, danach eine Tasse Ochsenschwanzsuppe, eine Mastkalbskeule gereicht, und zum Nachtisch stand eine Mandel-Charlotte auf dem Menüplan des Presseempfangs im feudalen Hotel „Der Achtermann“ in Goslar.

Noch opulenter fiel das Speisenangebot für die ausländischen Gäste aus: nach dem Geflügelsalat die – heute zu Recht verfemte – Schildkrötensuppe, anschließend *Tournedos Rossini* (Rinderfilet mit Gänseleber, Trüffel und Madeirasauce) und zum Abschluss eine Käseplatte. Das klingt so, als ob es nicht nur eines schlagenden symbolischen Beweises des wachsenden Wohlstandes in Deutschland bedurfte, sondern spricht auch dafür, dass sich im gegenüber dem Hotel gelegenen Odeon-Theater vom 20. bis 22. Oktober 1950 ein Ereignis von nationaler und auch internationaler historischer Bedeutung abspielt: der erste Bundesparteitag der CDU.



Konrad Adenauer auf dem ersten CDU-Bundesparteitag in Goslar, 20.-22. Oktober 1950.
Foto: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Roe

Nicht weniger ausgeklügelt mutete die Wahl der Musik an. Zwar mag Goethes *Egmont* ein Trauerspiel sein, aber die Ouvertüre aus der Feder Ludwig van Beethovens erzählt seit jeher die Geschichte von Unterdrückung, Aufbegehren, dem Kampf für die Freiheit und dem Weg zum Sieg der Libertas. Einen weiteren musikalischen wie auch politischen Markstein setzte ebenfalls das Singen der dritten Strophe des „Deutschlandliedes“ – ein bemerkenswerter Akt, weil das Lied zu diesem Zeitpunkt noch nicht anerkannt war und sich Bundespräsident und Kanzler erst 1952 darauf verständigten, es zur Nationalhymne zu erwählen. Passend dazu zitierte der erste Satz der dritten Strophe des „Deutschlandliedes“ „Einigkeit und Recht und Freiheit“ in goldener Schrift den Vorhang hinter der Goslarer Bühne. Als „Hommage“ an den

europäischen Integrationsprozess, der erst im Mai mit dem Schuman-Plan Kontur gewonnen hatte, prangte noch darüber ein großes, grün-weißes „Europa-E“.

Warum Goslar?

Bemerkenswert war auch die Wahl Goslars als Tagungsort. Heidelberg war als unzerstörte, verkehrsgünstig gelegene Stadt zunächst im Rennen; Berlin schien aus politischen Gründen geradezu unvermeidbar zu sein. Man solle sich, so mahnte der stellvertretende Oberbürgermeister von Berlin, Ferdinand Friedensburg, „nicht in das Idyll von gestern begeben, sondern die harte, nüchterne Gegenwart aufsuchen“. Heidelberg und Berlin fielen durch. Bundeskanzler Konrad Adenauer fürchtete in

Sachen Berlin vor allem, dass die CDU nicht in der Lage gewesen wäre, dort geschlossen aufzutreten. Und wenn zwei im Clinch liegen, gibt es fast immer einen lachenden Dritten – in diesem Fall die alte Reichsstadt Goslar, die der ideale Kompromisskandidat war: Wie Heidelberg unzerstört, jedoch als Zonenrandstadt direkt an der „blutenden Wunde Deutschlands“, wie es in der Begrüßung des Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Niedersachsen, Adolf Cillien, hieß. Es mag auch das ausgesprochen gute Verhältnis des niedersächsischen Wirtschaftsministers Otto Fricke zu Konrad Adenauer gewesen sein, das bei der Wahl des Ortes „mitgeschwungen“ hatte.

Die intensiven Debatten im Vorfeld und die sorgfältige Form der Inszenierung widersprachen zumindest vordergründig der Intention Adenauers, den ersten „gesamtdeutschen CDU-Parteitag“ als reine „Arbeitstagung“ und nicht als „politische Demonstration“ zu gestalten. Diese Sorgfalt hatte einen Grund, der in den Betrachtungen zu Goslar seltener zutage tritt: Die Gründung der Bundespartei war keinesfalls nur ein Automatismus, der sich beinahe logisch aus dem Wahlsieg der Union 1949 und der Regierungsbildung ergab. Zwar stand spätestens seit dem Herbst 1948, in dem ein ausgearbeitetes Parteistatut vorgelegt wurde, die Idee einer Bundespartei im Raum, aber letztlich hatte bis in das Frühjahr 1950 der feste Wille dazu gefehlt, auch deshalb, weil es alles andere als ein Spaziergang war, die selbstständigen Landesparteien und ihre selbstbewussten Landesvorsitzenden zusammenzuführen und zugleich die Frage zu klären, ob auch die widerborstige CSU aus Bayern noch in irgendeiner Form integriert werden könne. Und auch der dann 1950 klar und endgültig vollzogene Bruch mit der Ost-CDU und ihrem Vorsitzenden Otto Nuschke brachte Herausforderungen für die Repräsentanz des Ostens in Goslar mit sich.

Tatsächlich ist die Einsicht Adenauers in die immer drängender werdende zeitnahe Notwendigkeit der Konstituierung der Bundespartei, die bei ihm anfangs eher wenig ausgeprägt war, auch ein Krisensymptom dieser Anfangsphase. Adenauer selbst beklagte im Februar 1950, die Bundesregierung sei „noch nicht richtig organisiert und schlagkräftig“, und tatsächlich waren die Herausforderungen dieses Jahres erheblich: Die wirtschaftliche Erholung nach dem Krieg erfuhr Anfang 1950 einen deutlichen Dämpfer. Das Kapital für Investitionen in den „Aufschwung“ war knapp; vor allem mussten Nahrungsmittel importiert werden, weil die Bevölkerungszahlen durch den Zustrom der Vertriebenen angestiegen waren. Beides setzte die marktwirtschaftliche Ausrichtung der CDU unter Dauerfeuer der SPD-Opposition.

Kampf gegen den „Bolschewismus“

Noch dramatischer waren die außenpolitischen Baustellen: Die Saarfrage stellte Adenauers Herzensprojekt der deutsch-französischen Annäherung infrage. Noch gravierender: Mit dem Überfall der nordkoreanischen Truppen auf Südkorea am 25. Juni 1950 drohte aus dem Kalten Krieg eine „heiße“ Auseinandersetzung zu werden, was – gemeinsam mit den Nachrichten über eine entstehende „Ostzonenpolizeiarmee“ – die Frage nach einem westdeutschen Wehrbeitrag virulent machte und damit eine Debatte mit erheblichem innenpolitischen Sprengpotenzial oben auf die Agenda setzte.

Das schwang deutlich im Eröffnungsreferat Adenauers vor den 385 Delegierten und 600 Gästen, nicht zuletzt auch christliche Demokraten aus den Nachbarländern, mit dem programmatischen Titel „Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“ mit: Es sei der einzige Weg, den Frieden zu sichern, den Westen stark zu machen, und es werde keinen Krieg

geben, „wenn Sowjet-Rußland eine Macht gegenübergestellt wird, die ihm gewachsen ist“. Das christliche Gedankengut der CDU sei eine große Hilfe beim Kampf gegen den „Bolschewismus“. Es werde sich entscheiden, so Adenauer in zeittypischer Pathetik, „ob Freiheit, Menschenwürde, christlich-abendländisches Denken der Menschheit erhalten bleibt oder ob der Geist der Finsternis und der Sklaverei, ob der anti-christliche Geist für eine lange Zeit seine Geißel über die hilflos am Boden liegende Menschheit schwingen wird“.

Gerade die religiös aufgeladene Sprache erfüllte ihren eigenen Zweck, denn die Rede Adenauers gerät auch zu einer Abrechnung mit einem einflussreichen Gegner seiner Politik, dem KZ-Überlebenden und evangelischen Theologen Martin Niemöller, der schon die Gründung der Bundesrepublik in beinahe kultukämpferischem Duktus kritisiert hatte („In Rom gezeugt und in Washington geboren“) und sich nun vehement gegen jeden deutschen Verteidigungsbeitrag auch im Rahmen einer europäischen Armee wandte. Gustav Heinemann, gerade einmal elf Tage zuvor als erster deutscher Bundesminister aus eben diesem Grund als Innenminister zurückgetreten und noch bis 1952 CDU-Mitglied, fand bei Adenauer keine Erwähnung. Das hätte der vielleicht wichtigsten Botschaft widersprochen, die von Anfang an den Parteitag prägen und als kraftvolle Botschaft im Gedächtnis bleiben sollte: eine geschlossene, schlagkräftige Partei!

Volkspartei und überkonfessionell christlich

In diesem Sinne war es geradezu instrumentell, zwei wichtige Kernmerkmale, die die lokalen Gründungen der CDU so deutlich geprägt hatten und die den revolutionär neuen Charakter der Partei ausgemacht haben, in die nationale Konstituierung zu überführen: *Erstens* den über-

konfessionellen Charakter der Partei, auf den Adenauer in Goslar selbst großen Wert gelegt hatte und der im Bundesvorstand mit fünfzehn Katholiken und zehn Protestanten seinen Niederschlag gefunden hatte. Dass sich die evangelischen Delegierten klar zur Politik des Kanzlers und zur Idee der Union bekannt hätten, das sei, so der *Rheinische Merkur* seinerzeit, „die augenfälligste und bedeutsamste Ernte der Goslarer Tage“ gewesen. *Zweitens*: Der Charakter der Volkspartei, die alle Bevölkerungsgruppen, Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Stadt und Land ansprechen sollte.

Bei diesem Unterfangen lag der Teufel im Detail: Im ersten Parteivorstand der Bundespartei war – leider zeittypisch – nur eine Frau vertreten, und dieser Makel wurde dadurch verschlimmert, dass die geachtete KZ-Überlebende und Hamburger Bundestagsabgeordnete Margarete Gröwel in den Pressemitteilungen der CDU nachlässig und fälschlicherweise als „Maria Grövel“ aufgeführt wurde. Dabei hatte sich ausgerechnet Adenauer sehr deutlich für Margarete Gröwel ausgesprochen und den Wunsch geäußert, dass die 51-Jährige im engen Vorstand als „junge frische Kraft“ an seiner Seite mitarbeiten solle. Immerhin – zumindest für die 1950er-Jahre – haben zwei weitere Frauen, Mathilde Gantenberg und Luise Rehling, eigene Referate zum Parteitagsprogramm beigesteuert.

Für die junge Generation trat Josef Hermann Dufhues, Mitbegründer und Vorsitzender der Jungen Union, als Redner in Erscheinung. Er sorgte sich um die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend und stellte eine bemerkenswerte Forderung auf, nämlich die Errichtung einer Konrad-Adenauer-Bildungsstätte der Union – ein Schelm, wer dabei nicht gleich an die Politischen Stiftungen denkt.

Was den Ausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen angeht, so stellte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1950

fest, dass Adenauer auf diesem Feld ebenfalls nichts dem Zufall überlassen habe. Es müssten wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen getroffen werden, die einiges an Festigkeit verlangen würden, und hier könne man aus der Auswahl der Redner einiges schließen. „Über die soziale Frage, die notgedrungen auch die Mitbestimmung umfasst, spricht nicht Arnold, der kluge und zähe Widersacher Adenauers vom linken Flügel der Partei, sondern Gockeln, dessen Haltung mehr vermittelnd ist.“ Dass am Ende nur Jakob Kaiser im Vorstand die Arbeitnehmer vertrat, war ein Defizit.

Für die Belange der Heimatvertriebenen

Zum Volksparteicharakter gehörte gerade in den 1950er-Jahren auch der Umgang mit den Vertriebenen, der einen breiten Raum in Goslar einnahm. Das wurde schon am Fahnenschmuck in der Harzstadt offenbar: An der Straße vom Bahnhof in Goslar bis zum Hotel „Der Achtermann“ prangten nicht nur die Fahnen der Länder im Westen und der Länder in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), sondern auch die Fahnen der Provinzen jenseits von Oder und Neiße, die freilich nicht so einfach zu besorgen waren. Für ihre Belange sprach der „Anwalt der Vertriebenen“, Linus Kather, in Goslar in einem eigenen Referat. Dabei ist durchaus pikant, dass gerade Kather, der Adenauer später vorwarf, die Heimatvertriebenen nur als „Stimmvieh“ zu missbrauchen, in Goslar betonte, dass es ein Fehler sei, die Vertriebenen sich selbst zu überlassen. Davon profitiere nur der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, just jene Partei, der er dann vier Jahre später selbst beitreten sollte, weil er in der CDU seine Ambitionen auf eine steilere Karriere nicht erfüllt sah. Damit stand er fast stellvertretend für die Angst, die die CDU in Goslar erfüllte und die sie lange nicht mehr loslassen sollte – nämlich

die Furcht, die Vertriebenen würden radikaleren Parteien zuneigen, wenn sie ihre Erwartungen nicht eingelöst sähen.

Zu einer politischen (und öffentlichen) Kundgebung geriet der letzte Teil des Parteitages unter dem Motto „Deutschland und der deutsche Osten“. Er wurde auch zur berechtigten Bühne für Adenauers parteiinternen „Gegenspieler“ und frisch gewählten Stellvertreter Jakob Kaiser; beide waren in der Frage der Wiedervereinigung demonstrativ um Einigkeit bemüht. Hatte Adenauer noch am Vortag betont, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands sei „unser großes Ziel, das wir niemals aus dem Auge lassen und das wir [...] auch erreichen werden“, so machte sich fast wortgleich Jakob Kaiser für die „Heimführung der achtzehn Millionen“ Deutschen stark. Die Sowjetunion müsse erkennen, „dass sie bei dem Versuch, Deutschland zu bolschewisieren, auf Granit beißt“. Von geradezu prophetischer Kraft zeigt sich dabei ein Satz des Berliner Abgeordneten Ferdinand Friedensburg, der in Richtung Osten die Verpflichtung betonte, „unsere Wirtschaft so stark zu machen, daß wir am Tage der Befreiung unseren armen Brüdern und Schwestern die volle Wohltat des hier Geleisteten zuteilwerden lassen können“.

Die „Kanzlerpartei“

Dass weder Konrad Adenauer in seinen *Erinnerungen* noch sein Biograph Hans-Peter Schwarz den Goslarer Parteitag erwähnten, tut seiner Bedeutung nicht nur als Wendepunkt in der Geschichte der CDU, sondern auch für den Adenauer-Mythos keinen Abbruch: Letztlich ist das böse Wort des „Kanzlerwahlvereins“ oder, netter formuliert, der „Kanzlerpartei“, eine Auswirkung von Goslar. Nicht nur, weil damit eine selten unterbrochene Tradition begonnen wurde, dass nämlich der CDU-Kanzler oder die CDU-Kanzlerin auch Bundesvorsitzende oder

Bundesvorsitzender der CDU sein würde: Wenn es jemals in der CDU so etwas wie einen Krönungsparteitag gab, dann war es dieser erste Bundesparteitag. Zwar hatte an Adenauer bereits zuvor kein Weg mehr vorbeigeführt, jedoch trug der ganze Parteitag zu einer weiteren deutlichen Stärkung seiner Position im Machtgefüge der CDU bei.

Dass es dieser Stärkung bedurfte, zeigte exemplarisch die verunglückte Wahl seines späteren Amtsnachfolgers Kurt Georg Kiesinger zum geschäftsführenden Parteivorsitzenden, der sich – auch das für die CDU der damaligen Zeit durchaus bemerkenswert – für seine Mitgliedschaft in der NSDAP rechtfertigen musste. Die Popularität des Kanzlers wurde dabei nicht beschädigt. Die *Neue Zeitung* formulierte etwas ungelenk: Jedes Erscheinen des Bundeskanzlers sei mit einem „die Grenzen konventioneller Höflichkeit weit überschreiten-

den Beifall“ bedacht worden, und er habe mit seiner Wahl „ein imponierendes und undiskutierbares Vertrauensvotum“ erhalten.

Einmal mehr sei deutlich geworden, dass die CDU „die Partei Adenauers ist“. Eine Partei, die nunmehr nach ihrer „verspäteten Konsolidierung“, wie es Günter Buchstab formuliert hat, nicht nur zur Geschlossenheit nach innen fand, sondern auch ihre Grenzen nach außen, in der Abgrenzung von Radikalen auf der rechten Seite und der SPD auf der linken Seite, abgesteckt hat. Es sind diese Stichworte – Geschlossenheit und die Abgrenzung gegen Radicalismus –, die den „zweiten Akt“ der Parteigründung bis in die Gegenwart hochaktuell machen. Allein schon deshalb hätte das gelegentliche parteigeschichtliche „Stiefkind“ Goslar mehr Aufmerksamkeit verdient, und es ist gut, dass die (Bundes-)CDU dieses Ereignisses im Jubiläumsjahr 2025 besonders gedenken will.

Unruhiges Mare Baltikum

Die Ostseeregion als geopolitische Konfliktzone

Bastian Matteo Scianna
Geboren 1987 in Worms,
Privatdozent und
Wissenschaftlicher Mit-
arbeiter, Lehrstuhl
Geschichte des 19./20.
Jahrhunderts und Lehr-
stuhl Militärgeschichte/
Kulturgeschichte der
Gewalt, Universität
Potsdam.

Oliver Moody: Konflikt-
zone Ostsee. Die Zukunft
Europas, aus dem Eng-
lischen von Jörn Pinnow,
Enrico Heinemann und
Tobias Gabel, Klett-
Cotta-Verlag, Stuttgart
2025, 528 Seiten,
28,00 Euro.

Ein wichtiges Buch in Zeiten geopolitischer Spannungen: Der Journalist Oliver Moody beschreibt den Ostseeraum als ein Gebiet, das in Deutschland immer noch stiefmütterlich behandelt wird. Für die unzureichende Befassung mit der Ostsee-

region steht sinnbildlich, dass dieses Buch, das nun auch in deutscher Übersetzung vorliegt, aus der Feder eines britischen Autors stammt. Es ist in zwei große Abschnitte unterteilt: Im ersten geht Moody auf die Anrainerstaaten der Ostsee (außer Russland und Schweden) ein, um sich im zweiten Abschnitt den aktuellen Herausforderungen (durch Russland) und einem möglichen Krieg (gegen Russland) zu widmen.

Die Esten beschreibt Moody als eine „Nation in Eile“ (S. 71), die nach 1991 gleich mehrere Entwicklungen – und dies in steter Angst – übersprungen habe. Ein schlanker Staat, marktwirtschaftliche Reformen, Modernisierung und Innovation bildeten den Kern dieser Entwicklungen, die mit einem „Drang nach Westen“ verbunden waren. Hierbei

hätten estnische Entscheidungsträger immer wieder auch mit schrillen Tönen auf das Sicherheitsbedürfnis ihres Landes aufmerksam gemacht. Insgesamt sei Estland „alles andere als ein bescheiden auftretender Bittsteller“ (S. 46) gewesen.

Neues Machtzentrum Ostmitteleuropas

Im Kapitel über Lettland geht Moody insbesondere auf die Nationalitätenfrage ein. Weder seien die rund 25 Prozent ethnischen Russen – rechnete man die Einwohner mit belarussischer und ukrainischer Abstammung hinzu, wären knapp 35 Prozent der Bürger russischsprachig – eine umsturzbereite fünfte Kolonne Moskaus, noch drohe ihre Unterdrückung durch „faschistische“ Letten, wie die Kreml-Propaganda oftmals verlautbart. Doch sei die Nationalitätenfrage in Lettland stets das größte Problem des Landes gewesen, da man die engsten Verbindungen zu Russland besessen habe und zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 nahezu die Hälfte der Bevölkerung keine ethnischen Letten waren (S. 117).

Der neue Nationalstaat ging einen Sonderweg: Ausschließlich vor 1939 in Lettland ansässige Einwohner erhielten die lettische Staatsbürgerschaft, womit rund 730.000 Menschen plötzlich „Nicht-Staatsbürger“ waren, die nicht wählen und nicht in den Staatsdienst eintreten durften (S. 130). Die strikten Regelungen wurden zwar sukzessive, auch im Zuge des Beitritts zur Europäischen Union und zur NATO, gelockert, doch seien sie, wie Moody ausführt, bereits in den 1990er-Jahren seitens des Kreml immer als grobe Menschenrechtsverletzung dargestellt worden. Wenngleich die ethnischen Russen keinen Aufstand planten, so Moody, nehme die mediale Einflussnahme und Desinformation durch Russland stetig zu, und die Unzufriedenheit der russischsprachi-

gen Bevölkerung wachse: Im Oktober 2022 gaben 55 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe an, sie „hegten Groll gegen den lettischen Staat“ (S. 139). Generell sei das soziale Vertrauen – in die Mitmenschen, in den Staat, ja fast in jede Institution – sehr gering ausgeprägt, was Moody als Resultat der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und der großen Einkommensunterschiede innerhalb der Bevölkerung erachtet (S. 146f.).

Polen beschreibt Moody als das neue Machtzentrum Ostmitteleuropas. Die Bevölkerung besitze eine bessere Schulbildung als die deutsche, die Kaufkraft steige, das Militär sei bestens ausgestattet, und die Wirtschaft floriere. Ein Lobgesang, wie der Autor selbst konstatiert, der schon mehrmals auf Polen angestimmt wurde, das sich trotz seiner „Megafon-Diplomatie“ (S. 184) teils innenpolitisch selbst lähmte und die hohen Zukunftserwartungen nicht einlösen konnte. Zudem sei das Land noch immer von einer „posttraumatischen Souveränität“ (so der Titel einer Publikation des polnischen Autors Jarosław Kuisz) geprägt und suche nach einer oftmals beinahe sendungsartig überhöhten Mission.

Deutschland und der Ostseeraum

Der Bundesrepublik attestiert der Autor in der Zeitenwende eine „Identitätskrise“ – ein vermutlich ebenso oft wiederkehrender Topos wie jener der polnischen Sternstunde. Ob die 2022 ausgerufene Zeitenwende gelinge, sei für die Ostseeregion von höchster Bedeutung. Die russische Vollinvasion der Ukraine habe den Ostseeraum, so Moody, „ins Zentrum der deutschen Aufmerksamkeit gerückt“ (S. 211). Eine vermutlich etwas optimistische Aussage, die der Autor selbst relativiert, indem er sich äußerst skeptisch hinsichtlich einer deutschen Führungsrolle in der Region und des Erfolgs der

Zeitenwende zeigt. Denn, so konstatiert Moody, die Zeitenwende war in kürzester Zeit umstritten und kostspielig; das habe allgemeine Zukunftsängste der Deutschen genährt. Im Baltikum werde die wirkliche Tragweite und Umsetzung dieses Reformprozesses kritisch beäugt. Gegenüber der Volksrepublik China fahre Deutschland zum Beispiel den gleichen Kurs wie zuvor.

Den Umgang mit China behandelt Moody auch im Kapitel über Litauen. Das kleine baltische Land habe sich erfolgreich gegen Erpressungsversuche aus Peking gewehrt und die westlichen Verbündeten zu einer geschlossenen Haltung animiert. Daran zeige sich laut Moody, wie Kleinstaaten der Region nicht nur im Umgang mit Russland, sondern auch gegenüber anderen autokratischen Herausforderungen souverän agieren und über ihrer eigenen Gewichtsklasse boxen können. Auf diese Weise hätten die baltischen Staaten einen „moralischen Führungsanspruch“ errungen (S. 257).

Auch die skandinavischen Staaten nimmt Moody in den Fokus. Es leuchtet ein, dass er Norwegen kein eigenes Kapitel widmet, da es hauptsächlich an den Atlantik und die Nordsee grenzt und daher für die Ostseeregion eine eher zweitrangige Rolle spielt. Aber warum bleibt Schweden außen vor? Gerade die Ähnlichkeiten (und Unterschiede) zu Finnland hätten den Blick bereichert. Denn hier zeigt Moody, dass die Finnen strategische Ruhe besitzen, ohne frei von pessimistischem Denken zu sein, aber nüchtern und realistisch vorausschauend planen. Im 20. Jahrhundert habe Finnland zwischen den Großmächten einer „realpolitischen Überlebensstrategie“ folgen müssen und sei auch weiterhin in der Lage, dynamische Richtungswechsel zu vollziehen, wie etwa den zuvor keineswegs populären NATO-Beitritt 2023 – den auch Schweden realisierte, womit nun fast die gesamte Ostseeküstenlinie zu den Mitgliedstaaten dieser Allianz gehören.

Die Bedrohung durch Russland habe jeder Finne aus historischer Erfahrung und aktueller Lage stets vor Augen. Daher laute das finnische Motto: „Selbst der stärkste Bär wird kein Stachelschwein fressen“ (S. 95), und es bestehe eine gesamtgesellschaftliche Bereitschaft und Fähigkeit zur militärischen „Gesamtverteidigung“.

Im Dänemark-Kapitel beschreibt Moody vor allem die Herausforderungen der verschmutzten Ostsee und andere Aspekte der *soft security*, etwa Energie- und Infrastruktursicherheit. Aber auch hier kommt die Bedrohung durch Russland zur Sprache: Die marode „Schattenflotte“ – schlecht gewartete Tanker, die über die Ostsee russisches Öl ins Ausland transportieren – und eine oftmals rücksichtslose Müllentsorgung werden als Umweltgefahr *made in Russia* skizziert. Die russischen Sabotageaktionen gegen die (Energie-)Infrastruktur in der Ostsee finden ebenso Erwähnung wie das Nord-Stream-Debakel. Wie Dänemark selbst nach 1991 als Akteur im Ostseeraum auftrat und welche Rolle es im Verbund mit den skandinavischen Staaten spielt, erfährt der Leser allerdings nicht.

Historischer Überblick und Gegenwartsanalyse

Konfliktzone Ostsee ist weder eine droge Aneinanderreihung kleiner Länderporträts noch eine anekdotische Plauderei. Moody stellt viele Querverbindungen her. Dies führt teilweise zu Überlappungen, die für fachfremde Leser jedoch hilfreich sein können. Der Autor skizziert basierend auf Fachliteratur historische Linien und analysiert umfassend die politische und wirtschaftliche Gegenwart, für deren Verständnis er zahlreiche Interviews mit Entscheidungsträgern und Experten geführt hat. Dabei beweist Moody, der seit 2018 Berlin-Korrespondent von *The Times* und *Sunday Times* ist, sein journalistisches Gespür für gute Geschichten, die immer

wieder in den Erzählfluss eingeflochten werden. Man könnte sicher gut auf die Anekdote zur Illustrierung des unangepassten Verhaltens in Finnland verzichten, wonach der *Nokia*-Chef intensive Tarifstreitigkeiten lösen wollte, indem er „den Gewerkschaftsboss zu einem Nacktwettrennen im Schnee rund um seine Villa herausforderte“ (S. 79). Aber mit ihr liest es sich besser. Den Leser begleitet über den rund fünfhundertseitigen Text daher neben scharfsinnigen Betrachtungen immer auch eine Prise Humor.

Im zweiten Teil verdeutlicht Moody allerdings, dass die Gesamtsituation wenig Anlass zum Lachen bietet. Zwar beschreibt er die positiven Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen, doch ebenfalls die immer wiederkehrenden Herausforderungen und das oftmals aufkeimende Misstrauen. Dieser Abschnitt ist stellenweise repetitiv zu vorherigen Aspekten aus dem Polen- beziehungsweise Deutschland-

Kapitel, doch er ergibt Sinn, wenn man sich das ursprüngliche Zielpublikum Moodys, die englischsprachige Welt, vor Augen führt.

Abschließend geht der Autor der großen Frage nach, welche Ziele Putin schlussendlich verfolgt und welche Mittel er für ihre Realisierung einzusetzen bereit ist. Moody skizziert, wie der Kreml bereits heute im Informations- und Cyberraum tätig ist und legt zur Frage eines Konflikts mit der NATO verschiedene Expertenmeinungen vor (S. 361-371). Er überlässt dem geneigten Leser somit ausreichend Spielraum für eigene Urteile. Das Buch endet mit einem Appell zu westlicher Geschlossenheit, einer Politik der Abschreckung und erhöhter Kriegstüchtigkeit in Anbetracht der russischen Bedrohung. Auch hierbei zeigt sich, dass Moody kein reißerisches Werk vorgelegt hat, sondern ein fundiertes, gut lesbares und im besten Sinne ruhiges Buch – über die äußerst unruhige Ostseeregion.

„Living Instrument“ 75 Jahre Europäische Konvention zum Schutz der Menschen- rechte und Grund- freiheiten

Stefan von Raumer
Geboren 1965 in München, Präsident des Deutschen Anwaltvereins (DAV), Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des DAV, Vorsitzender der Deutschen Delegation des Rates der Anwaltschaften der Europäischen Gemeinschaft („Commission de Conseil des Barreaux européens“, CCBE).

Angesichts der Gräuel des Zweiten Weltkriegs wurde mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Einrichtung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) das bis heute weltweit vermutlich effektivste Menschenrechtssystem geschaffen. Vom 7. bis 10. Mai 1948 trafen

sich etwa 700 hochrangige Politiker, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle aus 28 europäischen Ländern auf dem Haager Kongress, um den Grundstein für eine neue Ordnung einschließlich einer verbindlichen Menschenrechtsordnung in Europa zu legen. Dafür sollte die zeitgleich erarbeitete Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) wurde 1959 in Straßburg von den Mitgliedstaaten des Europarates eingerichtet. Seit 1998 ist der EGMR ein ständig tagender Gerichtshof.

Foto: © picture-alliance / John Edward Linden/Arcaid | John Edward Linden

Nationen in ein europäisches Schutzsystem transformiert werden, ausgestattet mit einer hohen Verbindlichkeit und einem effizienten Kontrollmechanismus. Am 9. September 1949 nahm die Parlamentarische Versammlung des Europarates den ersten Entwurf der EMRK an. Diese wurde am 4. November 1950 in Rom unterzeichnet und trat nach Ratifizierung von zehn Staaten, darunter auch Deutschland, in Kraft.

Seither wurde die EMRK in mehrfacher Hinsicht fortentwickelt. Normativ geschah dies durch Fakultativprotokolle, die nur für Vertragsstaaten gelten, die das entsprechende Zusatzprotokoll ratifiziert haben, sowie durch Änderungsprotokolle, die den Text der EMRK selbst ändern und der Ratifizierung durch alle Vertragsstaaten bedürfen. Eine bedeutende und ständige Weiterentwicklung erfuhr und erfährt die EMRK aber auch durch die Rechtsprechung des EGMR, der diese als *living*

instrument versteht, das sich den stets verändernden sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Herausforderungen anpasst. Aber nicht nur die materiellen Vorgaben der EMRK haben sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert, sondern auch das Kontrollsyste zu deren Einhaltung. Das ursprünglich sehr komplizierte und schwerfällige Beschwerdesystem wurde durch das am 1. November 1998 in Kraft getretene 11. Protokoll zur EMRK grundlegend reformiert und verändert, um die steigende Zahl von Individualbeschwerden bewältigen zu können. Artikel 34 EMRK regelt heute ausdrücklich das Individualbeschwerderecht, aber auch die Verpflichtung, dessen wirksame Ausübung nicht zu behindern. Heute kann damit jeder Mensch, egal welcher Nationalität, unmittelbar durch Individualbeschwerde beim EGMR eine Verletzung seiner Konventionsrechte im Hoheitsgebiet der Vertragsstaaten der

EMRK geltend machen. Der Gerichtshof übernimmt damit letztlich die Funktion eines europäischen Verfassungsgerichts, das einheitliche Rechtsgrundsätze beim Schutz der Menschenrechte in ganz Europa gewährleistet.

Reformbedürftiges Überwachungssystem

Wenn auch kein echter Vollstreckungsmechanismus der Urteile des EGMR existiert, regelt Artikel 46 EMRK doch die Verbindlichkeit der Urteile des EGMR *inter partes*, zwischen den Parteien. Hinzu kommt die allgemeine Verbindlichkeit der EMRK in ihrer Auslegung durch den EGMR gemäß Artikel 1 EMRK. Zur Überwachung der Durchführung der EGMR-Urteile existiert ein – wenn auch heute stark reformbedürftiges, zur Durchsetzung der vielen Urteile zu trüges – Überwachungssystem beim Ministerkomitee. Dieses kommt in bisher nur vier jährlichen Sitzungen seiner Aufgabe als Wächter der Durchsetzung der Urteile des EGMR in Fällen nach, in denen es an einer Durchsetzung fehlt, oder in solchen, in denen diese unzureichend erscheint.

Obwohl immer wieder Staaten die Urteile des EGMR nicht oder nicht vollständig befolgten, wie etwa Russland, das heute infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen die Ukraine nicht mehr Vertragsstaat des Europarates ist, so machte gerade diese Verbindlichkeit der Entscheidungen des EGMR, die überwiegend von den Vertragsstaaten respektiert wurde und wird, die Individualbeschwerde beim EGMR bis heute zum Erfolgsmodell. 2022 wurden 45.528, 2023 34.674 und 2024 28.784 Beschwerden einem der Spruchkörper des EGMR vorgelegt. 2024 verkündete der EGMR in 1.102 Fällen Urteile, in denen er zumindest eine Verletzung der EMRK oder ihrer Protokolle feststellte. Darunter waren 302 gegen Russland (gegen das auch noch nach des-

sen Ausscheiden aus dem Europarat Urteile zu Verletzungen gefällt werden, die bis zum Außerkrafttreten der EMRK in Russland sechs Monate nach dessen Ausschluss aus dem Europarat am 16. März 2022 erfolgten, also auch noch solche in den ersten sechs Kriegsmonaten), 153 gegen die Ukraine, 73 gegen die Türkei, 51 gegen Italien und 49 gegen Rumänien.

Diese Zahlen ließen den EGMR allerdings auch zum Opfer seines eigenen Erfolges werden und führten zu dessen starker Belastung. Dieser begegnen der Europarat und der EGMR mit einer ständigen Reform des Schutzsystems der EMRK, die auch den immer wieder laut werdenden Ruf der Staaten nach Unabhängigkeit bei der Gestaltung ihres nationalen Rechts und einem weiten Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung der EMRK berücksichtigt. So hat etwa das am 1. Juni 2010 in Kraft getretene 14. Protokoll zu weiteren erheblichen Änderungen des Rechtsschutzsystems geführt. Damit ist eine Entlastung des EGMR durch die erstmals mögliche Entscheidung offensichtlich unbegründeter und offensichtlich unzulässiger Beschwerden durch Einzelrichterinnen und Einzelrichter realisiert worden. Das 14. Proto-

koll hat es dem EGMR zudem ermöglicht, Individualbeschwerden nun auch dann für unzulässig zu erklären, wenn kein erheblicher Nachteil entstanden ist, soweit die Achtung der Menschenrechte nicht eine Prüfung des EGMR erfordert und die Sache von einem staatlichen Gericht gebührend geprüft worden ist. Das am 1. August 2021 in Kraft getretene 15. Protokoll hat mit Wirkung für alle letzten innerstaatlichen Entscheidungen, die nach dem 1. Februar 2022 ergangen sind, die bislang sechsmonatige Frist nach Beendigung des jeweiligen nationalen Rechtswegs zur Anrufung des EGMR auf vier Monate verkürzt. Auch wurden damit das Subsidiaritätsprinzip und der Beurteilungsspielraum der Vertragsstaaten in der Präambel zur EMRK verankert.

Dieses damit gestärkte Subsidiaritätsprinzip gewährleistet die Vorrangigkeit des nationalen Rechtsschutzes. Es verlangt formal, dass alle nach dem nationalen Recht zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe, in Deutschland einschließlich der Verfassungsbeschwerde, erschöpft sind, bevor der EGMR angerufen wird. Es verlangt in seiner materiellen Ausprägung jedoch auch, dass in diesem Rechtsweg zumindest der Sache nach bereits diejenigen Argumente vorgetragen wurden, die mit der Individualbeschwerde beim EGMR im Lichte von dessen Rechtsprechung zur EMRK vorgetragen werden. In Deutschland akzeptiert der EGMR dabei bisher mit Blick auf die weitgehende Übereinstimmung der Vorgaben aus der EMRK und aus dem Grundgesetz (GG) eine rein verfassungsrechtliche Argumentation mit den jeweils einschlägigen „Parallelnormen“ des GG.

Was den materiellen Schutzmfang der EMRK angeht, ist der immer noch nicht allgemein bekannte Umstand hervorzuheben, dass die EMRK und ihre Zusatzprotokolle praktisch den gleichen Grundrechtskatalog ihr Eigen nennen wie das deutsche Grundgesetz. Eine Ausnahme gilt lediglich für Artikel 12 GG (den Berufsschutz), den es jedenfalls in einer ausdrücklich normierten Form in der EMRK nicht gibt, wenn ihn auch die Rechtsprechung des EGMR heute zumindest partiell aus Artikel 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) ableitet. Da die EMRK unmittelbar in Deutschland im Rang eines einfachen Bundesgesetzes gilt, aber auch das Bundesverfassungsgericht bindet, ist sie mit dem Gebot der völkerrechtsfreundlichen Auslegung des deutschen Rechts damit sowohl für alle Gerichte in allen Instanzen einschließlich des Bundesverfassungsgerichts in beinahe jedem Rechtsgebiet verbindliches Auslegungsinstrument zur Interpretation des deutschen Rechts als auch

sind nach erfolgloser Rechtswegerschöpfung Beschwerden zum EGMR in beinahe allen

Rechtsgebieten zu allen Fragen möglich, mit denen sich der Katalog des Grundgesetzes ebenfalls befasst.

So enthält die EMRK neben den klassischen Freiheitsrechten wie etwa der Meinungsäußerungsfreiheit in Artikel 10 EMRK auch umfangreiche materielle Garantien etwa zum Familienrecht gemäß Artikel 8 EMRK, mit dem Eigentumsschutz in Artikel 1 des Ersten Zusatzprotokolls aber auch etwa zum Wirtschaftsrecht sowie alle wesentlichen Verfahrensgarantien unter anderem in Artikel 6 EMRK (fairen Verfahren). Dank dieses weiten Geltungsbereiches der EMRK hat sich – trotz der im europäischen Vergleich relativ niedrigen Verurteilungsquote der Bundesrepublik Deutschland beim EGMR – heute eine gefestigte Rechtsprechung des EGMR entwickelt, die auch dem deutschen Rechtsanwender bereits im deutschen Verfahren immer wieder hilfreiche Argumente an die Hand gibt. Das gilt sowohl für eine Vielzahl von grundlegenden Judikaten, die zu anderen Vertragsstaaten ergangen sind und die gleichwohl gemäß Artikel 1 EMRK auch für deutsche Gerichte verbindlich sind, als auch für Urteile des EGMR unmittelbar zum deutschen Recht, das zu vielen bedeutenden Rechtsfragen zwischenzeitlich durch Rechtsprechung des EGMR geprägt ist.

Verfahren gegen den deutschen Staat

So beeinflussten das deutsche Recht nachhaltig etwa die in der deutschen Rechtsprechung, oftmals aber auch in deutsches Gesetzesrecht umgesetzten Urteile des EGMR in Sachen M. gegen Deutschland zum Recht der Sicherungsverwahrung, in Sachen Öztürk gegen Deutschland zur Geltung strafrechtlicher Verfahrensgarantien im deutschen Ordnungswidrigkeitenrecht, in Sachen Lietzow gegen Deutschland unter anderem zum Akteneinsichtsrecht Inhaftierter,

in Sachen Böhmer gegen Deutschland zur Unschuldsvermutung in Fällen des Widerrufs der Strafaussetzung zur Bewährung ohne rechtskräftiges Urteil, in Sachen Hümmer gegen Deutschland zur Gewährung des Konfrontationsrechts im Strafverfahren, in Sachen Akbay und andere gegen Deutschland zur Tatprovokation durch einen *Agent Provocateur*, in Sachen Madaus gegen Deutschland zur Gewährung mindestens einer mündlichen Verhandlung in einem Verfahren mit zwei Instanzen, soweit keine gewichtigen Gründe entgegenstehen, in Sachen von Hannover gegen Deutschland zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht auch Prominenter, in Sachen Rumpf gegen Deutschland zum Gebot gerichtlichen Rechtsschutzes gegen überlange Gerichtsverfahren, in Sachen Heinisch gegen Deutschland zur Meinungsäußerungsfreiheit einer Arbeitnehmerin bei Kritik gegenüber dem Arbeitgeber, in Sachen Görgülü gegen Deutschland zum Sorgerecht sowie in Sachen Anayo gegen Deutschland zum Umgangsrecht des biologischen Vaters und in Sachen Zaunegger gegen Deutschland zum Sorgerecht auch nichtehelicher Väter.

Der Einfluss auf das nationale Recht in solchen Vertragsstaaten des Europarates, die deutlich mehr Verurteilungen des EGMR zu ver-

zeichnen haben, ist – zumindest in vielen Ländern – entsprechend noch deutlicher. Das gilt etwa für die Urteile zur polnischen Disziplinarkammer, die bis vor Kurzem in Polen als Instrument staatlicher Kontrolle über die Richterwahl und -besetzung eine tiefe Justizkrise hervorgerufen hatte, zu deren Beendigung die Judikatur des EGMR gemeinsam mit der des Gerichtshofes der Europäischen Union (EuGH) jedenfalls einen wertvollen Beitrag geleistet haben dürfte.

Trotz Höhen und Tiefen insbesondere bei der Befolgung der Urteile des EGMR zeigt der Blick auf die wechselhafte Historie der EMRK der letzten 75 Jahre, dass das Schutzsystem der EMRK und des EGMR im internationalen Vergleich das wohl weltweit stärkste Instrumentarium zur Durchsetzung von Menschenrechten war und ist. Kein anderes Menschenrechtssystem der Welt hat bisher ein vergleichbares Potenzial an rechtsgestaltender Mitwirkung entfaltet. Von dieser profitieren in den aktuell 46 Mitgliedstaaten des Europarates immerhin etwa 676 Millionen Menschen, ja letztlich sogar noch mehr, wenn man bedenkt, dass eine zulässige Beschwerde beim EGMR nicht zwingend voraussetzt, dass der Betroffene einer EMRK-Verletzung Bürger eines der Vertragsstaaten des Europarates sein muss.



Publikation Mit dem **Ostschild-Programm** initiierte Polen 2024 eine umfassende Strategie zur Sicherung der NATO-Ostflanke. Die **Publikation Polens Ostschild-Programm** analysiert das groß angelegte Verteidigungsinfrastrukturprojekt entlang der Grenzen zu Belarus und Russland, das auf Abschreckung konventioneller militärischer Bedrohungen durch Überwachung, Mobilitätsinfrastruktur und physische Sperren setzt.

Publikation Deutschland ist durch den Rückzug der USA aus ihrer langjährigen Führungsrolle in der **globalen Gesundheitspolitik** in eine neue Schlüsselrolle gerückt. Der Beitrag *Plötzlich in Führung. Deutschlands neue Rolle in der Globalen Gesundheit* erläutert, inwiefern die neue Verantwortung Chancen für außenpolitischen Einfluss, sicherheitspolitische Resilienz und wirtschaftliche Stärke eröffnet.

Publikation Eine **Absenkung der Strafmündigkeitsgrenze** auf unter vierzehn Jahre wird hierzu lande kontrovers diskutiert. Die **Analyse Strafmündigkeitsgrenzen in Europa. Einblicke in Rechtslage und Jugendkriminalität** beleuchtet die unterschiedlichen Strafmündigkeitsgrenzen in Europa und gibt Impulse für die deutsche Reformdebatte.

Publikation **Quantentechnologie** ist eine sicherheitspolitische Schlüsseltechnologie mit disruptivem Potenzial. Sie bedroht heutige Verschlüsselungssysteme, revolutioniert Navigation und Kommunikation und wirkt als Katalysator

für Zukunftstechnologien. Die Veröffentlichung *Quantentechnologie und Deutschlands Sicherheitspolitik. Eine geopolitische Notwendigkeit* ruft dazu auf, dass Deutschland „quantum ready“, also darauf vorbereitet sein muss, die Potenziale der Quantentechnologie zu nutzen, um digitale Souveränität und Sicherheit zu wahren.

Publikation Die Studie *Eine qualitative Analyse der politischen Stimmung vor der Bundestagswahl 2025 und Erwartungen an die Parteien* untersucht, wie Wählerinnen und Wähler unterschiedlicher Parteien über gesellschaftspolitische Herausforderungen wie Migration, Wirtschaft und Klima sprechen. Sie liefert auf Basis von Fokusgruppendiskussionen an sechs verschiedenen Standorten wichtige Erkenntnisse über die **politische Grundstimmung** in Deutschland, die positive Rückschlüsse auf die hiesige Debattenkultur zulassen.

Personale Marco Arndt leitet seit September 2025 das Länderprojekt Tschechien mit Sitz in Prag. Michael Bauer übernahm im September 2025 die Leitung des Länderprojekts Tunesien mit Sitz in Tunis.

Personale Lewe Paul übernimmt im Oktober 2025 die Leitung des Länderprojekts Vietnam mit Sitz in Hanoi. Jakob Kerstan leitet ab Oktober 2025 das Länderprojekt Venezuela mit Sitz in Caracas.

Personale Christina Baade ist ab Oktober 2025 Leiterin des Länderprojekts Libanon mit Sitz in Beirut.

Die nächste Ausgabe
erscheint im Dezember 2025
zum Thema:

Friede und Streit Verständigung in der Demokratie

Mit Beiträgen unter anderen von Christian Bernes, Vera King, Julia Klöckner, Ralf Konersmann, Konrad Kuhn, Simon Strauß und Ursula Weidenfeld.

Impressum

PoM 25/IV, Nr. 592, 70. Jahrgang,
ISSN 0032-3446

Die Politische Meinung



Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung

Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (02241) 2462592
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat

Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Herstellung

Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück
Telefonnummer: (0541) 310-333
kas@frommrasch.de

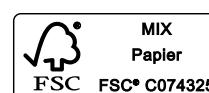
Konzeption und Gestaltung

Stan Hema, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezugspreis für fünf Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 12,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



TikTok Followers | NEW 📱 | HQ | Speed: Up To 60K/Day | No Refill | MAX 750K 🎉🎉🎉 - \$1.65

TikTok Likes | HQ & Real | Global 🌎 | Speed: Up To 50K/Day | No Refill | MAX 1M 🎉 - \$0.12

TikTok AI Monthly Growth Package | 1K Followers/Month | 100% Organic, No Bots | PLEASE READ THE DESCRIPTION - \$40.50

TikTok Comments | Blue Tick Verified 🎁 | Random | 1 Comment - \$0.18

Tiktok Live Stream Likes | Start: Superinstant | Speed: Up To 100K/Day | No Refill | MAX 100K - \$0.21

Technik zur Täuschung

Ein seltener Einblick in eine „Klickfarm“ – jene versteckten Einrichtungen, in denen mithilfe zahlloser Smartphones künstlich Likes, Follower und Bewertungen generiert werden. Jedes Gerät ist einem eigenen Konto zugeordnet und kann bis zu zwanzigmal täglich die IP-Adresse wechseln – ein minimalistisches Set-up mit enormer Manipulationskraft. Versierte Kunden wissen die Preisliste (siehe Bild oben) zu lesen.

Dem britischen Fotografen Jack Latham gelang der Zugang zu einer Klickfarm in Hongkong über Kontakte aus Hackerforen.





Swipe/Like